1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 14 vom 8. April 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Wo ist das Gift?

41 Fässer mit dem hochgiftigen Dioxin aus Seveso lagern möglicherweise irgendwo in der Bundesrepublik. Der Betreiber der Seveso-Katastrophenfabrik, der Schweizer Konzern Hoffmann - La Roche verweist auf einen Vertrag mit der italienischen Mannesmann-Tochter, die den Abtransport übernommen haben soll. Mannesmann in Düsseldorf weist das entschieden zurück. Die Nachforschungen, die aufgrund von Hinweisen des französischen Umweltministeriums jetzt laufen, blieben bislang erfolglos. Kein Wunder — denn nicht die gelagerten Giftstoffe werden untersucht — sondern die Papiere, die die Giftmülltransporter bei den Deponien abliefern.

Agenten

Man muß es ihnen lassen, den bezahlten Fürsprechern der Aufrüstung: Sie nutzen jede Chance. Da hat also die französische Regierung 47 Sowjetbürger des Landes verwiesen, wegen Spionage. Doppelt ärgerlich für die sowjetische Regierung, bestimmt. Einmal wird sie angegriffen, zum anderen gerade auch noch von einer Regierung, in der ihre Bruderpartei vertreten ist...

Aber darum geht es nicht, sondern darum, wie dieses Ereignis im Zweiten Deutschen Fernsehen, das aufgrund seines markigen Deutschtums schon längst „Erstes" heißen müßte, „verarbeitet" wurde. Peter Scholl-Latour meinte, nun sei bei Mitterand die sowjetischen Desinformationskampagne gegen die NATO-Rüstung gescheitert.

Also: Wenn man nun auch aus der Bundesrepublik eine Reihe von Sowjetbürgern als Spione ausweisen würde, dann müßte doch eigentlich hier auch endlich dieser ganze Spuk mit Ostermärschen usw. zu Ende sein. Das war es doch, was der Weltenbummler in Sachen Krieg meinte. Oder, mit anderen Worten: Mitterand bestätigt die CSU, Scholl-Latour trägt es an die Öffentlichkeit, die ganze Friedensbewegung ist das Werk des KGB. Wenn der allerdings tatsächlich so mächtig wäre, könnte er ja mal auch eine Kampagne gegen Fernsehjournalisten, die sich als Papageien der Kriegshetze betätigen, starten. Sonst müssen das die Deutschen alleine tun.

Auffällig: Viele Gewerkschafter dabei

Hunderttausende bei den Ostermärschen

Die Ostermärsche '83 waren eine eindrucksvolle, unübersehbare Bekundung des Friedenswillens breiter Teile der Bevölkerung. Mehrere hunderttausend Menschen gingen an den Osterfeiertagen auf die Straße, um vor allem gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen im Bundesgebiet zu protestieren.

Unübersehbar war die große Beteiligung von Gewerkschaftern und Gewerkschaftsorganisationen. Eine positive Entwicklung. Der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kommt im Friedenskampf und im Kampf gegen die Nachrüstung die entscheidende Rolle zu. DGB-Vorstandsmitglied Wulf-Mathies wurde dem sicher nicht gerecht, als sie wenige Tage vor dem Ostermarsch verkündete, der DGB-Vorstand dürfe keinesfalls zu Streikaktionen gegen die Nachrüstung aufrufen. Viel Zeit bleibt nicht mehr bis zum geplanten Stationierungstermin, jetzt nach Ostern geht es um die nächsten aktiven Schritte.

Positiv zu werten ist auch die rege Beteiligung von Sozialdemokraten. Auch bekannte Namen waren darunter. Die CDU hatte in ihrer Propaganda die Teilnahme von Sozialdemokraten an den Ostermärschen quasi mit Landesverrat gleichgesetzt. Sicher wird man die Politiker, die sich etwa gegen die NATO-Politik ausgesprochen



haben und zumindest der Überlegung Raum gaben, die Einbindung in die NATO sei kein ewiges Gesetz, beim Wort nehmen müssen. Gut ist jede Verbreitung solcher Gedanken. Den Erfolg sichert allerdings nur die kämpfende Bevölkerung, die auf ihre eigene Kraft vertraut. Die Forderung nach NATO-Austritt stand auch im Mittelpunkt der Propaganda der KPD-Genossen, die sich an den Märschen beteiligten.

Neben den Märschen gab es zu Ostern auch eine Reihe anderer Aktionen, wie Blockaden von militärischen Einrichtungen, bei denen es zum Teil zu brutalen Polizeieinsätzen kam.

Sprangers Hetze

„Gewalttätig" und „moskauhörig". Mit diesen Vokabeln vor allem wurde im Vorfeld der Ostermärsche die westdeutsche Friedensbewegung aus Kreisen von CDU und CSU belegt. Besonders hervorgetan hat sich dabei Staatssekretär Spranger aus dem Bundesinnenministerium. Mit der wiederholten Behauptung, es gebe „Anzeichen für Gewalttätigkeiten" bei den Osteraktionen, versuchte er die Bevölkerung zum Fernbleiben von den Friedensmärschen zu bewegen und stimmte gleichzeitig die Polizei auf ein hartes Vorgehen gegen Demonstranten ein.

Die Auswirkungen dieser Hetze bekamen besonders die Teilnehmer an Blockadeaktionen vor Militäreinrichtungen zu spüren, und dies wiederum besonders in den unionsregierten Ländern — vor allem in Bayern, wo auch CS- und CN-Gas eingesetzt wurde (s. S. 6).

Ausgerechnet die DKP bezeichnete Spranger als Drahtzieher möglicher Gewaltakte. Eine wahrlich ungerechte Behandlung. Sie gehört aber zu dem Versuch der Regierung, alle Friedensaktionen als total DKP-gesteuert, also moskaugesteuert, also landesverräterisch, also eigentlich sowieso kriminell hinzustellen. Ein bißchen Gewaltpropaganda gibt dem ganzen die nötige Würze. Und soll der Staatsgewalt einen Freibrief geben.

Wenn die Regierung schon bei den doch recht harmlosen Osteraktionen derartig viele Register an Verleumdung und Demagogie zieht, muß man sich für die Zukunft auf einiges gefaßt machen. Der Friedensbewegung steht eine zu Aufrüstung entschlossene und zur Gewalt bereite Regierung gegenüber.

Tarifabschluß in der Metallindustrie

Lohnverzicht ohne Ende?

„Die unterste vertretbare Grenze" und „damit kann man sich noch sehen lassen" — so und ähnlich lauteten die Sprüche der IG-Metall-Führung nach dem vom IGM-Vorstand gezimmerten NRW-Abschluß von 3,2 Prozent für 12 Monate. Ganz so, als ob keiner je getönt hätte, es gehe gegen Reallohnabbau, brüsten sich jetzt die Bräuer und Loderer man hätte die 12monatige Laufzeit „durchgekämpft".

Nun, die Jubelsprüche sind etwas matt im Vergleich zu früher, und das spiegelt natürlich die Tatsache wider, daß auch diese Herren wissen, daß sie mit diesem Abschluß nicht nur keine Begeisterung hervorrufen können, sondern daß er eben genau das darstellt, was sie so laut gelobten zu verhindern: wieder den Abbau des Reallohns.

Zum dritten Mal in Folge, heißt es selbst in den bürgerlichen Zeitungen (obwohl wesentlich mehr dafür spricht, daß es das vierte Mal hintereinander ist) tariflich abgesegneter Lohnverzicht, mit der ausdrücklichen Billigung Eugen Loderers und seiner Mannschaft. Und sie werden die bundesweite Gültigkeit sicher durchboxen, falls dies nötig sein sollte.

Noch haben die Tarifkommissionen das Wort, aber die Frankfurter Zentrale hat ihnen den Text diktiert, wie es schon bei der Aufstellung der Forderung von 6,5 Prozent war. Und ein Leitabschluß soll es ja auch für andere Gewerkschaften sein.

Bezeichnenderweise äußerte sich bisher nur einer rundherum zufrieden: der Unterhändler der NRW-Metallindustriellen Pleiger. Zwar: vielleicht ändert auch er seine Meinung wieder, wenn es scheinen sollte, daß der Verzicht noch nicht groß genug ist, aber erstmal hat er gewonnen.

Und mit dieser Ausgangsbasis soll demnächst der Kampf um die 35-Stunden-Woche geführt werden? Mit Hunderttausenden von Gewerkschaftsmitgliedern, die — heute mehr denn je — denken, daß sie für nichts und wieder nichts Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt haben, in einem Umfang der vorher kaum zu erwarten war?

Mit solchen Gewerkschaftsführungen im Rücken wie die der IG Chemie, die diesem Kampf bereits vor Beginn in den Rücken fiel? Mit solchen Leuten an der Spitze der IGM, die einen solchen Verzichtsabschluß ohne weiteres mitmachen?

Es ist jedenfalls an der Zeit, daß sich all diejenigen, die ernsthaft für die Arbeitszeitverkürzung kämpfen wollen, zusammentun, um nach Kräften die Wiederholung eines solchen Ablaufs zu verhindern. Die Vorbereitungen des IG-Metall-Kongresses sind dazu wahrlich kein schlechtes Feld. Denn Verzicht ohne Ende, das zeigen England und die USA, ganz entfernt davon, die Arbeitslosigkeit zu mildern oder gar zu beseitigen, verschärft nur stetig die Probleme, und nützt nur den Tresoren des Großkapitals, das die abgepreßten Millionen und Milliarden über die ganze Welt gewinnbringend verteilt.

Vietnam/Kambodscha/Thailand:

Kriegsgefahr in Indochina

Die Truppen Vietnams, die seit der Zerschlagung des mörderischen Pol-Pot-Regimes vor vier Jahren das Land beherrschen, haben in einer großangelegten Offensive den Kampf gegen Widerstandsgruppen in Kambodscha aufgenommen.

Die Vietnamesen sind mit 10000 Soldaten und vielen Panzern sowjetischer Bauart an der Grenze zu Thailand gegen die Stützpunkte und Flüchtlingslager der Roten Khmer und anderer Widerstandsorganisationen offensiv geworden.

Diese Situation, die schwere Kämpfe im Grenzgebiet Kambodschas mit Thailand zur Folge hat, wird vor allem von den Truppen Thailands ausgenutzt, die mit massiven Luftwaffeneinsätzen, bei denen auch Napalm geworfen worden ist, eingegriffen haben. Die thailändische Armeeführung steht dabei in direktem Kontakt mit dem Pentagon in Washington.

Der Widerstand in Kambodscha gegen die Vietnamesischen Truppen geht eben nicht nur von den von China unterstützten und ausgerüsteten Einheiten der Roten Khmer aus, sondern umfaßt auch andere Kräfte, wie die antikommunistischen Einheiten des letzten Ministerpräsidenten Son Sann und die Anhänger des ehemaligen Prinzen Sihanouk.

Die komplizierte Situation in Kambodscha ist durch die massive Einmischung der USA, Chinas und der Unterstützung der UdSSR für die gegenwärtige Regierung in Kambodscha zu einem explosiven Pulverfaß für die ganze Region geworden.

Aus „Frischer Wind“, Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg

Wir kämpfen weiter

Der folgende Artikel erschien als Extrablatt vom „Frischen Wind“ am 31. März. Die KPD zieht darin eine Bilanz der viertägigen Streikaktion der Hamburger HDW-Kollegen, eine Aktion, die durchaus nicht auf einhellige Begeisterung bei der Führung der IG Metall stieß. Damit und mit der Politik der SPD und den sich durch diese Haltungen ergebenden Perspektiven befaßt sich dieser Artikel.

Mit einem eindrucksvollen Marsch durch die Hamburger Innenstadt haben wir HDWler **vorläufig** unseren Streik beendet. Trotz der geringen Unterstützung durch die IG Metall, die **überhaupt nur** durch die Beschlüsse der Streikversammlung und durch die **eigene Aktivität** der Kollegen erreicht werden konnte, haben wir **vier Tage die HDW stillgelegt.**

Das hat Eindruck gemacht

Nicht nur in der Öffentlichkeit. Nicht nur in den anderen Betrieben. Auch auf den Henker Ahlers.

Das Konzept ist noch nicht vom Tisch

Wie wir es befürchtet haben, will der Vorstand, wollen die Anteilseigner in Bonn und Kiel das Horrorkonzept ohne die **geringsten Abstriche durchziehen.**

Atempause

Jetzt müssen wir tief Luft holen, um zu einem neuen Schlag auszuholen, denn dieses Konzept **muß** vom Tisch. Niemand von uns wird für die **nächsten Jahre** wieder Arbeit finden.

Niemand ist sicher

Das Konzept geht eindeutig davon aus, daß **zunächst** „nur“ 2100 in Hamburg entlassen werden sollen. **Dann wird** der **ganze** rest **folgen!** Entweder durch Verlagerung nach Kiel (Maschinenbau) oder durch Fusion mit Blohm & Voss (Reparatur).

Den nächsten Schritt vorbereiten

Wir wollen hier **ganz deutlich sagen:** Nur die **unbefristete Betriebsbesetzung** kann den notwendigen Druck erzeugen, um die politisch Verantwortlichen **zu zwingen, unsere Arbeitsplätze zu erhalten.**

Eine politische Bewegung ist nötig

Auch die außerbetriebliche Solidaritätsbewegung ist notwendig, um den Kahlschlagpläne bei HDW und die Angriffe der Wendepolitiker auf unseren Lebensstandard abzuwehren.

Resolution der Betriebsversammlung HDW/Kiel

Auf der Betriebsversammlung HDW/Kiel am 24.3.83 verurteilten über 40 Diskussionsredner aus der Belegschaft einmütig das Unternehmenskonzept 83 des HDW-Vorstandes.

Dieses Konzept stellt einen brutalen Angriff auf unsere Arbeitsplätze, unseren Lohn und unsere Sozialleistungen dar.

Das Konzept spekuliert mit der Angst um unsere Arbeitsplätze, um von der Belegschaft Sonderopfer für das Unternehmen zu erpressen in Form von innerbetrieblichem Lohnabbau und verstärkter Arbeitshetze.

Die auf der Betriebsversammlung versammelten Kolleginnen und Kollegen bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, das Unternehmenskonzept mit allen Mitteln zu verhindern und fordern den Aufsichtsrat auf, das Konzept abzulehnen.

(Auf der Betriebsversammlung am 24.3.1983 einstimmig angenommen)

Die IG Metall muß Farbe bekennen

Es reicht nicht länger, daß die führenden Gewerkschaftsfunktionäre sich hinter den Gesetzesparagraphen verschanzen. Um bei HDW die Arbeitsplätze zu retten, um den Kahlschlag auf den Werften zu verhindern, muß die IGM als stärkste Einzelgewerkschaft der Welt in die Offensive gehen.

- Der Kampf bei uns auf der HDW muß **direkt** unterstützt werden,
- die IGM muß diesen Kampf auf die **ganze Werftindustrie ausdehnen,**
- die Schiffbaukonferenz am 21.4. hat sonst **keinen Sinn.** Am grünen Tisch ist **nichts** zu erreichen.

Aber wir kennen die Oberfunktionäre der IGM. Zu jedem kleinen Kampfschritt müssen sie **gezwungen** werden. Freiwillig machen sie nur eines — verhandeln. **Kämpfen,** das müssen **wir** ihnen beibringen.

Und **kämpfen müssen** wir, sonst fliegt jeder Zweite noch dieses Jahr. Und jeder Erste wird bei **weniger Lohn erheblich mehr** leisten müssen, um dann in zwei Jahren ebenfalls zu fliegen!



Jetzt erst recht

Gemeinsam im Betrieb die **Vorbereitungen** treffen: 1. einen Plan erarbeiten; 2. eine Streikkasse anlegen; 3. die IGM zum Kampf zwingen.

Hoffen auf den SPD-Senat — vergeblich!

Wie immer hatten die Sozialdemokraten kämpferische **Sprüche** für uns. Sie lehnten mit scharfen Worten das Konzept ab. — Gut. Aber wo sind ihre Taten?

- Die „Strukturbereinigung“, 1970 in der Werftenquete festgelegt, haben sie **mit** ausgearbeitet und **systematisch** mit durchgeführt über den Salzgitter-Konzern. Erfolg: Die HDW, das Hamburger Werk, ist fast tot.
- 1979 hat die SPD sich zwar gegen die **sofortige** Einstellung des Schiffsneubau ausgesprochen, aber in keiner Weise die **Sicherung** des Schiffsneubaus betrieben.
- Heute kommt die SPD mit der Wunderwaffe „Werftenkonferenz“. Sie will mit ihrem **Programm** „Den deutschen Werften eine Chance“ **mitwirken** an den **Kahlschlagplänen** der Schiffbaubosse und ihrer Hintermänner.

Die SPD ist bereit

- den „Abbau von Kapazitäten“ mitzumachen, ja sogar zu fördern;
- Schiffsneubau und -reparatur nur so miteinander zu verbinden, daß die „betriebswirtschaftliche Kostenoptimierung möglich ist;
- diese Entwicklung will der SPD-Senat sogar „nach Kräften fördern“;
- der Marineschiffbau soll grundsätzlich erhalten und fortentwickelt werden;
- neue Produkte nur auf bestimmten Werften gebaut werden, wenn „die notwendigen Wettbewerbsmechanismen nicht ausgeschaltet“ werden, d.h. keine Nachfrage schaffen sondern wie die CDU auf den Privatmarkt hoffen;
- frühzeitige Pensionierung ohne volle Rente;
- Lohnkostenzuschüsse ohne Auflagen;
- Eingliederungsbeihilfen bei Einstellung in andere Betriebe — trotz der Erfahrung, daß dann andere rausfliegen.

Verhindern will die SPD damit **nicht** die **Vernichtung** Tausender von Arbeitsplätzen, sondern nur die Form der Entlassung. Massenentlassungen haben für die SPD zuviel sozialen Sprengstoff!

Damit erweist sich die SPD **am Ende** ihrer Politik. Sie wird vom Großkapital an die Wand gedrückt und von den CDU-Regierungen in die Mangel genommen. Anstatt zu kämpfen paßt sie sich den Forderungen der Geldsäcke an. Ihre einzige Alternative ist:

Als Maßnahmen schlägt die SPD vor:

Alle „Möglichkeiten eines **Kapazitätsabbaus** ausnutzen. Mit unseren Steuergeldern sollen bezahlt werden:

- **Fusionen** (mit 15 Prozent der erforderlichen Investitionssumme) zum Arbeitsplatzabbau;
- **Diversifikation** (mit 25 Prozent der Kosten) ohne beschäftigungssichernde Auflagen.

Dieser gezielte Arbeitsplatzabbau soll **zusätzlich** mit 180 Millionen Mark finanziert werden.

Die auf den Werften vernichteten Arbeitsplätze werden nicht durch sichere Ersatzarbeitsplätze ersetzt

Stattdessen schlägt die SPD vor:

- **Umschulungsmaßnahmen,** obwohl in keiner Branche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen;
- bitte **schrittweise** entlassen, nicht auf einmal, sonst ist der soziale Frieden gefährdet.

Das Eintreten für die Forderungen der Arbeitnehmer ist der SPD-Führung fremd, der Kampf für die Kollegen ein Graus. Der Vormarsch der Reaktion ist jedoch nur durch Kampf zu stoppen. Unsere Arbeitsplätze sind nur durch die Einheitsfront aller Arbeitnehmer, ob parteilos, Sozialdemokrat, Christ oder Kommunist zu retten!

Alltag

Bei uns darf man doch wenigstens seine Meinung sagen. Meint so mancher, vor allem, wenn er zum Beispiel in einem Großbetrieb mit relativ starker gewerkschaftlicher Organisation arbeitet.

Daß man dies eben nicht darf, dafür gibt es Woche für Woche Beispiele, die nur meist nicht sehr in die Öffentlichkeit dringen.

So wird jetzt gemeldet, daß bei der Hamburger Klimafirma Noske-Kaeser GmbH 16 Kollegen gekündigt werden sollen, weil sie an einer ordentlichen Betriebsversammlung teilgenommen haben. Und dabei ist das noch nicht einmal ein Wildwestbetrieb eines halbnazistischen Krauters, sondern eine Tochterfirma der „bekannten“ Blohm und Voss.

In Stuttgart wird der ÖTV-Sekretär Frank Schmidt von der Polizei daran gehindert, das Betriebsratsbüro der Speditionsfirma Denkhaus zu betreten, wo er dem Betriebsrat auf dessen Verlangen hin bei einem betriebsinternen Konflikt helfen sollte.

Selten sind solche Beispiele bestimmt nicht, nur nicht sehr bekannt. Und, überall wo man nachfragt, wird unter anderem auch gesagt, daß sich das alles in letzter Zeit verschärft hätte. Das neue CDU-Klima macht sich in Betrieben breit oder: sie trauen sich jetzt einfach mehr, die Herren Chefs von Geldes Gnaden.

Kommentiert

Der Prozeß

Nun sind sie also doch noch gefällt worden: Die ersten Urteile im Kölner Herstatt-Prozeß. Die Goldjungs, die drei Devisenhändler wurden verurteilt, weil sie sich ein paar Millionen in die Tasche gewirtschaftet haben.

Also: Alles in Butter? Ein Märchen also doch die Behauptung, daß auf Schwarzfahren in diesem Land höhere Strafen stünden als auf Millionenbetrug? Gemach. Ganz so ist es nicht. Eigentlich ist es überhaupt nicht so. Denn: Das, was der eigentliche Skandal war, was vor knapp zehn Jahren Erregung in der Öffentlichkeit hervorrief, das stand bei diesem Prozeß gar nicht zur Debatte.

Ausdrücklich wurde betont, im Verfahren vor der Kammer ging es nur um die Betrügereien dieser wenig glorreichen Drei, die aber nichts, gar nichts mit der Pleite der Herstatt-Bank zu tun haben. Das sind zwei Paar Stiefel und der eigentliche Fall wird nicht verhandelt. Auch nicht im zweiten, noch anstehenden Prozeß gegen adlige Geschäftsführer. Die Hauptakteure des skandalösen Bankrottgeschäfts sind weit vom Schuß.

Hans Gerling, Hauptaktionär der Bank, stand schon seit Jahren „nicht mehr zur Debatte“. Wer so viele Millionen hat wie er, wer in so vielen Aufsichtsräten sitzt, ein glänzendes Vorbild in bundesdeutschen Richteraugen, dem kann man doch nicht mit den ekligen Niedrigkeiten des Alltags kommen, das versteht doch (fast) jeder.

Iwan Herstatt, der Chef der Bank, seit sechs, sieben Jahren angeblich verarmt und täglich vom Herzinfarkttod bedroht, sitzt derweil im teuersten Hotel auf Capri und pflegt seine Verbindungen und sein Herz.

Und so paßt es eben doch ins „Bild der Vorurteile über die bundesdeutsche Justiz“, wie sich vor einiger Zeit ein Sprecher beklagte. Die Kleinen hängt man... Oder auch mal ein paar „Mittlere“. Die Größeren läßt man laufen, die ganz Großen aber, die bleiben da und schalten und walten weiter. Jedenfalls ist von der Justiz nichts unternommen worden, das angebliche Vorurteil zu widerlegen, dafür nahezu alles, es zu bestätigen.

Arbeitsloseninitiativen-Treff in Bochum

Arbeitslosenmarsch und Aktionswoche

Am letzten Märzwochenende trafen sich mehr als 100 Vertreter verschiedenster Arbeitsloseninitiativen aus dem Bundesgebiet in Bochum.

Dieses Treffen war bereits auf einer Versammlung zuvor im Februar in Dortmund beschlossen worden, um konkreter die Bedingungen eines Arbeitslosenmarsches zu besprechen. Jetzt wurde endgültig beschlossen, daß die Aktionswoche ab 30. Mai bundesweit laufen soll, zu deren Abschluß ein Solidaritätsmarsch in Bonn am 4. Juni stattfinden soll.

Im Verlauf des Treffens gab es über diese Vorhaben einige Debatten, da Vertreter verschiedener Gruppen meinten, der Auftakt wäre eine Nummer zu groß. Dem wurde entgegengehalten, daß ein richtiger Auftakt sein müsse, um der Öffentlichkeit das Bestehen dieser Initiativen und ihrer Arbeit hinzuweisen.

Verschiedene Anwesende stellten auch immer wieder ihre Erfahrungen mit den Gewerkschaften dar, die ganz unterschiedliche Haltung zu solchen Aktivitäten an den Tag legten.

So ist es für viele arbeitslose Gewerkschafter schon schwierig, von ihrer Gewerkschaft beispielsweise die Adressen anderer arbeitsloser Mitglieder zu bekommen, um hier eine gezielte Initiative entfalten zu können. Viele dieser Erfahrungen jedenfalls zeigen, daß es oft nicht viel mehr als unberechtigtes Eigenlob ist, wenn sich DGB-Funktionäre für ihren Einsatz für die Arbeitslosen selbst rühmen, wie dies kürzlich ganz ausführlich in der Quelle des DGB geschah.

(Wir werden in einer unserer nächsten Ausgaben ausführlicher über die Erfahrungen der Arbeit von Arbeitsloseninitiativen und über geplante Aktivitäten zum 1. Mai berichten).

Nach der Ausbildung gefeuert

Im Jahre 1972 schuf die damalige Regierung mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz unter anderem auch ein paar mehr Rechte für Jugendvertreter. 1974 erzwangen die Jungmetaller den gesetzlichen Übernahmeschutz.

Aber die SPD/FDP ließauch damals ein Hintertürchen zumindest offen: Ein Jugendvertreter kann dann nach Ablauf der Lehrzeit gekündigt werden, wenn „die Weiterbeschäftigung nicht zugemutet werden kann“.

Natürlich: Die Unternehmer waren stets gegen diese Übernahmeverpflichtung, die Hintertür im Gesetz beruhigte sie wenig.

Die IG Metall berichtete jetzt, nach der Wahl von einer regelrechten Kündigungswelle gegen Münchner Jugendvertreter. Bei Rhode und Schwarz in München wurden drei Jugendvertreter, nachdem sie mit ihrer Klage vor dem Arbeitsgericht recht bekamen, mit je ca. 15000 Mark regelrecht ausgekauft. Die Grundargumentation bei allen diesen Münchner Fällen war sich so ähnlich, daß Absprache über den Metallverband vermutet werden kann. Die Arbeit der betreffenden Jugendvertreter sei besonders konfliktträchtig, deshalb sei eine Weiterbeschäftigung unzumutbar.

Das klingt nach der Einleitung einer Generaloffensive gegen Jugendvertreter überhaupt, denn deren Arbeit ist meistens besonders konfliktträchtig, und wenn sie dann alle sicher gekündigt werden, heutzutage, wird sich manch einer weniger bereitfinden, aktiv zu sein. Das gehört dann wohl zum Unternehmerprogramm „Ausbildungshemmnisse beseitigen“.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Zur Bundestagswahl 1983

Alle, die gehofft hatten, daß die schwarze Koalition in Bonn bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März ein schnellen Ende finden würde, sahen sich am Wahlabend bitter getäuscht. Denn was im Herbst 1982 mit einem beispiellosen Wählerbetrug durch die FDP begann, fand am 6. März 1983 seine parlamentarische Bestätigung durch fast 56 Prozent der Wähler: die von maßgeblichen Kreisen der westdeutschen Industrie- und Finanzmagnaten geforderte und betriebene Wende in der Bonner Regierungspolitik.

Die Wende

Ergebnis und Verlauf des Bundestagswahlkampfes 1983 haben unserer Meinung nach die Einschätzung der KPD über den Regierungswechsel im Herbst 1982 bestätigt. Das Finanzkapital und die Unternehmerverbände haben im Wahlkampf keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die SPD nicht länger für tauglich halten, eine Regierungspolitik in ihrem Interesse zu verwirklichen. Wie sehr sie gegen eine SPD-geführte Regierung eingestellt sind, haben sie unter anderem mit ihrer Investitionsstreikdrohung signalisiert.



Kohl triumphiert nach der Wahl

Gleichzeitig haben die Kapitalisten so offen und so geschlossen zugunsten der CDU/CSU in den Wahlkampf eingegriffen wie selten zuvor. Dabei haben sie alle Hebel in Bewegung gesetzt, die ihnen zur Verfügung stehen, um ihrer Wunschregierung erneut in den Sattel zu helfen. Während des Wahlkampfes und in ersten Kommentaren haben sie auch klar gesagt, was sie von dieser Regierung erwarten: eine grundlegende Wende, an deren Ende eine „andere Republik" stehen soll. Eine „andere Republik", die vor allem dadurch gekennzeichnet ist, daß der „Sozialklimbim" (Strauß) abgeschafft ist, der unternehmerische Herr-im-Haus-Standpunkt regiert und der gewerkschaftliche Widerstand weitgehend ausgeschaltet ist.

Eine solche Politik kann die SPD, die ja nicht nur aus den jeweiligen Kabinettsmitgliedern besteht, sondern eine Massenpartei ist, die auf Stimmungen in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften Rücksicht nehmen muß, nicht bieten. Deshalb ist das Kapitel SPD als Regierungspartei für das Finanzkapital zunächst einmal abgeschlossen. Eine solche Politik und eine Anhängerschaft, die dafür zu mobilisieren ist, bieten dagegen CDU/CSU und die FDP in ihrer heutigen Gestalt.

In der gemeinsamen Wahlplattform von BWK und KPD hieß es über die reaktionäre Mobilisierungsstrategie der Unionsparteien: „Alle Besitzenden und alle, die glauben, etwas verlieren zu können, wenn der Kampf der Arbeiterklasse das Profitstreben und die internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Monopole beeinträchtigt, sollen gegen die organisierte Arbeiterbewegung und für die Interessen des Finanzkapitals in Frontstellung gebracht werden." Der Wahlkampf, bei dem die Regierung zusätzlich den Köder der Zinssenkung auswarf, war die erste großangelegte praktische Umsetzung dieser reaktionären Mobilisierungsstrategie. Und zwar ziemlich erfolgreich, wie das Wahlergebnis zeigt.

Wo ist die Widerstandskraft?

Noch am Wahlabend frohlockten die Politiker der CDU/CSU: „Diesmal haben die Arbeiter CDU gewählt". Stimmt das? Sind die Wähler aus allen Bevölkerungsschichten gleichmäßig zum „gemeinsam-schaffen-wir's"-Kanzler Kohl übergelaufen? Müssen die Marxisten also ihre Einschätzung darüber, daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die entscheidende Kraft im Kampf gegen das Kapital und die Reaktion ist, revidieren?

Wir meinen, diese Einschätzung ist schon richtig und wird durch eine genauere Analyse des Wahlergebnisses auch bestätigt, wie wir noch sehen werden. Als ausgesprochen falsch hat sich dagegen die Vorstellung erwiesen, daß die Arbeiterklasse sich in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit und tiefgehender Wirtschaftskrise automatisch nach links entwickeln würde; daß also — vereinfacht ausgedrückt — eine Abwendung der Arbeiter von der SPD nur nach links hin denkbar sei. Das Ergebnis der Bundestagswahl 1983 zeigt, daß das so einfach nicht ist. Deshalb muß diese Vorstellung unbedingt revidiert werden — auch und gerade im Hinblick auf die Zukunft.

Doch zunächst zum Wahlverhalten der Arbeiter. Besonders deutlich wird das Wahlverhalten der Arbeiter bei den Erststimmen, wo der eigentliche Erdrutsch zugunsten der CDU stattgefunden hat. In 59 Wahlkreisen konnte die CDU/CSU im Vergleich zu 1980 Direktmandate dazugewinnen. Sie stellt jetzt 180 der 248 direkt gewählten Abgeordneten des Bundestages. Die übrigen 68 Wahlkreise nehmen sich auf der Landkarte ausgesprochen mager aus. Aber sie lassen darum auch sozusagen auf einen Blick erkennen, wo die CDU/CSU auf Widerstand stieß: im wesentlichen in den Wahlkreisen, wo die organisierte Arbeiterbewegung — und das sind hauptsächlich Arbeiter aus Großbetrieben — einen bestimmten Anteil an der Bevölkerung haben. Im Ruhrgebiet beispielsweise konnte die CDU lediglich einen von drei Essener Wahlkreisen für sich erobern. Eine Wahlanalyse von Infas bestätigt diesen Eindruck. Danach gab es zwar bei bestimmten Schichten von Arbeitern, z.B. den ungelernten Arbeitern, einen deutlichen „Überlauf" zur CDU. Von den Gewerkschaftsmitgliedern dagegen sprachen sich nur 30 Prozent für die CDU aus (wobei zu berücksichtigen ist, daß die Gewerkschaftsmitglieder ja keineswegs nur aus Arbeitern bestehen.)

Wenn man nach dieser Wahl die Frage stellt, wo die Widerstandskraft ist, auf die man sich stützen kann und muß, wenn man gegen die Reaktion und das Kapital, gegen den kapitalistischen Ausweg aus der Krise kämpfen will, dann ist die Antwort: auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung, auf die Belegschaften der großen Betriebe. Daß das nicht umstandslos geht, muß allerdings auch klar sein. Die Bundestagswahl hat gezeigt, daß diese Arbeiter nach wie vor in starkem Maße sozialdemokratisch beeinflußt sind. Wenn man dieser Tatsache nicht Rechnung trägt — durch die Anerkennung der Tatsache, daß die SPD objektiv in Opposition zu der jetzt vom Finanzkapital geforderten Politik steht, einerseits; durch die Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung um die Frage, **wie** der Kampf gegen die Reaktion und das Kapital zu führen ist, andererseits — dann wird man diese Widerstandskraft nicht stärken und weiter entfalten können.

Das Geschäft mit der Angst

Andere Teile der Arbeiterklasse haben, wie schon erwähnt, dem vielfältigen Druck der Reaktion bei dieser Bundestagswahl nicht standgehalten. Sie haben CDU/CSU gewählt, im Glauben, den Aufschwung und damit gleichzeitig den Abbau der Arbeitslosigkeit zu wählen. Dabei wäre es sicherlich verfehlt zu glauben, daß diesen Wählern entgangen sei, daß sie die Wunschregierung des Großkapitals gewählt haben. Vielmehr muß man davon ausgehen, daß die offenkundige Unterstützung der Wirtschaft für die Unionsparteien das Aufschwungsversprechen der CDU/CSU im Vergleich zu den Versprechen, die die SPD machte, überhaupt erst glaubhafter machte. Zumal die Unternehmer auch vor massivstem Druck auf die Belegschaften nicht zurückgeschreckt sind. Man kann getrost davon ausgehen, daß es sich bei den einzelnen Fällen, von denen bekannt wurde, daß Unternehmer mit Betriebsschließungen und Entlassungen gedroht haben für den Fall, daß die CDU/CSU nicht wieder an die Regierung kommt, nicht um Einzelfälle handelt. Der Wahlkampf der CDU/CSU war nicht zuletzt ein Geschäft mit der Angst um den Arbeitsplatz.

Aber das erklärt nicht alles. Daß diese Arbeiter die Partei gewählt haben, die es am besten mit den Unternehmern kann, deutet darauf hin, daß sie gegenwärtig keine Alternative sehen zu dem Wirtschaftskonzept, das die CDU anbietet und das kurz und knapp lautet: damit es den Arbeitern wieder besser geht, müssen zunächst die Gewinne der Unternehmer steigen und dafür müssen die Arbeiter eben Opfer bringen. Tatsächlich gibt es diese Alternative ja auch nicht — von den schwachen kommunistischen und sozialistischen Kräfteneinmal abgesehen. Im Gegenteil.

Auch das sozialpartnerschaftliche Konzept der SPD und der Gewerkschaften geht ja von der Grundidee aus, daß Arbeiter und Kapitalisten in einem Boot sitzen, daß die Gewinnmaximierung der Unternehmen im gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Kapitalisten ist



Die Werftarbeiter waren zusammen mit Rentnern und Arbeitslosen die ersten, die die „neue" Politik erfuhren

und daß der heiligen Kuh unseres Wirtschaftssystems, dem Profit, eben notfalls Opfer gebracht werden müssen. Lohnopfer wie bei Arbed, immer neue sogenannte Vorleistungen bei der Verteidigung der Arbeitsplätze in den Betrieben usw. Dieses sozialpartnerschaftliche Konzept hat den Arbeitern über einige Jahre hinweg gewisse Vorteile gebracht. Unter dem Druck der kapitalistischen Krise aber sind die reformistischen Utopien der Gleichstellung von Kapital und Arbeit wie Seifenblasen geplatzt. Ja, mehr noch: erweist sich das sozialpartnerschaftliche Konzept auch als unfähig, den elementarsten Besitzstand der Arbeiter zu sichern. Dadurch aber, daß die Sozialpartnerschaftsstrategen in der SPD und in den Gewerkschaften den Arbeitern die ganzen Jahre eingehämmert haben, daß man das kapitalistische System nicht in Frage stellen darf und daß der Klassenkampf von Übel ist, haben sie — um wieder auf das Bundestagswahlergebnis zurückzukommen — selber der Reaktion und dem Kapital die Hasen in die Küche getrieben.

Hoffnungen auf eine schnelle parlamentarische Änderung sind eine Illusion

Viele Linke haben vor dieser Wahl gehofft, der Reaktion durch ihre Stimmabgabe für die SPD oder die Grünen zumindest einen vorläufigen parlamentarischen Riegel vorschieben zu können. Das Wort Willy Brandts nach der Wahl in Hessen von der Mehrheit, die links von der CDU bestehe, nährte Hoffnungen auf die Bildung einer „rot-grünen" Koalition. Die Tatsache, daß in den Augen vieler Linker Raketen- und Umweltfragen im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen und nicht — wie es tatsächlich war — die Frage der Arbeitsplätze, schürten diese Hoffnungen.

Das Wahlergebnis hat auf ernüchternde Weise klargemacht, daß es diese Mehrheit links von der CDU (links ist sie sowieso nur, wenn man links und rechts an der Sitzordnung im Bundestag festmacht) nicht gibt. Das sind die Tatsachen und es nützt überhaupt nichts, wenn man sie durch Tricksereien aus der Welt schaffen will, indem man entweder behauptet, die SPD habe die Wahl gar nicht gewinnen wollen (MLPD, verschiedene Vertreter der Grünen) oder so tut, als habe das alles gar nichts zu bedeuten, weil ja doch die meisten gegen die Raketen sind (DKP). Damit soll überhaupt nicht gesagt werden, daß der Einzug der Grünen in den Bundestag etwa nutzlos sei. Im Gegenteil, wir begrüßen es, daß die Grünen in den Bundestag gekommen sind, weil von ihnen Impulse gegen die mit Sicherheit auf uns zukommende weitere Formierung der Reaktion ausgehen können. In welchem Ausmaß das tatsächlich geschieht, wird sich zeigen.

Wir meinen aber, daß die Linken, die vor bzw. bei den Wahlen auf die Grünen gesetzt haben, weil sie glaubten, über der Herstellung parlamentarischer Mehrheiten der Reaktion am leichtesten entgegentreten zu können, sich diese parlamentarischen Illusionen abschminken müssen. Thomas Ebermann von den Grünen schreibt in einem Artikel zur Wahl in den „Modernen Zeiten": „Solange Grüne und oder SPD kein glaubwürdiges Konzept gegen die Wirtschaftskrise (vor allem gegen die Arbeitslosigkeit) **und** gegen die Interessen des großen Kapitals entwickeln und im Volk verankern, wird eine Bevölkerungsmehrheit aufs Kapital setzen. (...) Eine linke Gegenmobilisierung an anderen Themen — Umweltschutz und Raketen eingeschlossen — wird im wesentlichen zahnlos bleiben. Obgleich auch sie natürlich geboten, mehr noch: lebenswichtig ist. Sie darf aber nicht **Ersatz** sein. Die Grünen (und mit ihnen die alternative Szene überhaupt) tat sich bisher leicht, ‚Nachrüstung' und AKW-Problematik als Lebens- und Überlebensfragen zu kennzeichnen. Zu Recht. Dennoch: Wirtschaftsfragen und Probleme des Arbeitsplatzes (bzw. des Lohnes/Gehaltes) sind dies ebenso. (...) Wirtschaftsprobleme, insbesondere Befürchtungen um den Arbeitsplatz (= geregelter Lohn) dringen ins subjektive Bewußtsein der Betroffenem viel schneller und mit nachdrücklichereren Spuren fürs politischen Gesamtbewußtsein ein. Das (materielle) Sein bestimmt das (politische) Bewußtsein."

Diese Überlegungen von Thomas Ebermann ist weitgehend zuzustimmen. Aber man muß sie auch zu Ende denken. Wie soll denn ein „glaubwürdiges Konzept" gegen die Wirtschaftskrise und gegen die Interessen des großen Kapitals unter den gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen aussehen? Es kann doch nur dann glaubwürdig sein, wenn es vom grundsätzlichen Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgeht, das kapitalistische Wirtschaftssystem von daher grundsätzlich (— Zumindest —) in Frage stellt und ausgehend davon für den Klassenkampf als Grundidee jeder Widerstandsstrategie gegen die Reaktion und das Kapital eintritt. Ein derartiges „glaubwürdiges Konzept" aber wird auch in weiteren hundert Jahren nicht von der SPD kommen. Und auch die Grünen sind dazu auf der weltanschaulichen Basis, auf der sich die grüne Partei gebildet und zusammengeschlossen hat, nicht in der Lage. Ein derartikges „glaubwürdiges Konzept" wird sich eben überhaupt nicht in den gegebenen parlamentarischen Bahnen entwickeln. Es kann sich **nur** durch den Zusammenschluß der klassenkämpferischen Kräfte in den verschiedenen linken Parteien und Organisationen, in der Ar-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Zur Bundestagswahl 1983

(Fortsetzung von Seite 3)

beiter- und Gewerkschaftsbewegung entwickeln und zu einer politischen — und damit dann auch wählbaren — Alternative für relevante Teile der Bevölkerung werden.

Die KPD ist bei den Bundestagswahlen für die Bildung eines breiten, linken und klassenkämpferischen Wahlbündnisses eingetreten. Es kam nicht zustande, weil die meisten linken Kräfte — zum Beispiel auf dem Bundestreffen Alternativer Listen in Hannover im Oktober letzten Jahres — diese zugegebenermaßen unspektakulären und mühseligen Weg zur Herstellung einer linken Gegenmobilisierung ablehnten. Wir meinen, die entscheidende Lehre aus der Niederlage der Arbeiterbewegung und der Linken bei dieser Bundestagswahl ist die, daß es tatsächlich keinen anderen Weg zur Entwicklung einer linken Gegenmobilisierung gibt als den des Zusammenschlusses aller sozialistischen und klassenkämpferischen Kräfte gegen das Kapital und gegen die Reaktion.

Wie weiter?

Die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarungen, soweit sie bekanntgeworden sind und das, was sich bei den gegenwärtig laufenden Tarifverhandlungen abspielt, zeigen, daß die schwarze Koalition in Bonn mit Volldampf den Kurs steuert, den ihre Wahlhelfer aus der Wirtschaft von ihr erwarten. Die Hoffnungen, die die Unternehmer auf die CDU/CSU setzen, werden in Erfüllung gehen. Die Hoffnungen, die die CDU-Wähler aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten auf die CDU gesetzt haben, werden bitter enttäuscht werden. Denn auch mit noch so viel Opfern auf ihrer Seite wird es keinen „Aufschwung“ für Arbeitsplätze und Löhne, für den sozialen Besitzstand der Werktätigen geben.

Was dann? CDU/CSU werden alles daran setzen, um zu verhindern, daß diese Enttäuschung sich gegen sie und gegen die hinter ihnen stehenden Kapitalkreise wendet. Sie werden einen Sündenbock suchen. Dabei werden sie die Grünen und auch die SPD bestimmt nicht ungeschoren lassen. Vor allem aber werden sie auf „bewährte“ Vorbilder zurückgreifen: was Hitler die Juden waren, werden ihnen die Ausländer sein; und ähnlich wie Hitler werden sie alles versuchen, um die Gewerkschaftsbewegung als Sündenbock öffentlich an den Pranger zu stellen. In Umrissen ist bereits erkennbar, wie das Stück inszeniert werden soll: von einer „Druckwelle des Gemeinsinns“, die erzeugt werden soll, war schon gleich nach dem Machtantritt der schwarzen Koalition im letzten Jahr die Rede, während das gewerkschaftliche Eintreten für Interessen der Arbeiter und Angestellten als „Egoismus“ gebrandmarkt werden solle.

Leichtfertige Hoffnungen, daß diese Rechnung der Reaktion und der hinter ihr stehenden Kapitalkräfte nicht aufgehen wird, sollte man sich nicht machen — gerade unter **deutschen** Linken nicht. Daß die Reaktion über kurz oder lang „abwirtschaften“ wird und sich sozusagen alles von selber einrenkt, hat vor 50 Jahren nicht gestimmt und stimmt auch heute nicht. Genauso ist aber auch **bereits vor 50 Jahren der Weg** der sogenannten Realpolitik, der Weg der Staatstreue und des Schritt-für-Schritt-Zurückweichens vor der Reaktion gescheitert, den die SPD damals der Arbeiterschaft empfahl. Auf Gedenkfeiern und in Gedenkartikeln zum 50. Jahrestag der Machtergreifung des Faschismus wurde das — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß — von sozialdemokratischen Politi- und Gewerkschaftsfunktionären durchaus zugestanden. Aber was nützt das, wenn die Konsequenzen nicht gezogen werden? Wenn beispielsweise der DGB-Vorstand nach der Wahl nichts Eiligeres zu tun hatte als seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung den demokratischen Parteien die Stimme gegeben habe, und seine Bereitschaft zu erklären, mit dieser „demokratisch gewählten“ Regierung vertrauensvoll zusammenzuarbeiten? Gar nichts.

Bei nüchterner Betrachtung gibt es nur einen einzigen realistischen Weg, der Reaktion und den hinter ihr stehenden Kräften des Kapitals einen Strich durch die Rechnung zu machen. Es ist der Weg im Klassenkampf, im außerparlamentarischen Massenkampf eine starke Front gegen die Offensive des Kapitals und der Reaktion zu schaffen. Eine solche Front kann nur stark sein, wenn sie die sozialdemokratisch beeinflußte Arbeiterschaft einschließt. Eine solche Front kann nur entstehen, wenn die revolutionären sozialistischen und die klassenkämpferischen Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung, in den demokratischen Bewegungen in der Bundesrepublik und in Westberlin **gemeinsam** darauf hinarbeiten.



Die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten

Nachdem die Bemühungen um ein breiteres linkes Wahlbündnis gescheitert waren, haben BWK und KPD sich entschlossen, gemeinsam als Bündnis revolutionärer Sozialisten zu kandidieren. Andere Organisationen haben es vorgezogen, zum Wahlboykott aufzurufen (MLPD, MGs), zur Wahl der Grünen aufzurufen (KB), zur Wahl der SPD aufzurufen (GIM, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD), keine offizielle Wahlaussage zu machen (DS) oder eben allein zu kandidieren, nachdem die Grünen klargestellt hatten, daß sie an einem Bündnis nicht interessiert sind, wie die DKP.

Unter dem Gesichtspunkt, möglichst viel Stimmen zu errringen, war die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten selbstverständlich unsinnig. Wenn man das Stimmenergebnis des Bündnisses — nach dem amtlichen Endergebnis rund 5 500 — an dem Gesamtergebnis von KBW und *Volksfront* bei den Bundestagswahlen 1980 mißt, was man so ohne weiteres natürlich nicht kann, dann hat die Kandidatur sogar erheblich weniger Stimmen gebracht. Das war aber zu erwarten. Das Bündnis revolutionärer Sozialisten hat kandidiert, obwohl klar war, daß — entsprechend dem Diskussionsstand unter den Linken — die Sympathiebekundungen für das Bündnis sich am Wahltag selbst ausgesprochen in Grenzen halten würden.

Für uns ist deshalb das Stimmenergebnis auch kein Anlaß, nachträglich diese Kandidatur in Frage zu stellen. Wir wollten in diesem Wahlkampf von revolutionären Positionen aus gegen das Kapital und die Reaktion antreten und dabei deutlich machen, was — über den 6. März hinaus — nötig ist. Das haben wir gemacht und es hat — wie die Resonanz auf die Wahlkampfaktivitäten gezeigt hat — auch Sympathie gefunden. Wir wollten beweisen (durchaus auch für uns selbst), daß es für revolutionäre Sozialisten aus verschiedenen Parteien bzw. Organisationen trotz bestehender Differenzen möglich ist, gemeinsam zu kämpfen. Es hat sich gezeigt, daß es möglich ist. Hier gilt es, **die Arbeit fortzusetzen, nicht nur mit dem BWK** sondern auch mit den anderen revolutionären sozialistischen Kräften, die dafür in Frage kommen.

Trotzdem kann man mit dem Wahlkampf, wie er gelaufen ist, nicht völlig zufrieden sein. Der Wahlkampf hätte politisch offensiver sein müssen — offensiver gegenüber dem Kapital (Stichwort: Investitionstreik), offensiver gegenüber der Reaktion (indem wir auf die Gefahr der **reaktionären Formierung** unter einer politischen Stoßrichtung „gemeinsam gegen den CDU-Staat“ etwa stärker eingegangen wären). Offensiver aber auch in dem Sinn, daß die sozialistische Alternative zur kapitalistischen Misere deutlicher hätte herausgearbeitet werden müssen. Dem Wahlkampf hätte auch etwas mehr Engagement **nicht geschadet** — und zwar von der Partei insgesamt, von der Zentrale und den Genossen vor Ort. Wir werden über diese Fragen und über andere Probleme, die sich mit der Wende in Bonn nicht nur für unsere Partei, sondern für die Linke überhaupt, gestellt haben und stellen, in der Partei diskutieren bzw. weiterdiskutieren.

Klöckners Verwirrspiel: Poker um Steuergelder

DER BACARDI-CLAN

Den folgenden sehr informativen Artikel entnehmen wir der Ausgabe vom 29. März des „Angriff“, der Betriebszeitung der KPD für Klöckner/Bremen. Was es auf sich hat mit den „entsetzlichen Verlusten“ und mit der schweren Verantwortung, die die Kapitalisten angeblich ständig mit sich herumschleppen, das wird daraus sehr deutlich.

Die Pressemeldungen der letzten Wochen über Klöckner sind so widersprüchlich, daß niemand mehr durchblicken soll. Klöckners Ziel bei der Stahlneuordnung ist aber klar. Der durch mafiaähnliche Konzernpolitik hochverschuldete Stahlbereich soll auf unsere Kosten gesundgeschrumpft werden.

Bei einem Alleingang Klöckners sollen 5000 Kollegen entlassen werden, außerdem soll der Staat zahlen, Klöckner denkt da so an 1,8 Mrd. Mark. Ob Fusion oder nicht, ihr Programm heißt Arbeitsplätze vernichten — Steuergelder kassieren! Verständlich, bei den hohen Verlusten??? Darüber gibt folgender Bericht Aufschluß:

Die Gegend kennen wir nur aus dem Werbefernsehen, wenn für Bacardi Reklame gemacht wird: In Hamilton auf den Bermudas (Karibik) hat die Familie Henle (Klöckner-Großaktionär) eine Zentrale ihres multinationalen Konzerns aufgemacht.

Man sorgt eben vor. Hier wird noch gemauschelt, wer mit wem fusioniert, ob Klöckner evtl. auch allein bleibt. In jedem Fall wird aus Bonn signalisiert, kann Klöckner mit „Förderung“ (= Steuergeldern) rechnen. („Weser Kurier“, 12.3.)

Das muß wohl so sein, weil Klöckner nur Verluste macht. Laut Gienow 185 Mio. Mark im letzten Geschäftsjahr. Aber wie kommen die zustande? Ein Beispiel:

Unsere Stahlprodukte werden unter Marktpreis an die Handelsfirma Klöckner & Co. verkauft, die sie teuer weiterverkauft. Eigentümer von Klöckner & Co.: die Familie Henle.

Warum machen die Klöckner-Stahlwerke das? Ihr Großaktionär ist die „Internationale Industrieele Belegging Maatschappi“, Amsterdam. Jetzt wurde bekannt, was viele auf der Hütte vermuteten: Die



„Maatschappi“ ist eine Tarnfirma der Henle-Familie. An Henle-Firmen verkauft und von den Klöckner-Werken zurückgemietet (leasing) sind wichtige Teile der Bremer Hütte: die Hochöfen, das Aquarium, die Eisenbahn. Auch ein Vergleich oder Konkurs im Stahlbereich wäre so für Henle noch ein gutes Geschäft.

Sogar wenn Anlagen auf der Hütte abgerissen würden, verdient nur ein Clan daran: die „Altwerk AG“ Essen, die z.B. die Mobilraffinerie an der Hüttenstr. verschrottete, ist auch eine Henle-Firma.

Während die Henle-Firmen allein in der BRD 20 Milliarden Mark Umsatz machen, also florieren, wartet der Henle-Clan seelenruhig, daß sein Stahlbereich aus Steuermitteln saniert wird.

Auch weltweit ist das Henle-Imperium so aufgebaut, daß es allen Problemen ausweichen kann. Neben der Stiftung auf den Bermudas (Karibik) sind Tarnfirmen in der Schweiz und in Panama Zentralen der Henle-Gesellschaften. (Spiegel 7.3.). Von dort aus sollen Regierungen und Belegschaften erpreßt werden können: „Wenn ihr nicht wollt wie wir, ziehen wir unser Kapital zurück.“

Fragt sich nur, wie lange wir uns das noch gefallen lassen wollen. Entschädigungslose Enteignung dieser Leute ist geboten, um unsere Arbeitsplätze zu sichern.

Natürlich bricht bei einer Verstaatlichung der Hütten für uns noch nicht das Paradies aus, schon gar nicht bei einer Kohl/Strauß-Regierung. Auch staatliche Hütten arbeiten nach Profit. Ein echter Durchbruch wäre da erst ein **Arbeiterstaat**, ein sozialistisches Wirtschaftssystem, das auf Arbeiterdemokratie beruht.

Aber trotzdem hätten wir auf staatlichen Hütten mehr Chancen beim Kampf ums Überleben, als heute. Statt der Henle-Sippe auf den Bermudas würden wir greifbaren staatlichen Stellen gegenüber stehen, die wir durch öffentlichen Druck, durch Streiks und Betriebsbesetzungen mehr beeinflussen könnten, als den fernen Bacardi-Clan.

Wie an der Wirtschaftskrise verdient wird

Supergewinne der Superbank

Es gibt nicht wenige, die meinen, daß der Name „Deutsche Bank“ darauf schließen lasse, daß sie so eine Art Staats- oder Nationalbank sei. Dem ist nun wirklich nicht so, aber als das größte Haus des großen Geldes setzt diese Bank Maßstäbe. Auch und gerade dabei, wie man in wirtschaftlichen Krisenzeiten Geld scheffeln kann.

Im Krisenjahr 1982, dem Rekordjahr der Pleiten und Massenentlassungen, verbuchte auch die Deutsche Bank Rekorde. So beispielsweise beim Zinsüberschuß: Der stieg auf die sagenumwobene Summe von 3,8 Milliarden an, zusammen mit den Provisionsüberschüssen ergibt dies ganz genau 4,74 Milliarden, die an Geldgeschäften verdient wurden.

Nach Abzug der Personal- und Sachkosten verbleiben runde 1,8 Milliarden in den Kassen der Bank. 500 Millionen werden dem Eigenkapital der Bank zugeschlagen, das damit auf über 5,3 Milliarden anstieg, um über 1 Milliarde in zwei Jahren. Zur Auszahlung als Dividende kommt das „bescheidene Sümmchen“ von knapp 300 Millionen. Anders gesagt: 11 Mark je 50-DM-Aktie. Zusammen mit Steuergutschriften usw. hat sich für die Aktionäre ihre Anlage innerhalb von nur zwei Jahren bereits rentiert. Das heißt: Wer 50 Mark anlegte (mal vom Kurs abgesehen) hat sie längst wieder raus und noch was dazu verdient. (Und der Aktienkurs steigt auch).

Bemerkenswert sind auch die — unklaren — Aussagen über den Eigenhandel der Bank. Als die „Bild“-Zeitung lospsaunte, durch die Börsenentwicklung seien „die Deutschen“ um 40 Milliarden Mark reicher geworden, da wußte jeder, der sich auskennt, daß da die Großanleger und Händler nach der Wahl mit dem Kleinbürgertum ihr großes Geschäft gemacht haben. Im Bericht der Bank heißt es, ohne Hinweise auf die Aktienentwicklung nach dem herbstlichen Regierungswechsel, besonders gute Ergebnisse habe man vor allem im letzten Vierteljahr im Eigenhandel erzielt.

Man muß nun noch zusammenrechnen, daß die Aktionäre (es gibt natürlich selbstverständlich sowieso keine Großaktionäre, alles sozusagen Hausfrauen und Arbeiter die bundesdeutschen Couponschneider) für die 300 Millionen zusätzlich noch Steuergutschriften (unterschiedlichen Ausmaßes) staatlicherseits dazu bekommen. Und man muß sich auch noch daran erinnern, daß die Staatsschuld eine erhebliche Zinslast mit sich bringt, von der eben nicht zuletzt die Deutsche Bank profitiert. Insofern also schon „staatlich oder national“ weil sich die vornehmen Herren in Grau am meisten aus der Staatskasse bedienen. Staatsschulden und Firmenpleiten sind für sie ein dickes Geschäft.

Bessere Chancen . . .

. . . soll es geben. Für die AKW-Industrie. Das haben die CDU/CSU regierten Länder in der vorletzten Woche im Bundesrat beschlossen und wollen dazu einen Gesetzesantrag im Bundestag einbringen.

Inhalt: eine Veränderung der Verwaltungsgerichtsordnung. Gerichtsverfahren sollen künftig gleich in erster Instanz bei den Oberverwaltungsgerichten behandelt werden können. Begründung der CDU: So könnten Zeitverlust und „Ungewißheit“ für Investoren beseitigt werden. Die Industrie und die Betreiber, die sich seit Jahren zunehmend über sich häufende Einsprüche beklagen, werden sich freuen. Ein neues Demonstrationsrecht mit Landfriedensbruchparagraphen und die Beschränkung juristischer Mittel werden wohl den bejammerten Investitionsstau auflösen. Dann noch ein paar Milliarden Steuergelder dazu und die Welt ist wieder schön. Für Siemens und Co.

Auseinandersetzungen in der IG Bau

Demonstration vor Gewerkschaftszentrale

In der letzten Märzwoche demonstrierten 50 Stuttgarter Mitglieder und Funktionäre der IG Bau-Steine-Erden vor dem Sitz des Bundesvorstandes in Frankfurt. Der erneute Protest galt nach wie vor der Entlassung des Stuttgarter Funktionärs (Geschäftsführer des Bezirksvorstands) Gerhard Schramm. Gegenüber einer Delegation (!) und vor der Presse beharrte der Gewerkschaftsvorsitzende Konrad Carl erneut auf seinem „Herr-im-Hause"-Standpunkt und verschanzte sich hinter laufenden Gerichtsverfahren.

Dieser öffentliche Protest, die Fahrt nach Frankfurt ist ein weiterer Höhepunkt im Protest der Stuttgarter Baugewerkschafter gegen das diktatorische Vorgehen des Bundes- und auch des Landesvorstandes.

Bereits Mitte März hatten Funktionäre und Betriebsräte des Stuttgarter Bezirks in einer Resolution mit harten Worten gegen den Bundesvorstand Stellung bezogen.

Für viele, die diese Vorgänge verfolgt haben, dürfte wesentlich klarer geworden sein, um was es dabei inhaltlich geht, als der — vorläufig geplatzte — Tarifabschluß des Herrn Carl mit seinen Freunden, den Bauunternehmern bekannt wurde. Ein Mann offensichtlich, der sich nicht nur bei seiner internen Organisationspolitik noch weniger um die Mitgliedschaft schert als andere seines Kalibers. Sondern auch ein Mann, der zupackt, wenn es darum geht „Opferbereitschaft", auf Kosten anderer versteht sich, zu demonstrieren und Spaltung zu betreiben.

In den USA gibt es solche Erscheinungen schon seit längerem: sogenannte Gewerkschaften, die sich nur noch um die Belange höchstbezahlter weniger Facharbeiter kümmern, denen die anderen oder gar die Arbeitslosen völlig egal sind. Um diesen Kurs durchzusetzen, mußten auch sie bei sich erst mal aufräumen...



Im Dienste eines japanischen Reeders:

Polizei stürmt bestreiktes Schiff

Am Nachmittag des 22. März stürmte die Hamburger Wasserschutzpolizei den „panamaischen" Frachter „Balsa I", dessen philippinische Mannschaft seit 40 Tagen im Streik stand. Mit der Schutzbehauptung „Wir müssen die Arbeitswilligen schützen" versuchten Sprecher der Polizei diesen ihren Einsatz im Auftrag der japanischen Reederei zu rechtfertigen.

19 Seeleute waren am 7. Februar auf der „Balsa I" in Streik getreten. Das Schiff gehört der japanischen Großreederei Hion Guan Navigation, es fährt unter der Billigflagge Panamas. Das Ziel der Seeleute war es, Tarifverträge unter Federführung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation zu erzwingen. Das würde eine Heuer von 821 Dollar im Monat für sie bedeuten gegenüber gerade 325 Dollar, die sie jetzt erhalten. Die Aktion wurde, im Gegensatz zu einigen der vorherigen Streikaktionen ausländischer Seeleute in der BRD, von der ÖTV unterstützt.

Mit Druck und Erpressung war es der Reederei gelungen, 8 der 19 Streikenden zum Umfallen zu bewegen, außerdem wurden noch von außerhalb 8 Streikbrecher angekarrt. Diesen 16 Leuten, die die von der Polizei angeführten „Arbeitswilligen" sind, stellten sich die elf noch streikenden Seeleute entgegen, ÖTV-Kollegen standen ihnen zur Seite.

Sie wurden von 25 Beamten der Wasserschutzpolizie regelrecht überfallen, vom Schiffgezerrt und das Schiff in ein Hafenbecken geschleppt.

Die japanische Reederei wird sich sicherlich dankbar an Hamburgs Polizei wenden, die Seeleute, die auch ihre anderen Forderung nach Nachzahlung von Heuerrückständen vertraten, haben jedenfalls bitter erfahren müssen, was es heißt, wenn Recht und Ordnung aufrechterhalten werden: das Recht der Reichen und die Unterordnung der Arbeitenden. Ob die ÖTV etwas gegen diesen Polizeiüberfall unternommen hat oder noch unternehmen wird ist zur Stunde noch nicht bekannt...

Im Bremer Hafen

Portugiesische Arbeiter zur Kündigung gezwungen

Den folgenden Bericht entnehmen wir der Betriebszeitung der KPD für die Bremer Hafenbetriebe, „De Anstorm", in deren Märzausgabe er als letzte Meldung vom 16. März enthalten war.

Mehr als 120 portugiesische Kollegen des GHB in Bremen werden zum 1. Mai nicht mehr im Hafen arbeiten. Sie unterschrieben unter starkem Druck der Geschäftsleitung und des Betriebsrates des GHB und der ÖTV Auflösungsverträge.

Da steht drin, daß sie damit einverstanden sind, zum 31.4. aufzuhören und dafür pro Beschäftigungsjahr beim GHB 1000 Mark Abfindung zu bekommen. **Das ist eine Sauerei!!!**

In kleinen Versammlungen irgendwo im Hafen, nicht beim GHB selbst, wurde den portugiesischen Kollegen gesagt: Wenn sich bis Montag dieser Woche nicht freiwillig 150 gemeldet hätten, würde man mit Entlassungen beginnen müssen, wo es dann keine Abfindungen geben würde. Gegen die geschlossene Front von Unternehmen, Betriebsrat und Gewerkschaft, ohne ausreichende Information über ihre Rechte und Möglichkeiten, mit nur vier bis fünf Tagen Zeit, sich zu entscheiden, gaben viele auf, auch wenn sie noch nicht in ihre Heimat zurückkehren wollten.

Damit steigt die Zahl der in den bremischen Häfen wegrationalisierten Arbeitsplätze in den letzten Monaten auf fast 500! Und immer versuchen die Hafenbosse die Kollegen zu spalten. Immer suchen sie sich diejenigen aus, von denen sie sich den wenigsten Widerstand erwarten. Waren es vor Weihnachten die Junggesellen, die jungen Leute, die ruhig arbeitslos werden durften, so sind es jetzt die Ausländer, auf die man verzichten kann.

Für die zehn bis fünfzehn Jahre, die unsere Amigos im Hafen geknüppelt haben, in denen sie dazu beigetragen haben, den Hafen aufzubauen, sollen sie nun mit einem Butterbrot als Dank nach Hause gehen.

Die ungeheuren Investitionen, die Bremen zu einem modernen Hafen gemacht haben, die sind doch von uns Hafenarbeitern erst erarbeitet worden, auch von den Portugiesen!! Und gerade die Portugiesen, haben die nicht die schlechtesten und unangenehmsten Arbeiten machen müssen? Wenn man auch als Deutscher jetzt denken könnte: Mich trifft es ja nicht.

Die nächste Gruppe, der es an den Kragen geht, die ist schon vorgesehen: Das sind die Angestellten, z.B. bei der BLG. Da sollen dann die Arbeiter sagen: Mich trifft es ja nicht. Es geht ja nur gegen die Angestellten. Darauf dürfen wir uns nicht einlassen. Entlassungen darf man keinen Finger breit nachgeben. Wir müssen alle zusammen im Hafen gegen jede Entlassung immer und überall gegenangehen.

Keine Entlassungen mehr im Hafen!

Herabsetzung des Rentenalters!

35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Neue Medien:

Gegen Arbeitsplätze, Gewerkschaftsrechte und Gesundheit

Verstärkt hat sich in den letzten Wochen die aufmerksame Beschäftigung mit den nun immer konkreter werdenden Plänen zur Einführung der sogenannten neuen Medien, was auch heißt: systematischer Ausbau von Bildschirmarbeitsplätzen.

Je deutlicher die neue Bonner Regierung den Kurs beschleunigt, alle Bedenken usw. beiseiteräumt, desto deutlicher wird auf der anderen Seite auch, daß der Widerstand wächst.

Am letzten Märzwochenende gab es verschiedene Gremien von HBV, IG DruPa, Postgewerkschaft und DGB, die auf Konferenzen von Funktionären und Mitgliedern ihren Protest ausdrückten. Und nicht nur dies: An mehreren Orgen wurden auch, über manteltarifliche Forderungen hinaus, Forderungen nach einem gesamtgewerkschaftlichen Widerstand erhoben.

Und tatsächlich ist dies alles Grund genug, eine Front des gewerkschaftlichen Widerstandes zu errichten: Die Tatsache, daß nach verschiedenen Berechnungen zwischen anderthalb und zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze beseitigt werden, daß — vor allem an Frauen — „gewerkschaftslose" Heimarbeitsplätze im sogenannten „Jobsharing" vergeben werden sollen (Modellversuch in Baden-Württemberg) und drittens schließlich die von der IG Metall veröffentlichte Studie aus Nordamerika, die die Gesundheitsschädigung durch Bildschirmarbeitsplätze nachweist.

Diese drei Dinge sind bisher oft in der Diskussion um den ganzen Vorgang von Verkabelung und neuen Medien zurückgetreten hinter andere, ebenfalls wichtige, wie Beeinflussung usw. Es bleibt eine Aufgabe der Gewerkschafter, da in Bonn schon Verträge fertig sind, den längst überfälligen Widerstand entschlossen zu beginnen.



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.



Vertrauen in die Polizei?

GAUTING. — Alle Haushalte Gautings haben vor einigen Tagen Post bekommen. Vom selben Absender. Von der Polizei. Darin wird die Erleichterung darüber ausgesprochen, daß sich die Bevölkerung nach der Erschießung des 14jährigen Schülers Jürgen Bergbauer so besonnen verhalten habe. Im übrigen hoffe die Polizei, das vorher bestandene Vertrauensverhältnis werde unverändert fortbestehen.

Ein erschütternder Zynismus. Für die Gautinger Bürger, besonders für die Jugendlichen ist die Angelegenheit aber keineswegs erledigt. Und trotz der „Besonnenheit", die sie auch angesichts des provokativen Auftretens von Polizeitruppen selbst bei ihren Trauerkundgebungen zeigten, sprechen sie deutliche Worte. Von Vertrauen in die Polizei ist da wenig zu spüren.

„Wer ist der nächste?" Auf einem selbstgemalten Plakat war diese Frage am Gautinger Jugendheim zu lesen. „Unser Freund Jürgen B. wurde von der Polizei am 20.3.83 kaltblütig erschossen!!" Mit diesem Transparent zeigten Jürgens Freunde, wie sie den nächtlichen Polizeieinsatz werten.

Der Todesschütze Friedrich Kanzack läuft immer noch frei umher. Und die Polizei in Bayern erhält weiter Aufmarschbefehl gegen die Bevölkerung, so gegen die Rüstungsgegner in Neu-Ulm, wo zwar nicht geschossen, aber Giftgas CN und CS aus nächster Nähe in die Gesichter von Demonstranten gespritzt wurde. Für die Herrschenden zählt ein Toter mehr oder weniger überhaupt nichts, ihre Gewaltmaschine läuft weiter wie geschmiert.

Polizeieinsatz in Neu-Ulm

CS und CN gegen Kriegsgegner

MÜNCHEN. — Mindestens sechs Personen wurden von der Polizei verletzt, als diese gegen Teilnehmer einer Blockadeaktion vor der Wiley-Kaserne in Neu-Ulm vorging. Die Polizei ging gegen die Kriegsgegner mit den Kampfgasen CN und CS vor.

Aus kürzester Distanz wurde vor allem die „chemische Keule" mit dem CN-Gas eingesetzt (siehe Foto). Daß auch das giftigere CS zum Einsatz kam, gaben Polizisten selber an, und der Einsatzleiter der Neu-Ulmer Polizei bestätigte dies auf Anfrage ausdrücklich. Später folgte ein Dementi durch einen Sprecher des bayerischen Innenministeriums: Es sei nur CN eingesetzt worden... Wer da wohl lügt?



Sechs Demonstranten meldeten sich später mit Verletzungen.

Gert Bastian, Bundestagsabgeordneter der Grünen, der an der Belagerung teilnahm, wies später auf die besondere Verantwortung von Staatssekretär Spranger für den gewaltsamen Polizeieinsatz hin. Mit seinen hetzerischen Parolen bei den Osteraktionen der Friedensbewegung sei mit Gewaltanwendung zu rechnen, waren die Polizeitruppen aufgehetzt und auf rücksichtslosen Gewalteinsatz vorbereitet worden. Wieder einmal erwiesen sich die bayerischen Behörden als besonders aggressiv im Einsatz gegen Demonstranten. Strauß läßt vorexerzieren, wie das Deutschland aussehen soll, wenn es getreu seiner Devise „In Ordnung gebracht" worden ist.

Widerstand gegen Polizeiterror

DORTMUND. — Die Dortmunder Polizei ist durch eine ganze Reihe von Verbrechen ins Gerede gekommen. Vom Ladendiebstahl bis zu Rollkommandos nach Dienstschluß hat sich da allerhand angesammelt. Die Strafen fielen allerdings, wie im „Roten Morgen" berichtet, sehr milde aus. In Dortmund hat sich nun eine Bürgerinitiative gegründet — „Bürger beobachten die Polizei" — deren Arbeit eine Anregung für alle sein kann, die sich gegen Polizeiübergriffe zur Wehr setzen wollen.



In ihrer „Polizeitung", deren erste Nummer kurz vor Ostern erschien und mit gutem Erfolg verkauft wurde, greifen die Mitglieder der Initiative den Prozeß gegen Murawski und Weist auf, die zusammen mit anderen die Bewohner eines besetzten hauses überfallen und erheblich verletzt hatten. Die Strafe: Lächerliche vier Monate Haft, ausgesetzt auf Bewährung.

Welche Ziele hat sich die Initiative gesetzt? — Lassen wir sie selbst zu Wort kommen:

„Es ist kein Geheimnis, daß es Polizeiübergriffe gibt. Ebenso bekannt ist, daß viele — wenn nicht die meisten — Polizeiübergriffe unbekannt bleiben, weil die betroffenen Bürger sich nicht an die Öffentlichkeit trauen und weil die Bürger Polizeiübergriffe oft für ‚normales' Handeln von Polizisten halten. Die disziplinarische und gerichtliche Verfolgung der Vergehen von Polizisten im Dienst gibt ihnen Recht: Die meisten Übergriffe bleiben ungesühnt, auch wenn sie angezeigt werden.

Wir meinen, daß es sich bei Polizeiübergriffen weder um vereinzelten Übereifer von ein paar Beamten handelt, noch um Fehler, die eben bei jeder Arbeit vorkommen. Das Gewaltmonopol des Staates, das im alltäglichen Leben von der Polizei ausgeübt wird, fördert die Tendenz, den Polizeiapparat zu perfektionieren ebenso wie den Wunsch, die polizeiliche Arbeit der öffentlichen Kritik zu entziehen.

Wir meinen nicht, daß man angesichts der in dieser Zeitung geschilderten Vorfälle in Resignation verfallen sollte — im Gegenteil. Nur wenn die Bürger ihre Rechte auch gegenüber der Polizei wieder offensiv in Anspruch nehmen, wird die Möglichkeit geschaffen, daß Polizeiübergriffe aus dem alltäglichen Leben der Bundesrepublik und Dortmunds wieder verschwinden. Deshalb haben wir die Initiative ‚Bürger beobachten die Polizei' gegründet. Wir sehen folgende Aufgaben:

1. als Anlaufstelle für von Polizeiübergriffen Betroffene zu dienen und Unterstützung zu leisten;
2. polizeiliche Maßnahmen zu beobachten und polizeiliche Übergriffe der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen;
3. Fälle von polizeilichen Übergriffen zu sammeln und in geeigneter Weise zu publizieren;
4. über Reaktionsmöglichkeiten gegenüber Polizeimaßnahmen zu informieren."

Wer mehr über die Arbeit der Initiative wissen möchte, wer aus dem Dortmunder Raum mitarbeiten will oder „sachdienliche Hinweise" anzubieten hat, kann sich an **Richard Kelber** wenden. Seine Adresse: Chemnitzer Straße 83, 46 Dortmund 1. Zwei Telefonnummern werden angegeben: (0231) 127184 oder 482090.

Nazis raus aus Frankfurt!

Aktionen gegen NPD-Parteitag

FRANKFURT. — Trotz Kündigung des Mietvertrages durch die Stadt konnte der Landesparteitag der hessischen NPD im Bürgerhaus Dornbusch stattfinden. Mehrere hundert Antifaschisten protestierten dagegen, auf einer Kundgebung wurde das Verbot aller Naziorganisationen gefordert.

Mit einer Mahnwache, einer Demonstration und einer Kundgebung brachten die Antifaschisten ihren Protest zum Ausdruck. Auch viele Gewerkschafter waren darunter. Sie gedachten der „Opfer von Faschismus und Krieg von Neonazismus und Ausländerhaß" und erinnerten daran, daß es diese Opfer nicht nur im Hitler-Reich gab — eine Schrifttafel erinnerte an die Opfer des Nazi-Anschlags auf das Münchener Oktoberfest. „Es lebe die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter", hieß es auf einem Transparent, und das richtete sich nicht allein gegen die Nazis und ihre ausländerfeindliche Hetze, sondern auch gegen die Politik der Bundesregierung.

Die Kundgebungsredner machten deutlich, daß die unsichere soziale Lage und die Politik des Sozialabbaus gerade Jugendliche empfänglich macht für die Parolen der Neonazis, die sich zum Beispiel in Fußballfanclubs breitmachen. Das gehe auch auf das Konto der Sozialpolitik der Stadt Frankfurt, die zum Beispiel zu Lasten einer verantwortungsbewußten Sozialarbeit gehe.

Das Verbot aller neonazistischen Organisationen forderte der ÖTV-Kreisvorsitzende Karl-Heinz Jungmann. Gerade Gewerkschafter müßten ständig die Ursachen des Faschismus bekämpfen.

Ein türkischer Kollege verurteilte die Ausländerpolitik der Regierung, die auch tätliche Übergriffe gegen Ausländer begünstigt. Sie schaffe, so führte er aus, auch den Nährboden für eine Organisation, wie sie sich in Bielefeld gegründet hat — die nennt sich „Türken-Tod".

Wie frei sich die Nazi-Terroristen bei uns tummeln dürfen, wurde auch an diesem Tag in Frankfurt deutlich. Zwar verhaftete die Polizei vier bewaffnete NPD-Anhänger. Aber an der Frankfurter Hauptwache verteilten Mitglieder der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) des Michael Kühnen, der nach eigenen Angaben dabei ist, die Nazi-Szene zu „reorganisieren", ihre Flugblätter. Die ANS wird darin als „die neue Einheitsbewegung" der Faschisten bezeichnet und Kühnen zitiert, der sich darüber freut, daß seit Anfang 1971 „eine illegale NSDAP in der Bundesrepublik (arbeitet), ohne daß dies von den Staatsschutzbehörden verhindert werden kann". Nun, diese Behörden zeigen wahrlich kein großes Interesse daran, irgendetwas aus dieser Richtung zu verhindern. Da werden die Antifaschisten gehörig Druck machen müssen.



Die Aktionen der Frankfurter Antifaschisten endeten an diesem Tag mit einer Kranzniederlegung vor dem Anne-Frank-Haus in der Ganghoferstraße, wo die Familie Frank bis zu ihrer Emigration nach Holland gelebt hatte.

Yüksel Sen wird vorerst nicht ausgeliefert

KARLSRUHE. — Im Asylverfahren des Kurden Ibrahim Yüksel Sen hat das Bundesverfassungsgericht eine Ausweisungsentscheidung des Oberlandesgerichts Köln aufgehoben und den Fall zur erneuten Verhandlung an das Gericht zurückverwiesen. Es tat dies mit der Begründung, man könne nicht davon ausgehen, daß die Türkei sich generell an den „Spezialitäts"-Grundsatz halte.

Der „Spezialitäts"-Grundsatz besagt nach den Bestimmungen des Europäischen Auslieferungsübereinkommens, daß ein Ausgelieferter in seiner Heimat nur in den Punkten strafrechtlich verfolgt werden darf, die als Grundlage des Auslieferungsersuchens angegeben wurden.

Gegen diesen Grundsatz hat die Türkei bereits verstoßen. Deshalb, so die Entscheidung des BVG, muß jeder Einzelfall nachgeprüft werden. Das war in Köln nicht geschehen, und auch das Bundesjustizministerium hatte in einer Stellungnahme gegenüber dem BVG behauptet, zu Zweifeln an dem rechtmäßigen Verhalten türkischer Behörden bestehe überhaupt kein Anlaß. Der Senat der OLG hatte noch nicht einmal eine mündliche Verhandlung für notwendig erachtet, bevor er die geplante Ausweisung absegnete.

Die faschistische Militärregierung hatte die Ausweisung mit der Begründung gefordert, Yüksel Sen sei in Abwesenheit zu 28 Jahren Haft verurteilt worden, weil er zusammen mit anderen bei Studentenauseinandersetzungen 1975 mit Pistolenschüssen eine Person getötet und zwei andere schwer verletzt habe. Yüksel Sens Verteidigung wurde von den Kölner Richtern schlicht ignoriert. Dem Hinweis auf Beweismanipulation, auf Aussagen von Entlastungszeugen, die im Prozeß nicht berücksichtigt wurden und schließlich auf ein Alibi, nach dem der Angeklagte zur fraglichen Zeit gar nicht am Ort des Geschehens gewesen war — auch das tauchte in der Urteilsbegründung gar nicht auf —, ging man in Köln nicht nach. Auch auf die allgemeinen Verhältnisse in der Türkei ging das OLG nicht ein, obwohl sie für das Verfahren durchaus von Belang sind. Yüksel Sen muß auch deshalb um sein Leben fürchten, weil er Kurde ist, weil er während seines Studiums in Ankara öffentlich gegen Terrorakte und die Politik der faschistischen MHP und der „Grauen Wölfe" aufgetreten ist, die schon mehrfach versucht haben, ihn durch falsche Beschuldigungen zu kriminalisieren. Yüksel Sen ist mehrfach gefoltert worden. Mehrere Rippen, die Nase, das linke Schlüsselbein und das Steißbein wurden ihm dabei gebrochen. All das ist längst bekannt. Dennoch behaupten die Gerichte bisher, ihm drohe keine politische Verfolgung!

In Köln muß nun erneut verhandelt werden. Das Urteil muß lauten: Keine Abschiebung von Yüksel Sen!

In einem zweiten Fall, mit dem sich das BVG zu befassen hatte, lagen die Dinge ähnlich. Hier war es das OLG Düsseldorf, daß einem Ausweisungsantrag gegen einen Türken zugestimmt hatte, ohne die Einwände zu prüfen, daß diesen in seiner Heimat politische Verfolgung und Folter erwarte. Auch hier wurde das Verfahren zurückverwiesen.

Die Neuverhandlungen in diesen Fällen garantieren freilich noch nicht den Schutz vor Ausweisung. Aber es sind einige der unverantwortlichen Methoden deutscher Gerichte ans Licht gekommen, ganz so einfach wird es nicht mehr gehen. Inzwischen muß die Solidarität mit den Bedrohten Antifaschisten aus der Türkei weitergehen. Und der Druck auf die Bundesregierung verstärkt werden, damit die Zusammenarbeit mit den Henkern in Ankara ein Ende findet.

Verdatet und verkauft?

Verhindern wir die Volkszählung

Dies ist die Vorderseite eines Flugblatts der KPD, das in der nächsten Zeit im Bundesgebiet und in Westberlin verteilt wird.

Nach einer gründlichen Darstellung über Inhalt und Zweck der Volkszählung '83 geht das Flugblatt auf den Widerstand ein, der sich bundesweit gegen die Volksaushorchung formiert hat. Es heißt darin unter anderem:

Staatsfeinde?

Aus der Diskussion über die Volkszählung haben die Schwarzen in Bonn inzwischen eine Diskussion über das Verhältnis zum Staat gemacht. Wer Vertrauen in diesen Staat hat, beteiligt sich an der Volkszählung, wer dagegen ist, ist ein „Volks- und Staatsfeind", behauptet Innenminister Zimmermann.

So? Dann sind wir mittlerweile auf dem besten Weg, ein Volk von „Volks- und Staatsfeinden" zu werden. Denn nach letzten Meinungsumfragen ist es nur noch die Minderheit der Bevölkerung, die **keine** Angst hat, daß mit den Ergebnissen der Volkszählung Mißbrauch getrieben wird. Ginge es nach dem Willen der Bevölkerung, **dann würde die Volkszählung sofort aufgehoben, zumindest aber verschoben!** Damit könnte auch eine Menge Geld gespart werden: an die 100 Millionen Mark kostet uns die Volkszählung heute schon, 300 weitere Millionen Mark soll sie noch kosten!

Auch Abgeordnete der SPD, die das Gesetz über die Volkszählung mitverabschiedet haben, erklären inzwischen, daß die vorliegenden Fragebögen in mehreren Punkten mit dem Gesetz nicht übereinstimmen. Datenschutzbeauftragte haben Bedenken angemeldet. 500 Verfassungsbeschwerden wurden beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Zum

Boykott der Volkszählung

haben inzwischen zahlreiche Organisationen und Initiativen aufgerufen. Andere, wie z.B. Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, haben dazu aufgerufen, nur die Fragen zu beantworten, die der einzelne für notwendig und richtig hält. Dieser Widerstand ist gerecht! Nach einer Umfrage, die Ende März im ZDF bekanntgegeben wurde, meinen das auch 25 Prozent der Bevölkerung!

Je mehr von ihnen die Volkszählung ganz oder teilweise boykottieren, desto besser! Selbst wenn mancher, der sich heute gegen die Volkszählung ausspricht, unter dem staatlichen Druck von Buß- und Zwangsgeldern, die Bögen — wenn auch zähneknirschend — dennoch ausfüllt, das Entscheidende ist, daß die Volkszählung heute schon zu einer

Schlappe für die Regierung

geworden ist. Es stimmt eben offensichtlich doch nicht, daß die schwarze Koalition das Vertrauen des Volkes hat, mit dem sie sich nach den Wahlen so gebrüstet hat, besitzt. Und man darf dieser Regierung auch nicht vertrauen! Nicht, wenn es um unsere Daten geht, nicht wenn es um unsere Arbeitsplätze, um Demokratie und Frieden geht! Alle unsere Interessen lassen sich nur im Kampf gegen diese Regierung verteidigen. Setzen wir den Protest gegen die Volkszählung fort! Leisten wir Widerstand!

Volkszählung

nach der Melodie: Weißt du, wie viel Sterne stehen . . .

Weißt du, wie viel Häuser stehen
ohne Klo und ohne Bad,
weißt du, wie viel zur Arbeit
gehen
ohne Auto mit dem Rad?
Der Computer
hat sie gezählet,
daß ihm auch kein einz'ges
fehlet
an der ganzen großen Zahl
an der ganzen großen Zahl.



Weißt du, wie viel schwarz
arbeiten
auf dem grauen Arbeitsmarkt,
weißt du, bei wie vielen Leuten
noch ein Untermieter parkt?
Der Computer
ruft sie bei Namen,
daß sie alle ans Licht kamen —
und der Fiskus, der streicht ein
und der Fiskus streichet ein.



Weißt du, wie viel lange Finger
das soziale Netz beklaun,
weißt du wie viel krumme Dinger
treue Bürger sich zutraun?
Der Computer
hat an allem
seine Lust, sein Wohlgefallen,
keiner geht ihm durch das Sieb,
keiner geht ihm durch das Sieb.



Weißt du, wie viel Millionäre
leben hier in Saus und Braus,
wie viel tausend Aktionäre
tragen's Geld ins Ausland raus?
Der Computer
kann's nicht fassen,
weil sie sich Datenschützen
lassen
vor dem ganzen großen Volk
vor dem ganzen großen Volk.



Weißt du, wie viel stille Greifer
täglich mit den Daten spiel'n,
weißt du, mit welchem Eifer
sie den Bürger nackt ausziehn?
Das BKA
hat sie gezählet,
damit kein Informatiönchen
fehlet
für den großen Spitzel-Staat,
für den großen Spitzel-Staat!

T.B., Frankfurt



„Von wegen Osterfeuer: Das sind die Fragebögen für die Volkszählung!"

So könnte man's machen.
Mehr darüber, wie man gemeinsamen Widerstand organisieren kann, im nächsten „Roten Morgen". Leserbriefe zu diesem Thema sind uns willkommen.

„IG Bau bläst zum Boykott"

... meldete die „Westfälische Allgemeine Zeitung" (WAZ) am Montag vergangener Woche in einer dicken Überschrift. Nun, die gesamte IG Bau tut das nicht. Aber immerhin der Bezirksverband Dortmund, der in einer Entschließung die Gewerkschafter zum „massenhaften Boykott" der Volkszählung aufruft.

Volkszählung '83

Hinweise für ausländische Mitbürger

Was ist die Volkszählung?
Ab Mitte April findet in der Bundesrepublik eine Volkszählung statt. Das ist aber keine einfache Zählung der Bevölkerung, bei der Daten für statistische Zwecke erhoben werden. Vielmehr sollen die Gemeinden bei dieser Gelegenheit ihre Melderegister auf den neuesten Stand bringen. Deshalb müssen gerade Ausländer beim Ausfüllen der Fragebögen zur Volkszählung besonders vorsichtig sein.

Die Bundesregierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie in den nächsten Jahren die Hälfte der hier lebenden Ausländer aus der Bundesrepublik fortschicken will. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die bei der Volkszählung gesammelten Informationen später auch gegen den einzelnen Ausländer verwendet werden. Eine direkte Verwendung der Angaben aus der Volkszählung ist den Behörden nicht erlaubt. Aber es ist zu erwarten, daß die Informationen gespeichert werden. Das kann für einen Ausländer unangenehm werden. Ein Beispiel: es gibt seit langem eine Bestimmung, daß in einer Wohnung für jede Person eine bestimmte Anzahl von Quadratmetern zur Verfügung stehen müssen (in Bochum z.B. 9 Quadratmeter pro Person). Kann eine ausländische Familie nicht genügend Wohnraum nachweisen, so können Familienmitglieder ausgewiesen werden. In all den Jahren, als man die ausländischen Arbeiter brauchte, hat man es mit diesen Bestimmungen nicht so genau genommen. Jetzt will man aber die Zahl der Ausländer verringern und hat an manchen Orten schon begonnen, diese Möglichkeit zur Ausweisung von Ausländern zu nutzen.

Bei der Volkszählung wird unter anderem nach der Wohnungsgröße gefragt. Wer eine zu kleine Wohnung hat und dies angibt, der wird deswegen sicherlich nicht gleich ausgewiesen, aber die Behörden können aufmerksam werden und Nachforschungen anstellen. Man muß also beim Ausfüllen der Fragebögen von vornherein bedenken, welche Auswirkungen die Nachforschungen für einen selbst und die Familie haben könnten.

Und noch etwas: Die Volkszählung wird mit technischer Perfektion durchgeführt. Ein Computer kann Ihre Angaben mit dem vergleichen, was die Behörde jetzt schon über Sie weiß. Wenn sich dabei ein Widerspruch ergibt, wird er schnell gefunden.

- Deshalb sollten Sie sich schon jetzt Gedanken machen, welche Folgen die Volkszählung für Sie persönlich, Ihre Familie und Ihre Freunde haben könnte.
- Dazu einige Informationen:

Was wird gefragt?

Sie bekommen einen Fragebogen, den Sie ausfüllen sollen. Dort wird unter anderem nach folgenden Dingen gefragt:

- Name, Vorname, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit aller Personen, die in Ihrer Wohnung (in Ihrem Haushalt) leben.
- Wer ist erwerbstätig, wie lange, wovon lebt jede einzelne Person?
- Wo arbeiten Sie? Was machen Sie dort genau?
- Wann sind Sie in Ihre Wohnung eingezogen, wie groß ist sie, wie hoch ist die Miete?

Wie läuft die Volkszählung ab?

Etwa Mitte April wird bei Ihnen ein Volkszähler erscheinen, der Ihnen persönlich einen Fragebogen zur Volkszählung übergeben will. Dieser Bogen hat eine Nummer, die auf Ihren Namen bei der Zählstelle registriert ist. Anders als in anderen Ländern (z.B. Türkei, Griechenland) herrscht hier an diesen Tagen **kein Ausgehverbot**. Sie brauchen also nicht zu Hause zu sein, wenn der Zähler kommt. Wenn der Zähler Sie nicht antrifft, kommt er noch einmal oder Sie erhalten per Post eine Mitteilung. Man wird verschiedene Versuche unternehmen, Sie zu erreichen.

Wenn Sie den Bogen einmal erhalten haben, sollten Sie ihn auch ausfüllen, denn er ist ja registriert. Den ausgefüllten Bogen brauchen Sie aber dem Zähler nicht persönlich zurückzugeben, sondern Sie können ihn mit der Post an die Zählstelle zurückschicken. Dann kann der Zähler Ihre Angaben nicht lesen. Er braucht sie auch nicht zu lesen.

Wenn die Volkszählung zu Ende ist, werden die Fragebögen mit den Unterlagen der Meldebehörden verglichen. Alle Personen, die offiziell gemeldet sind, aber bei der Zählung bis zum Schluß nicht gefunden wurden, werden aus den Melderegistern gestrichen. **Wer als Ausländer nicht mehr gemeldet ist, ist illegal in Deutschland und kann jederzeit ausgewiesen werden.**

Trotzdem ist es sinnvoll, das Ausfüllen des Bogens etwas hinauszuzögern. Viele deutsche Bürger sind mit der Volkszählung nicht einverstanden und wollen sich weigern, die Bögen auszufüllen. Wenn das genügend Leute tun, könnte die Volkszählung mißlingen und vielleicht abgebrochen werden. Außerdem muß das höchste Gericht, das Bundesverfassungsgericht, noch darüber entscheiden, ob die Volkszählung überhaupt in dieser Form durchgeführt werden darf.

Sie können sich bei den unten angegebenen Adresssen über den neuesten Stand der Dinge informieren und mehr über die Gründe erfahren, warum viele deutsche Bürger die Volkszählung ablehnen.

Wie verhält man sich gegenüber dem Zähler?

Zähler sind Personen, die sich freiwillig für diese Aufgabe gemeldet haben oder die dazu verpflichtet wurden. Teilweise sind es Beamte der Stadtverwaltung. Der Zähler hat nicht das Recht, Ihre Wohnung zu betreten, wenn Sie das nicht wollen. Sie sind nicht verpflichtet, dem Zähler Ihren Paß oder andere Dokumente zu zeigen, auch wenn er das verlangt. Sie sind auch nicht verpflichtet, dem Zähler mündlich irgendwelche Angaben zu Ihrer Person zu machen. Sie brauchen noch nicht einmal Ihren Namen zu sagen.

Der Zähler wird vielleicht darauf dringen, Ihnen beim Ausfüllen des Bogens in Ihrer Wohnung zu helfen, weil er dann Ihre Angaben mit der Wirklichkeit vergleichen kann. Diese Hilfe brauchen Sie nicht anzunehmen. Sie haben das Recht, den Bogen zu behalten und selbst auszufüllen. Sie können sich dabei von einer Person Ihres Vertrauens beraten lassen. In dem Fragebogen wird auch nach Ihrer Telefonnummer gefragt, damit man Sie bei Unklarheiten anrufen kann. Sie sind **nicht** verpflichtet, die Telefonnummer anzugeben.

Was ist beim Ausfüllen des Bogens zu beachten?

- Überlegen Sie, was die Ausländerbehörde über Sie weiß. Ihre Angaben auf dem Bogen sollten möglichst damit übereinstimmen. Es heißt, daß man nicht bestraft wird, wenn man vorher einmal bei einer Behörde falsche Angaben gemacht hat und jetzt bei der Volkszählung die Wahrheit sagt. Das ändert aber nichts daran, daß die Behörde auf den Widerspruch aufmerksam werden kann und Nachforschungen anstellen kann. Bitte bedenken Sie, was das Ergebnis einer Nachforschung für Ihre persönliche Situation bedeuten kann.
- Es ist natürlich gut, wenn die Personen Ihres Haushaltes zum Zeitpunkt der Volkszählung alle ordnungsgemäß gemeldet sind.
- Illegale, d.h. Personen, die nirgendwo in der Bundesrepublik oder in Berlin gemeldet sind, bekommen keinen Fragebogen, werden also von der Volkszählung nicht erfaßt,wenn sie sich nicht selbst zu erkennen geben.
- Alle anderen bekommen den Fragebogen dort zugestellt, wo sie offiziell gemeldet sind. Sie sollten dafür sorgen, daß Sie den auf Ihren Namen registrierten Bogen auch bekommen. Sollten Sie sich in einer Wohnung aufhalten, in der Sie nicht gemeldet sind, und dort einen Bogen in die Hand bekommen, müssen nicht Sie den Bogen ausfüllen, sondern der offizielle Wohnungsinhaber.
- Sehr wichtig sind Ihre Angaben zur Größe der Wohnung (s. oben).
- Ihre Angaben zum Lebensunterhalt und zur Arbeitszeit oder zur Arbeitsstätte sollten Sie sich genau überlegen. Bei Zweifeln lassen Sie sich beraten. Beachten Sie, daß Sie über diese Fragen vielleicht schon Angaben bei der Ausländerbehörde gemacht haben.
- Sie müssen mit Rückfragen der Zählstelle rechnen, wenn Ihre einzelnen Angaben auf dem Fragebogen sich widersprechen. Wenn Sie z.B. angegeben haben, daß Sie als ungelernter Arbeiter arbeiten, mit Ihrer Frau und vier Kindern hier leben und 1000 Mark Miete im Monat bezahlen. Das glaubt Ihnen keiner.

Noch Fragen?

Natürlich konnten wir mit diesem Informationsblatt nicht alle Ihre Fragen beantworten. Außerdem ist für jede Person oder jede Familie die Situation ein bißchen anders. Wenn Sie Fragen haben, können Sie sich mit folgenden Stellen beraten (Platz für Kontaktadresse örtlicher Initiativen).

Dort können Sie sich auch über die Boykottbewegung der deutschen Bürger und den Stand der Volkszählung informieren. Falls Sie daran denken, sich dem Boykott anzuschließen, sollten Sie sich **auf jeden Fall** vorher mit einer dieser Stellen in Verbindung setzen.

Wenn Ihnen später einmal bei irgendeiner deutschen Behörde Ihre Angaben aus der Volkszählung vorgehalten werden, dann ist das illegal. Auch in diesem Fall können Sie sich an uns wenden.

****

Über die Frage, wie sich unsere ausländischen Mitbürger bei der bevorstehenden Volksaushorchung verhalten sollen, wird in den verschiedenen Initiativen immer noch kontrovers diskutiert.

Mitglieder Bochumer Initiativen haben mittlerweile einen Entwurf für ein Informationsblatt für ausländische Mitbürger erarbeitet, über den noch diskutiert wird.

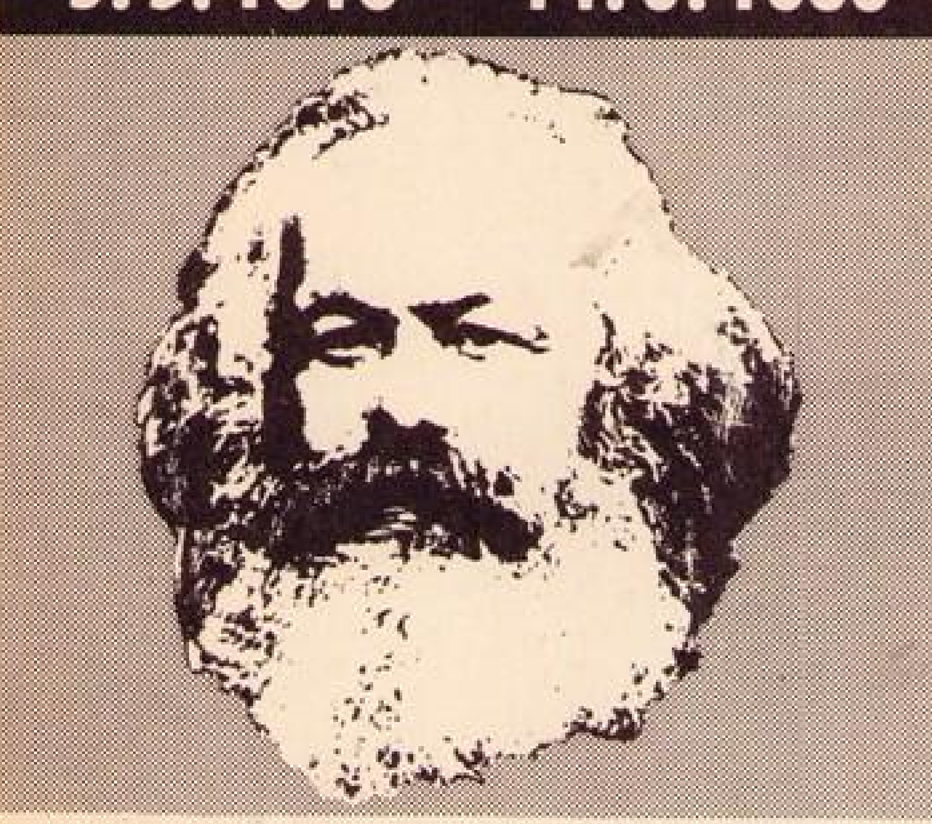
Wir halten den Entwurf für gut, weil er sachlich und informativ ist und weil er auch schlüssig darlegt, daß es verantwortungslos ist, einfach alle in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zum Boykott aufzurufen. Wir drucken den Text ab, um zu einer Verbreitung dieser Überlegungen beizutragen und den „Roten-Morgen"-Lesern in den verschiedenen Initiativen eine Hilfe zu geben.

Die *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg beabsichtigte, dieses Flugblatt auch zu vertreiben — nicht, wie vor zwei Wochen im „Roten Morgen" angekündigt, selbst eines in türkischer Sprache herauszugeben. Sobald ein solches Flugblatt fertig ist, wird es auch bei der *Volksfront*-Geschäftsstelle in Aachen zu erhalten sein.

Nähere Informationen zu diesem Thema im nächsten „Roten Morgen".

****

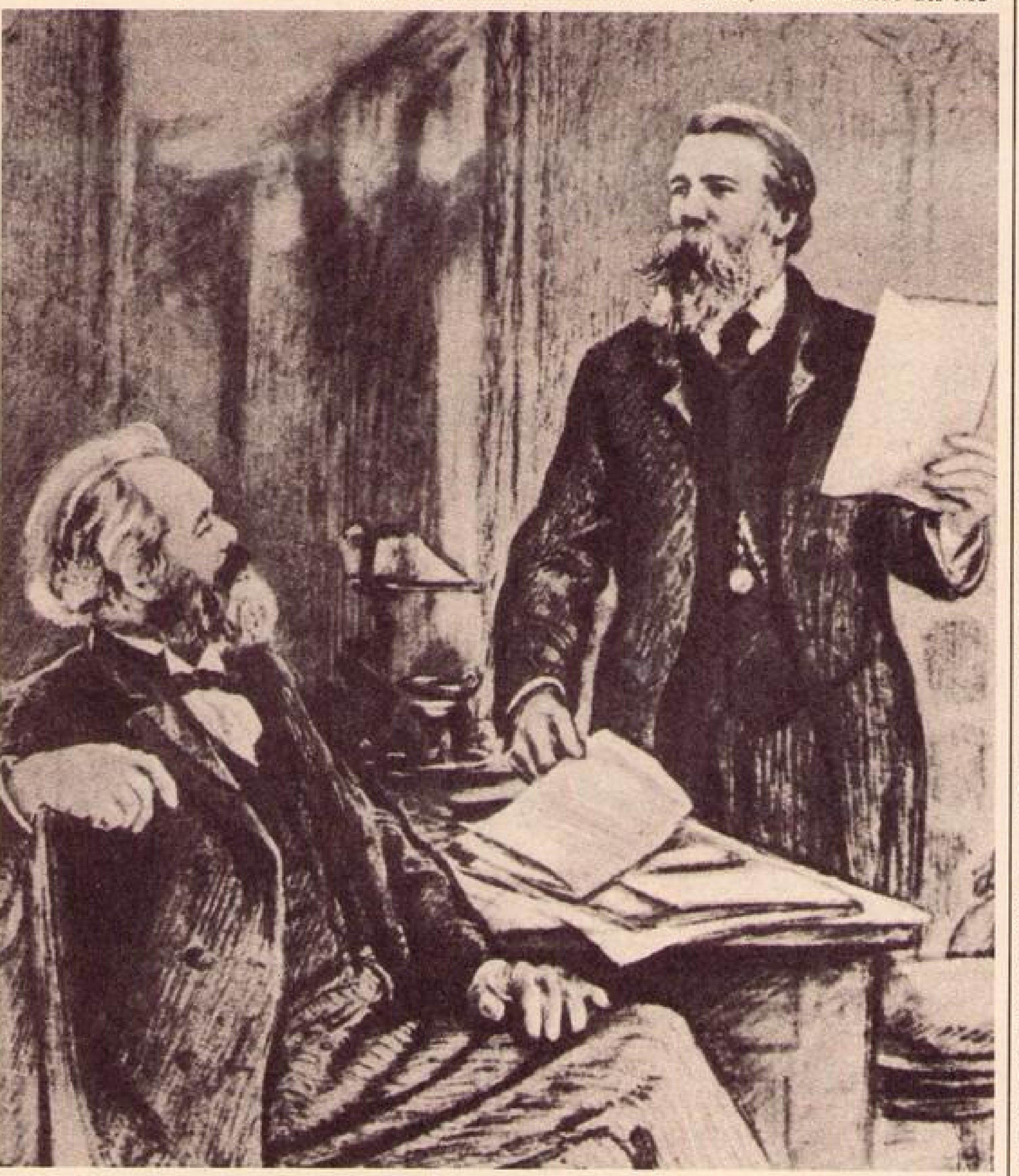
KARL MARX
5. 5. 1818 — 14. 3. 1883



Texte zum Karl-Marx-Jahr

Friedrich Engels:

Marx und die „Neue Rheinische Zeitung" 1848—1849



Beim Ausbruch der Februarrevolution bestand die deutsche „Kommunistische Partei", wie wir sie nannten, nur aus einem kleinen Stamm, dem als geheime Propagandagesellschaft organisierten Bund der Kommunisten. Geheim war der Bund nur, weil es damals in Deutschland kein Vereins- und Versammlungsrecht gab. Außer den Arbeitervereinen im Ausland, wo er sich rekrutierte, hatte er ungefähr dreißig Gemeinden oder Sektionen im Lande selbst, dazu einzelne Mitglieder an vielen Orten. Aber diese unbedeutende Streitkraft hatte einen Führer, dem sich alle willig unterordneten, einen Führer ersten Ranges in *Marx*, und dank ihm ein prinzipielles und ein taktisches Programm, das noch heute in voller Geltung steht: das *„Kommunistische Manifest"*.

Hier kommt in erster Reihe der taktische Teil des Programms in Betracht. Dieser lautete im allgemeinen:

„Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besondern Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß einerseits sie in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die *gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen* des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andrerseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets *das Interesse der Gesamtbewegung* vertreten. — Die Kommunisten sind also *praktisch* der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder, sie haben *theoretisch* vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." (1)

Und für die deutsche Partei im besonderen:

„In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Borugeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt. Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht" usw.

Nie hat sich ein taktisches Problem so bewährt wie dieses. Aufgestellt am Vorabend einer Revolution, hielt es die Probe dieser Revolution aus; wo seit jener Zeit eine Arbeiterpartei von ihm abwich, strafte sich jede Abweichung; und heute, nach beinahe vierzig jahren, bildet es die Richtschnur aller entschiedenen und selbstbewußten Arbeiterparteien Europas von Madrid bis Petersburg.

Die Februarereignisse in Paris überstürzten die bevorstehende deutsche Revolution und modifizierten damit ihren Charakter. Die deutsche Bourgegeoisie, statt aus eigener Kraft zu siegen, siegte im Schlepptau einer französischen Arbeiterrevolution. Noch ehe sie ihre alten Gegner, das absolute Königtum, den feudalen Grundbesitz, die Bürokratie, das feige Spießbürgertum, endgültig niedergeworfen, mußte sie schon Front machen gegen einen neuen Feind, das Proletariat. Hier aber zeigten sich sofort die Wirkungen der hinter Frankreich und England weit zurückgebliebenen ökonomischen Zustände und der damit ebensosehr zurückgebliebenen Klassenlage Deutschlands.

Die deutsche Bourgeoisie, die eben erst ihre große Industrie zu begründen anfing, hatte weder die Kraft noch den Mut, noch die zwingende Nötigung, sich die unbedingte Herrschaft im Staat zu erkämpfen: das Proletariat, in gleichem Verhältnis unentwickelt, herangewachsen in vollständiger geistiger Knechtung, unorganisiert und noch nicht einmal fähig zu selbständiger Organisation, besaß nur das dumpfe Gefühl seines tiefen Interessengegensatzes gegen die Bourgeoisie. So, obgleich der Sache nach ihr drohender Gegner, blieb es anderseits ihr politisches Anhängsel. Geschreckt nicht durch das, was das deutsche Proletariat war, sondern durch das, was es zu werden drohte und was das französische schon war, sah die Bourgeoisie nur Rettung in jedem, auch dem feigsten Kompromiß mit Monarchie und Adel; unbekannt noch mit seiner eigenen geschichtlichen Rolle, mußte das Proletariat in seiner großen Massen zunächst die des vorantreibenden, äußersten linken Flügels der Bourgeoisie übernehmen. Die deutschen Arbeiter hatten vor allen Dingen diejenigen Rechte zu erkämpfen, die ihnen zu ihrer selbständigen Organisation als Klassenpartei unumgänglich waren: Freiheit der Presse, der Vereinigung und Versammlung — Rechte, die die Bourgeoisie im Interesse ihrer eigenen Herrschaft hätte erkämpfen müssen, die sie selbst aber in ihrer Angst den Arbeitern jetzt streitig machte. Die paar hundert vereinzelten Bundesmitglieder verschwanden in der ungeheuren, plötzlich in die Bewegung geschleuderten Masse. Das deutsche Proletariat erschien so zunächst auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei.

Damit war uns, als wir in Deutschland eine große Zeitung begründeten, die Fahne von selbst gegeben. Es konnte nur die der Demokratie sein, aber die einer Demokratie, die überall den spezifisch proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte. Wollten wir das nicht, wollten wir nicht die Bewegung an ihrem vorgefundenen, fortgeschrittensten, tatsächlich proletarischen Ende aufnehmen und weiter vorantreiben, so blieb uns nichts, als Kommunismus in einem kleinen Winkelblättchen dozieren und statt einer großen Aktionspartei eine kleine Sekte stiften. Zu Predigern in der Wüste aber waren wir verdorben; dazu hatten wir die Utopisten zu gut studiert. Dazu hatten wir unser Programm nicht entworfen.

Als wird nach Köln kamen, waren dort von demokratischer, teilweise kommunistischer Seite Vorbereitungen zu einem großen Blatt getroffen. Man wollte dies echt lokal-kölnisch machen und uns nach Berlin verbannen. Aber in 24 Stunden hatten wir, namentlich durch Marx, das Terrain erobert, das Blatt ward unser, auf die Gegenkonzession, daß wir *Heinrich Bürgers* in die Redaktion nahmen. Dieser schrieb *einen* Artikel (in Nr. 2) und nie mehr einen zweiten.

Wir mußten eben nach Köln gehen und nicht nach Berlin. Erstens war Köln das Zentrum der Rheinprovinz, die die französische Revolution durchgemacht, sich im Code Napoléon (2) *moderne* Rechtsanschauungen bewahrt, die weitaus bedeutendste große Industrie entwickelt hatte und in jeder Beziehung damals der fortgeschrittenste Teil Deutschlands war. Das damalige Berlin kannten wir nur zu gut aus eigener Anschauung, mit seiner kaum entstehenden Bourgeoisie, seinem maulfrechen, aber tatfeigen, kriechenden Kleinbürgertum, seinen noch total unentwickelten Arbeitern, seinen massenhaften Bürokraten. Adels- und Hofgesindel, seinem ganzen Charakter als bloße „Residenz". Entscheidend aber waren: In Berlin herrschte das elende preußische Landrecht (3), und politische Prozesse kamen vor die Berufsrichter; am Rhein bestand der Code Napoléon, der keine Preßprozesse kennt, weil er die Zensur voraussetzt, und wenn man keine politischen Vergehen, sondern nur *Verbrechen* beging, kam man vor die Geschworenen; in Berlin ward *nach* der Revolution der junge Schlöffel wegen einer Kleinigkeit zu einem Jahre verurteilt (4), am Rhein hatten wir unbedingte Preßfreiheit — und wir haben sie ausgenutzt bis auf den letzten Tropfen.

So fingen wir am 1. Juni 1848 an, mit einem sehr beschränkten Aktienkapital, von dem nur wenig eingezahlt war, und die Aktionäre selbst mehr als unsicher. Gleich nach der ersten Nummer verließ uns die Hälfte, und am Ende des Monats hatten wir gar keine mehr.

Die Verfassung der Redaktion war die einfache Diktatur von Marx. Ein großes Tageblatt, das zur bestimmten Stunde fertig sein muß, kann bei keiner anderen Verfassung eine folgerechte Haltung bewahren. Hier aber war noch dazu Marx' Diktatur selbstverständlich, unbestritten, und uns allen gern anerkannt. Es war in erster Linie sein klarer Blick und seine sichere Haltung, die das Blatt zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolutionsjahre gemacht haben.

Das politische Programm der „Neuen Rheinischen Zeitung" bestand aus zwei Hauptpunkten:

Einige, unteilbare, demokratische deutsche Republik und Krieg mit Rußland, der Wiederherstellung Polens einschloß.

Die kleinbürgerliche Demokratie teilte sich damals in zwei Fraktionen: die norddeutsche, die sich einen demokratischen preußischen Kaiser gefallen, und die süddeutsche, damals fast ganz spezifisch badische, die Deutschland in eine föderative Republik nach Schweizer Muster verwandeln wollte. Beide mußten wir bekämpften. Das Interesse des Proletariats verbot ebensosehr die Verpreußung Deutschlands wie die Verewigung der Kleinstaaterei. Es gebot die endliche Vereinigung Deutschlands zu einer *Nation*, die allein den von allen überkommenen kleinlichen Hindernissen gereinigten Kampfplatz herstellen konnte, auf dem Proletariat und Bourgeoisie ihre Kräfte messen sollten. Aber es verbot ebensosehr die Herstellung einer preußischen Spitze; der preußische Staat mit seiner ganzen Einrichtung, seiner Tradition und seiner Dynastie war gerade der einzige ernsthafte innere Gegner, den die Revolution in Deutschland niederzuwerfen hatte; und obendrein konnte Preußen Deutschland nur einigen durch Deutschlands Zerreißung, durch den Ausschluß Deutsch-Österreichs. Auflösung des preußischen, Zerfall des österreichischen Staates, wirkliche Einigung Deutschlands als Republik — ein anderes revolutionäres, nächstes Programm konnten wir nicht haben. Und dies war durchzusetzen durch Krieg gegen Rußland und nur durch ihn. Auf diesen letzteren Punkt komme ich noch zurück.

Im übrigen war der Ton des Blattes feierlich, ernst oder begeistert. Wir hatten lauter verächtliche Gegner und behandelten sie ausnahmslos mit der äußersten Verachtung. Das konspirierende Königtum, die Kamarilla, der Adel, die „Kreuz-Zeitung", die gesamte „Reaktion", über die der Philister sich sittlich entrüstete — wir behandelten sie nur mit Hohn und Spott. Aber nicht minder auch die durch die Revolution aufgekommenen neuen Götzen: die Märzminister, die Frankfurter und Berliner Versammlung, Rechte wie Linke darin. Gleich die erste Nummer begann mit einem Artikel, der die Nichtigkeit des Frankfurter Parlamentes, die Zwecklosigkeit seiner langatmigen Reden, die Überflüssigkeit seiner feigen Beschlüsse verspottete (5). Er kostete uns die Hälfte der Aktionäre. Das

Frankfurter Parlament war nicht einmal ein Debattierklub; hier wurde fast gar nicht debattiert, sondern meist nur fertig

Neue Rheinische Zeitung

Organ der Demokratie.

№ 301. Köln, Samstag, den 19. Mai. 1849.

Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung.

Kein offner Hieb in offner Schlacht —
Es fällen die Nücken und Tücken,
Es fällt mich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen West-Kalmücken!
Aus dem Dunkel flog der tödtende Schaft,
Aus dem Hinterhalt fielen die Streiche —
Und so lieg' ich nun da in meiner Kraft,
Eine stolze Rebellenleiche!

Auf der Lippe den Trotz und den zuckenden Hohn,
In der Hand den blitzenden Degen,
Noch im Sterben rufend: „Die Rebellion!" —
So bin ich mit Ehren erlegen.
O, gern wohl bestreuten mein Grab mit Salz
Der Preuße zusammt dem Czare —
Doch es schicken die Ungarn, es schickt die Pfalz
Drei Salven mir über die Bahre!

Und der arme Mann im zerriss'nen Gewand,
Er wirft auf mein Haupt die Schollen;
Er wirft sie hinab mit der fleißigen Hand,
Mit der harten, der schwielenvollen.
Einen Kranz auch bringt er aus Blumen und Mai'n,
Zu ruh'n auf meinen Wunden;
Den haben sein Weib und sein Töchterlein
Nach der Arbeit für mich gewunden.

Nun Ade, nun Ade, du kämpfende Welt,
Nun Ade, ihr ringenden Heere!
Nun Ade, du pulvergeschwärztes Feld,
Nun Ade, ihr Schwerter und Speere!
Nun Ade — doch nicht für immer Ade!
Denn sie tödten den Geist nicht, ihr Brüder!
Bald richt' ich mich rasselnd in die Höh',
Bald kehr' ich reisiger wieder!

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht,
In des Kampfes Wettern und Flammen,
Wenn das Volk sein letztes „Schuldig!" spricht,
Dann stehn wir wieder zusammen!
Mit dem Wort, mit dem Schwert, an der Donau, am Rhein, —
Eine allzeit treue Gesellin
Wird dem Throne zerschmetternden Volke sein
Die Geächtete, die Rebellin!

F. FREILIGRATH.

An die Arbeiter Kölns.

Wir warnen Euch schließlich vor jedem Putsch in Köln. Nach der militärischen Lage Kölns wäret ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Elberfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und sie hinterher aufs Niederträchtigste verräth. Der Belagerungszustand in Köln würde die ganze Rheinprovinz demoralisiren und der Belagerungszustand wäre die nothwendige Folge jeder Erhebung von Eurer Seite in diesem Augenblicke. Die Preußen werden an Eurer Ruhe verzweifeln.

Die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Theilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer sein: Emancipation der arbeitenden Klasse!

Die Redaktion der Neuen Rhein. Zeitung.

mitgebrachte akademische Abhandlungen abgeleiert und Beschlüsse gefaßt, die den deutschen Philister begeistern sollten, um die sich aber sonst kein Mensch kümmerte.

Die Berliner Versammlung hatte schon mehr Bedeutung, sie stand einer wirklichen Macht gegenüber, sie debattierte und beschloß auf platter Erde, nicht im Frankfurter Wolkenkuckucksheim. Sie wurde daher auch ausführlicher behandelt. Aber auch die dortigen Götzen der Linken, Schulze-Delitzsch, Berends, Elsner, Stein usw., wurden ebenso scharf mitgenommen wie die Frankfurter, ihre Unentschiedenheit, Zaghaftigkeit und Rechnungsträgerei schonungslos aufgedeckt und ihnen nachgewiesen, wie sie Schritt vor Schritt sich in den Verrat an der Revolution hineinkompromisselten. Das erregte natürlich Schauder beim demokratischen Kleinbürger, der sich diese Götzen erst eben zum eigenen Gebrauch fabriziert hatte. Uns war dieser Schauder ein Zeichen, daß wir ins Schwarze getroffen hatten.

Ebenso traten wir auch der vom Kleinbürgertum eifrig verbreiteten Täuschung entgegen, als ob die Revolution mit den Märztagen abgeschlossen sei und man jetzt nur noch die Früchte einzuheimsen habe. Für uns konnten Februar und März nur dann die Bedeutung einer wirklichen Revolution haben, wenn sie nicht Abschluß, sondern im Gegenteil Ausgangspunkte einer langen revolutionären Bewegung wurden, in der, wie in der großen französischen Umwälzung, das Volk sich durch seine eigenen Kämpfe weiterentwickelte, die Parteien sich schärfer und schärfer schieden, bis sie mit den großen Klassen, Bourgeoisie, Kleinbürgertum, Proletariat, ganz zusammenfielen, und in der einzelnen Positionen vom Proletariat nach und nach in einer Reihe von Schlachttagen erobert wurden. Daher traten wir auch dem demokratischen Kleinbürgertum überall entgegen, wo es seinen Klassengegensatz gegen das Proletariat vertuschen wollte mit der beliebten Phrase: Wir wollen ja alle dasselbe, alle Differenzen beruhen auf bloßen Mißverständnissen. Je weniger aber wir dem Kleinbürgertum erlaubten, unsere proletarische Demokratie mißzuverstehen, desto zahmer und gefügiger wurde es uns gegenüber. Je schärfer und entschiedener man ihm gegenübertritt, desto williger duckt es sich, desto mehr Konzessionen macht es der Arbeiterpartei. Das haben wir gesehen.

Endlich deckten wir den parlamentarischen Kretinismus (wie Marx es nannte) der verschiedenen sogenannten Nationalversammlungen auf (6). Diese Herren hatten sich alle Machtmittel entschlüpfen lassen, sie zum Teil freiwillig wieder den Regierungen überliefert. Neben neugestärkten, reaktionären Regierungen standen in Berlin wie in Frankfurt machtlose Versammlungen, die trotzdem sich einbildeten, ihre ohnmächtigen Beschlüsse würden die Welt aus den Angeln heben. Bis auf die äußerste Linke herrschte diese kretinhafte Selbsttäuschung. Wir riefen ihnen zu: ihr parlamentarischer Sieg werde zusammenfallen mit ihrer wirklichen Niederlage.

Und so geschah's in Berlin wie in Frankfurt. Als die „Linke" die Majorität erhielt, jagte die Regierung die ganze Versammlung auseinander; sie konnte es, weil die Versammlung ihren eigenen Kredit beim Volk verscherzt hatte.

Als ich später *Bougearts* Buch über *Marat* las, fand ich, daß wir in mehr als einer Beziehung nur das große Vorbild des echten (nicht des von den Royalisten gefälschten) „Ami du peuple" (7) unbewußt nachgeahmt hatten und daß der ganze Wutschrei und die ganze Geschichtsfälschung, kraft deren man fast ein Jahrhundert hindurch nur einen gänzlich entstellten Marat gekannt, nur diese Ursache haben: daß Marat den Augenblicksgötzen Lafayette, Bailly und anderen unbarmherzig den Schleier abzog und sie als schon fertige Verräter an der Revolution enthüllte; und daß er, wie wir, die Revolution nicht für abgeschlossen, sondern in Permanenz erklärt wissen wollte.

Wir sprachen es offen aus, daß die Richtung, die wir vertraten, erst dann in den Kampf um die Erreichung unserer wirklichen Parteiziele eintreten könne, wenn die äußerste der in Deutschland bestehenden offiziellen Parteien am Ruder sei: dann würden wir, ihr gegenüber, die Opposition bilden.

Die Ereignisse sorgten aber dafür, daß neben den Spott über die deutschen Gegner auch die flammende Leidenschaft trat. Die Insurrektion der Pariser Arbeiter im Juni 1848 fand uns auf dem Platze. Vom ersten Schuß an traten wir unbedingt ein für die Insurgenten. Nach ihrer Niederlage feierte Marx die Besiegten in einem seiner gewaltigsten Artikel. (8)

Da verließ uns der letzte Rest der Aktionäre. Aber wir hatten die Genugtuung, das einzige Blatt in Deutschland und fast in Europa zu sein, das die Fahne des zertretenen Proletariats hochgehalten hatte im Augenblicke, wo die Bourgeoisie und Spießbürger aller Länder die Besiegten erdrückten mit dem Wuste ihrer Verleumdungen.

Die auswärtige Politik war einfach: Eintreten für jedes revolutionäre Volk, Aufruf zum allgemeinen Krieg des revolutionären Europas gegen den großen Rückhalt der europäischen Reaktion — Rußland. Vom 24. Februar (9) an war es uns klar, daß die Revolution nur *einen* wirklich furchtbaren Feind habe, Rußland, und daß dieser Feind um so mehr gezwungen sei, in den Kampf einzutreten, je mehr die Bewegung europäische Dimensionen annahm. Die Ereignisse von Wien, Mailand, Berlin mußten den russischen Angriff verzögern, aber sein endliches Kommen wurde um so gewisser, je näher die Revolution Rußland auf den Leib rückte. Gelang es aber, Deutschland zum Krieg gegen Rußland zu bringen, so war es aus mit Habsburg und Hohenzollern, und die Revolution siegte auf der ganzen Linie.

Diese Politik geht durch jede Nummer der Zeitung bis zum Moment des wirklichen Einrückens der Russen in Ungarn, das unsere Voraussicht vollauf bestätigte und die Niederlage der Revolution entschied.

Als im Frühjahr 1849 der Entscheidungskampf heranrückte, wurde die Sprache des Blattes mit jeder Nummer heftiger und leidenschaftlicher. Den schlesischen Bauern rief *Wilhelm Wolff* in der „Schlesischen Milliarde" (10) (acht Artikel) ins Gedächtnis, wie sie bei der Ablösung der Feudallisten von den Gutsherren mit Hilfe der Regierung um Geld und Grundbesitz geprellt worden, und forderte eine Milliarde Taler Entschädigung.

Gleichzeitig erschien im April *Marx'* Abhandlung über Lohnarbeit und Kapital in einer Reihe von Leitartikeln als deutlicher Hinweis auf das soziale Ziel unserer Politik. Jede Nummer, jedes Extrablatt zeigte hin auf die sich vorbereitende große Schlacht, auf die Zuspitzung der Gegensätze in Frankreich, Italien, Deutschland und Ungarn. Namentlich die Extrablätter vom April und Mai waren ebensoviel Aufrufe an das Volk, sich bereit zu halten zum Losschlagen.

„Draußen im Reich" wunderte man sich, daß wir das alles so ungeniert in einer preußischen Festung ersten Ranges, gegenüber einer Garnison von 8000 Mann und angesichts der Hauptwache betrieben; aber von wegen der acht Bajonettgewehre und 250 scharfen Patronen im Redaktionszimmer und der roten Jakobinermützen der Setzer galt unser Haus bei den Offizieren ebenfalls für eine Festung, die nicht durch bloßen Handstreich zu nehmen sei.

Endlich am 18. Mai 1849 kam der Schlag.

Der Aufstand in Dresden und Elberfeld war unterdrückt, der in Iserlohn umzingelt, die Rheinprovinz und Westfalen starrten von Bajonetten, die nach vollendeter Vergewaltigung der preußischen Rheinlande gegen die Pfalz und Baden zu marschieren bestimmt waren. Da endlich wagte die Regierung, uns auf den Leib zu rücken. Die eine Hälfte der Redakteure war unter gerichtlicher Verfolgung, die andere als Nichtpreußen ausweisbar. Dagegen war nichts zu machen, solange ein ganzes Armeekorps hinter der Regierung stand. Wir mußten unsere Festung übergeben, aber wir zogen ab mit Waffen und Bagage, mit klingendem Spiel und mit der fliegenden Fahne der letzten, roten, Nummer, in der wir die Kölner Arbeiter vor hoffnungslosen Putschen warnten und ihnen zuriefen:

„Die Redakteure der ‚Neuen Rheinischen Zeitung' danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Teilnahme. Ihr letztes Wort wird immer und überall sein: *Emanzipation der arbeitenden Klasse!*" (11)

So endete die „Neue Rheinische Zeitung", kurz ehe ihr erster Jahrgang vollendet. Mit fast gar keinen Geldmitteln angefangen — die wenigen ihr zugesicherten entgingen ihr, wie gesagt, bald —, brachte sie es schon im September auf eine Auflage von fast 5000. Der Belagerungszustand von Köln suspendierte sie; Mitte Oktober mußte sie wieder von vorne anfangen. Aber im Mai 1849 bei ihrer Unterdrückung stand sie schon wieder auf 6000 Abonnenten, während die „Kölnische" (12) damals, nach ihrem eigenen Eingeständnis, nicht über 9000 besaß. Keine deutsche Zeitung, weder vorher noch nachher, hat je die Macht und den Einfluß besessen, hat es verstanden, so die proletarischen Massen zu elektrisieren wie die „Neue Rheinische".

Und das verdanken wir vor allem *Marx*.

Als der Schlag gefallen war, zerstreute sich die Redaktion. *Marx* ging nach Paris, wo die Entscheidung sich vorbereitete, die am 13. Juni 1849 (13) fiel; *Wilhelm Wolff* nahm jetzt seinen Sitz im Frankfurter Parlament ein — jetzt, wo die Versammlung zu wählen hatte zwischen Zersprengung von oben oder Anschluß an die Revolution; und ich ging nach der Pfalz und wurde Adjutant im Willichschen Freikorps. (14)

Fr. Engels

Anmerkungen

1. Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei" (siehe Band I unserer Ausgabe, S. 37/38); die Hervorhebungen und abweichenden Formulierungen in diesem Zitat stammen von Engels.

2. Unter dem *Code Napoléon* versteht Engels hier wie auch an einer anderen Stelle dieses Absatzes nicht nur das 1804 von Napoleon angenommene Zivilgesetz, bekannt unter der Bezeichnung Code Napoléon, sondern im weiten Sinne das ganze System des bürgerlichen Rechts, das durch die in der Zeit von 1804 bis 1810 unter Napoleon angenommenen fünf Gesetzbücher (Zivilgesetzbuch, Zivilprozeßordnung, Handelsgesetzbuch, Strafprozeßordnung, Strafgesetzbuch) repräsentiert wurde. Diese Gesetzbücher traten auch in den von Frankreich eroberten Gebieten West- und Südwestdeutschlands in Kraft. In der Rheinprovinz blieben sie auch nach dem Anschluß an Preußen (1815) gültig. Den Code Napoléon, das französische Zivilgesetzbuch, nannte Engels „das klassische Gesetzbuch der Bourgeoisiegesellschaft" (siehe vorl. Band.

3. Das *„Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten"* von 1794 war eine Zusammenfassung des bürgerlichen Rechts, des Handels-, Wechsel-, See- und Versicherungsrechts, ferner des Straf-, Kirchen-, Staats- und Verwaltungsrechts; es verankerte den rückständigen Charakter des feudalen Preußens in der Rechtsprechung und galt in wesentlichen Teilen bis zur Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1900.

4. Der demokratische Student Gustav Adolf Schäffel, nach der Märzrevolution 1848 in Berlin Herausgeber des „Volksfreundes", wurde wegen zwei in Nr. 5 vom 19. April veröffentlichten Artikeln, in denen er für die Verteidigung der Rechte der werktätigen Massen eintrat, der Verleitung zum Aufruhr bezichtigt und zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt.

5. Engels bezieht sich hier auf seinen Artikel „Die Frankfurter Versammlung" (siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 5, S. 14 - 17).

6. Hinweis auf die Artikel in der „Neuen Rheinischen Zeitung", die an der Frankfurter und der preußischen Nationalversammlung Kritik üben; ein bedeutender Teil von ihnen wurde von Marx geschrieben (siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Band 5 und 6). Engels übernahm in gekürzter Form diese Kritik in seine Arbeit „Revolution und Konterrevolution in Deutschland" (siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Band 8 S. 87).

7. *„L'Ami du peuple"* — Tageszeitung, die von Jean Paul Marat, einem führenden Vertreter der Jakobiner, vom 12. September 1789 bis 14. Juli 1793 in Paris herausgegeben wurde; unter diesem Titel erschien sie vom 16. September 1789 bis 21. September 1792; die Zeitung war gezeichnet: Marat, l'Ami du peuple (Freund des Volkes).

8. Gemeint ist Marx' Artikel „Die Junirevolution" (siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 5, S. 133 - 137).

9. Der *24. Februar 1848* war der Tag, an dem die Monarchie Louis-Philipes in Frankreich gestürzt wurde.

Nach Erhalt der Nachricht vom Sieg der Februarrevolution in Frankreich befahl Nikolaus I. dem Kriegsminister eine teilweise Mobilmachung für Rußland zur Vorbereitung des Kampfes gegen die Revolution in Europa.

10. Die Artikelserie „Die schlesische Milliarde" vom Wilhelm Wolff — Freund und Mitkämpfer von Marx und Engels — wurde in der „Neuen Rheinischen Zeitung" Nr. 252, 255, 256, 258, 264, 270 - 272 und 281 in der Zeit vom 22. März bis 25. April 1849 veröffentlicht. 1886 wurden diese Artikel mit geringen Änderungen und einer Einleitung von Engels als Broschüre herausgegeben (siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, S. 238 - 247). Eine ausführliche Rezension der Artikel gibt Engels in seiner Arbeit „Wilhelm Wolff" (siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, S. 53 - 88).

11. Siehe den Artikel „An die Arbeiter Kölns" in der „Neuen Rheinischen Zeitung" Nr. 301 vom 19. Mai 1849 mit der Unterschrift der Redaktion (Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 6 S. 519).

12. *„Kölnische Zeitung"* — Tageszeitung, die von 1802 bis 1945 in Köln erschien; in der Revolutionsperiode 1848/49 und während der darauffolgenden Reaktion verteidigte sie die feige, verräterische Politik der preußischen liberalen Bourgeoisie und führte einen ständigen erbitterten Kampf gegen die „Neue Rheinische Zeitung".

13. Am *13. Juni 1849* hatte die kleinbürgerliche Bergpartei (Montagne) aus Protest gegen die Entsendung französischer Truppen nach Italien zur Unterdrückung der Revolution zu einer Friedlichen Demonstration in Paris aufgerufen. Laut Artikel V der französischen Verfassung war es verboten, französische Truppen gegen die Freiheit anderer Völker einzusetzen. Das Scheitern dieser Demonstration, die durch Truppen auseinandergejagt wurde, machte den Bankrott der kleinbürgerlichen Demokratie in Frankreich offensichtlich. Nach dem 13. Juni wurden viele Führer der Bergpartei und ausländische kleinbürgerliche Demokraten verhaftet oder gezwungen, Frankreich zu verlassen.

14. Über Engels' Teilnahme am badisch-pfälzischen Aufstand 1849 in der von Willich geführten Freiwilligentruppe siehe seine Arbeit „Die deutsche Reichsverfassungskampagne" (Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, S. 109 - 197).

Ein „Roter-Morgen"-Leser schreibt:

Berichte aus Brasilien

Teil II, 9.3.83

Der Kampf der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCd'B) für Volkseinheit und revolutionäre Einheitsgewerkschaft

Seit der Reorganisierung im Jahre 1962 kämpft die KP Brasiliens in der Illegalität. 1964 nimmt der Druck noch zu, denn die herrschende Klasse errichtet eine Militärdiktatur. Doch schon bald formiert sich eine Opposition, an der sich alle gegen die Militärregierung gerichteten Kräfte beteiligen. Das sind neben den Kommunisten auch Revisionisten, Sozialdemokraten und ein Teil der Bourgeoisie — der gegen das ausländische Kapital eingestellt ist und für ein bürgerliches Parlament. So wird 1966 die MDB (Movimento democratico brasiliero = Brasilianische demokratische Bewegung) gegründet.

Ende 1979 läßt die Regierung neue Parteien zu, (die PCd'B bleibt verboten). Aus der MDB entsteht die PMDB (Partido do movimento democratico brasiliero). Was die Sozialdemokraten von einer Volkseinheit halten, zeigt sich in ihrer Spaltung des Widerstands. Sie gründen die PT und die PDT. Die restlichen Kräfte bleiben in der PMDB und kämpfen für demokratische Wahlen.

Sieg der Einheit.

Diese Wahlen finden auch im November 1982 statt. Trotz massivem Druck des Militärs gelingt es ihnen nicht, die Opposition zu unterdrücken und die Mehrheit zu gewinnen. Die PMDB wird mit 44,2 Prozent, gleich 20,7 Millionen Stimmen die stärkste Partei in Brasilien überhaupt. (Die PDS, die Regierungspartei bekam 40,5 Prozent, gleich 18,8 Millionen Stimmen). Die Parteien der Sozialdemokratie bleiben eine kleine Minderheit.

Zum ersten Mal ziehen wieder Genossend er PCd'B in die verschiedenen Parlamente ein. Ein großer Sieg des Volkswiderstandes gegen die Diktatur.

Natürlich ist die PMDB heute nicht die Volksfrontorganisation, nicht die Partei, die nur Arbeiterinteressen vertritt. Sie ist **aber heute die Kraft**, die die Absetzung der Militärregierung erreichen kann. Deshalb wird sie auch **heute** von den Kommunisten unterstützt. Innerhalb der PMDB kämpft die KP für die Einheit der Volkskräfte, d.h. für die Einheit der Arbeiter und Bauern — für eine spätere Volksregierung.

Eine andere wichtige Kampffront stellen die Gewerkschaften dar. Heute ist die Situation der Arbeiterklasse schlechter denn je. Einige Millionen Arbeitslose und eine hohe Inflationsrate verlangen größere Kampfaktionen gerade der Gewerkschaften.

Diese Gewerkschaften sind aber bis heute vom Arbeitsministerium (ministerio trabalho) abhängig. Jeder Arbeiter muß eine sogenannte Gewerkschaftssteuer entrichten, (d.h. aber nicht Zwangsmitgliedschaft,



Freitas Nobre, Fraktionsvorsitzender der PMDB

sondern diese Gewerkschaftssteuer ist eine Art Sozialabgabe). Daneben entrichtet jedes Gewerkschaftsmitglied einen geringen Mitgliedsbeitrag.

Wie sieht die Politik der PCd'B in der Gewerkschaftsfrage aus?

Ganz allgemein läßt sich dies mit **Einheitsgewerkschaft** beantworten. Die Gewerkschaften haben, wie oben beschrieben, einen diktatorischen Aufbau. So ist auch die erste Forderung: „Für Freiheit und Autonomie der Gewerkschaften — gegen die faschistische Struktur".

Zum anderen haben sich klassenversöhnlerische Elemente in den einzelnen Gewerkschaften breitgemacht. D.h., daß ein entschlossener Kampf für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik geführt werden muß. Um dies zu erreichen, wird versucht, eine Art Arbeiterkommissionen in den Betrieben zu bilden. Das ist vergleichbar mit unserer RGO. Ansonsten arbeiten die Genossen in verschiedenen Ebenen, Gremien und Leitungen der Gewerkschaften.

In den Streikkämpfen 1979/80 ist noch eine andere Forderung entstanden. So wurde von sozialdemokratischen Kräften (PT) versucht, die Gewerkschaften zu spalten und neue aufzubauen. Dies wird von der KP Brasiliens entschieden abgelehnt. So heißt es in einer Broschüre zur Gewerkschaftspolitik: „Die Partei beurteilt den Kampf um die Gewerkschaftseinheit als größte Notwendigkeit". Oder allgemein: „Die vereinigte Arbeiterschaft wird niemals besiegt werden!"

M.W.



Arbeiterversammlung in Sao Paulo. Initiator „Tribuna Operaria", die Zeitung der PMDB.

NICARAGUA: Die bedrohte Revolution

Vor fast vier Jahren, im Juli 1979 fegte das Volk von Nicaragua in der bewaffneten Revolution den Diktator Somoza hinweg. Unter der Führung der „Frente Sandinista de Liberacion National (FSLN) war es nach jahrelangen opferreichen Kämpfen gelungen, die Diktatur zu besiegen.

Die FSLN repräsentierte eine breite Einheitsfront aller Somoza-Gegner, diese breite Front war der entscheidende Faktor für den Sieg. Der gestürzte Diktator und viele seiner Anhänger flohen aus Nicaragua. Während das Volk begann, eine neue Ordnung aufzubauen, sammelten sich die Gegner der Revolution und bereiteten ihre Rückkehr vor.



Als das Volk noch begeistert die Revolution feierte...

Jahrzehntelang stützte sich das Somoza-Regime auf die US-Militärberater, ihre faschistische Truppe, die Nationalgarde, schützte damit die Interessen der US-Konzerne, die das Land und die Menschen dort brutal ausbeuteten.

Vor allem aber schützten sie auch den Privatbesitz des Somoza-Clans. Dem Diktator gehörte das Land fast ganz als persönlicher Besitz. Ihm gehörte die Luftfahrtgesellschaft, eine Reederei, Zeitungen, Rundfunkstationen, Beton- und Zementfabriken, Fleisch- und Wurstfabriken und über 30 Prozent des fruchtbaren Bodens des Landes.

Das private Vermögen Somozas betrug mehrere hundert Millionen Dollar, seine ausgedehnten Besitzungen in Florida etwa dienten ihm und seinen Leuten auch später noch im Exil.

Das Land, damals eine Goldgrube für Kapitalisten, wurde nicht nur all seiner natürlichen Reichtümer beraubt, die Menschen ausgebeutet, zusätzlich herrschten Wohnungsnot, Tuberkulose und Malaria, das Bildungswesen lag am Boden.

Die „Frente Sandinista de Liberacion National", die nach dem Freiheitskämpfer Augusto Cesar Sandino benannt ist, übernahm nach ihrem Sieg ein schweres Erbe. Sogar die Folgen des großen Erdbebens von 1973, das die Hauptstadt Managua weitgehend zerstörte, waren 1979 noch nicht beseitigt. Während die Sandinistische Volksregierung in allen Bereichen weitgehende Reformen in Angriff zu nehmen begann, sammelten sich unter dem Schutz der USA die vertriebenen Reaktionäre.

Große Teile der ehemaligen Nationalgarde Somozas waren nach Honduras geflüchtet, wo sie von Anfang an von US-Militärberatern trainiert wurden. Andere Truppenteile gingen in die USA, wo nachgewiesenermaßen regelrechte Trainingscamps für die Konterrevolutionäre errichtet wurden. Neben den CIA-Aktivitäten — noch Carter stellte Millionen Dollar für eine „Destabilisierungskampagne" zur Verfügung — bedrohten auch innere Auseinandersetzungen die Revolution. Denn viele, die zwar gegen Somoza gekämpft hatten, waren nicht bereit die weitreichenden ökonomischen und sozialen Maßnahmen der Regierung mitzutragen, genauer: sie waren dagegen. Denn Teile der Gegner Somozas waren ganz einfach Konkurrenten des größten Kapitalisten und Ausbeuters von Nicaragua.

Bezeichnendes Beispiel für die Widersprüche auch innerhalb der Sandinistischen Befreiungsfront war der Bruch des „Commandante Cero", des Eden Pastora mit der Revolution in Nicaragua. Der prominente Kämpfer der FSLN war mit den politischen Maßnahmen nach der Revolution nicht einverstanden, wollte die kapitalistische Wirtschaft nicht antasten und tat sich im Ausland mit CIA bewaffnet und ausgebildet wurden.

Und auch die politische Organisation der Konterrevolutionäre, die sogenannte „Nikaraguanische Demokratische Front" (FDN) ist vom CIA gesteuert, ihre führenden Mitglieder wollen einen Staat wie unter Somoza. Darunter sind Leute, wie der ehemalige Vizepräsident Somozas, Alonso Callejas, der „eine Offensive zum Sturz der Regierung in Managua" ankündigte. Weiter mischen da der ehemalige Oberst der Nationalgarde und Militärattaché in Washington, Enrique Bermudez, mit, der frühere Chefmanager der Coca-Cola-Niederlassung in Nicaragua, Adolfo Calero Porto-Carrero, oder der frühere Direktor der Handelskammer von Managua, Marcos Zeledon Rosales, der heute in Miami, einer Hochburg der alten Reaktionäre, wohnt.

Sowohl die politische als auch die militärische Opposition benutzen das vollständig von den USA abhängige Honduras als Brückenkopf für ihre finsteren Ziele.



... übten die Konterrevolutionäre in Lagern in Florida schon den Gegenangriff.

anderen Reaktionären zusammen, um die Regierung von Managua zu bekämpfen.

Gefährlichster Feind in der aktuellen Situation sind aber die ehemaligen Nationalgardisten, die von Honduras aus operieren. Zwei Gefangene Konterrevolutionäre bestätigten letzte Woche vor der internationalen Presse in Managua, daß sie vom

Die schon lange andauernden laufenden Grenzkonflikte, die vielen kleinen Übergriffe und der letzte größere Einmarsch der ehemaligen Nationalgardisten sind der Beweis für die konterrevolutionären Ziele der ehemaligen Herren des Landes, die mit der offenen Unterstützung der USA „ihr" Land zurückerobern wollen.

Über den Kampf der Sandinistas: Gabriel Garcia Marques: „Die Geiselnahme"



„Im Oktober 1973, ein Jahr nach dem Erdbeben, das Nicaragua verwüstet hat, beschloß die Führung der Sandinistischen Befreiungsfront eine Aktion, die große politische Auswirkungen haben sollte.

Der Plan bestand zunächst darin, zu prüfen, ob es möglich wäre, Geiseln zu bekommen. Es durften jedoch keine Ausländer sein und schon gar nicht Diplomaten, sondern mußten Personen des öffentlichen Lebens aus Nicaragua sein, die mit der Diktatur der Familie Somoza in Verbindung standen. Der Plan schloß notwendigerweise das Fehlen von Rückzugsmöglichkeiten ein: wir, die Teilnehmer an der Aktion, mußten das Land verlassen. Diese Vorsichtsmaßnahme sollte eine Verschärfung der staatlichen Repression unter dem Vorwand der Aktion verhindern. Es wurde auch nach Möglichkeiten gesucht, politische Gefangene zu befreien, die unter entsetzlichen Bedingungen lebten.

Die Organisation suchte in verschiedenen Teilen des Landes schon erprobte Mitglieder aus. Wir durften uns aber untereinander nicht kennen. Wir waren Arbeiter, Bauern und Studenten, die durch die verschiedenen Organisationen aus den Baumwoll- und Bananenpflückern, Bauarbeitern und kämpferischen Mitglieder aller Art, die bereit waren, besondere Aufgaben zu übernehmen, ausgesucht worden waren..."

Im Jahre 1974 nahm ein Guerillakommando der nicaraguanischen Befreiungsbewegung FSLN im Hause eines prominenten Geschäftsmannes in Managua eine Gruppe bekannter Persönlichkeiten als Geiseln. Mit dieser Aktion wurde eine neue Phase des Befreiungskampfes gegen die Tyrannei des Diktators Somoza eingeleitet — es wurden Freunde aus den Kerkern der Diktatur freigepreßt, die Stellungnahme und die Forderungen der FSLN mußten über alle Radiosender verlesen werden und die Kämpfer konnten unter dem Jubel der unterdrückten Bevölkerung ungehindert das Land verlassen.

Der kolumbianische Literatur-Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez hat dieses historische Ereignis nach Gesprächen mit Beteiligten zu einem spannenden Drehbuch verarbeitet, das in allen Teilen seine große literarische Meisterschaft zeigt. Der spannende, aktionsreiche Stoff zeigt die Atemlosigkeit, den Nervenkitzel der entscheidenden Stunden in einer Villa in Managua. Für Gabriel Garcia Marquez aber ist die historische Vorlage mehr als nur ein Aktionsstoff. Sie gibt ihm die Möglichkeit, sich eindeutig politisch zu erklären und sich an die Seite jener zu stellen, die in Lateinamerika für die Befreiung von eigenen und fremden Herren kämpfen.

Dem Text ist ein ausführliches Vorwort des in der Bundesrepublik im Exil lebenden chilenischen Autors Antonio Skarmeta beigegeben, der historische und politische Hintergründe erläutert.!

Das Buch: Gabriel Garcia Marquez „Die Geiselnahme" ist im Peter Hammer Verlag in Wuppertal erschienen und kostet 12,80 DM.

Hunderte Schüler vergiftet

Massenmordversuch in Palästina

Weltweite Empörung hat die Welle der Vergiftungen ausgelöst, von denen palästinensische Schulkinder in den von Israel besetzten Gebieten betroffen sind. Fast 500 Schulmädchen mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden, leiden teilweise noch jetzt unter den Vergiftungen.

Hatte der israelische Armeesender zunächst noch berichtet, es sei ohne Zweifel festgestellt, daß die Mädchen durch Gas, möglicherweise Phosphorsulfat vergiftet wurden, so heißt es jetzt, es gäbe überhaupt keine Vergiftungen, die israelischen Behörden sprechen von einer „gut organisierten Epedemie" und versuchen alles als eine Art Massenhysterie darzustellen.

Sogar nach Angaben des israelischen Rundfunks wurden in der Ortschaft Jenin Proben eines gelblichen Pulvers gesammelt, das eine hohe Konzentration von Schwefel enthalte, Gas freisetze und möglicherweise die Vergiftungen hervorrufe.

Alle Patienten in den Krankenhäusern leiden in unterschiedlicher Stärke an folgenden Symptomen: starke Kopfschmerzen, schwere Atembeschwerden, Ohnmacht, Brustschmerzen, Erbrechen, dunkle blaue Flecken auf den Handflächen, Schwindelgefühle, erweiterte Pupillen und verschwommene Sehkraft.

Neben vielen Feststellungen und Beobachtungen palästinensischer Bürger in der Gegend von Jenin spricht vor allem eine Meldung gegen die ungeheuerliche Behauptung der israelischen Behörden, die Vergiftungen seien lediglich eingebildet.

Nach einem Bericht des israelischen Armeesenders sind inzwischen erstmals auch israelische Soldaten Opfer der Vergiftungswelle geworden. Zehn Soldaten mußten im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Der Kommandeur der in Jenin stationierten Einheit erklärte in dieser Rundfunksendung, er habe die Ausgabe von Gasmasken an seine Soldaten angeordnet und ihnen geraten, sich von Feuer und möglicherweise giftiger Rauchgasentwicklung fernzuhalten.

Damit ist die „Massenhysteriethese" von den Israelis selbst widerlegt. Die Aufklärung dieser massenhaften Mordversuche an palästinensischen Kindern darf nicht vertuscht werden. Der Widerstand in den von Israel besetzten Gebieten wird durch solche Verbrechen aber nicht gebrochen werden. Sofort nach Bekanntwerden der Vergiftungen haben alle palästinensischen Ladenbesitzer ihre Geschäfte geschlossen, die Behörden verhängten ein Ausgehverbot.

Im folgenden geben wir eine Darstellung der Vorkommnisse wider, die die „Informationsstelle Palästina Bulletin" vom 31.3.1983 veröffentlichte.



Eine Schülerin wird mit Vergiftungen von Angehörigen in ein Krankenhaus gebracht

Der Giftanschlag auf palästinensische Kinder

480 palästinensische Schulmädchen im Distrikt Jenin in der israelisch besetzten Westbank haben Gasvergiftungen erlitten. Das Gas kam nicht aus defekten Rohrleitungen. Und die Vergiftung kam auch nicht — wie offizielle israelische Stellen mit Unschuldsmiene behaupten — aus einer „kollektiven Angstpsychose".

Stark schwefelhaltiges gelbes Pulver wurde in den Klassenzimmern und auf den Fensterbänken zahlreicher Höherer Mädchenschulen gefunden. Mehr als 300 der Mädchen mußten stationär behandelt werden; über 100 befinden sich noch immer in Krankenhäusern. Symptome der Vergiftung sind Ohnmachtsanfälle, starke Atembeschwerden, heftige Kopf-, Rücken- und Gelenkschmerzen, Schwindelanfälle und Erbrechen.

Der jetzige perfide Mordanschlag muß auf dem Hintergrund der eskalierenden Auseinandersetzungen in den letzten Wochen in der Westbank gesehen werden. Der Protest der Palästinenser, ihr fortdauernder Aufruhr richtet sich gegen die Wellen von Landenteignungen und die zahllosen Übergriffe der fanatisierten Siedler, vor allem der Gush Emunim. Die Verletzungen der islamischen Heiligen Stätten, die Anschläge gegen die Al-Aqsa-Moschee, der Amoklauf eines amerikanischen Siedlers im vergangenen Jahr auf dem Tempelberg, die Erschießung von Kindern und Jugendlichen haben allesamt dasselbe Ziel wie die offizielle israelische Regierungspolitik in den besetzten Gebieten: den Widerstand des palästinensischen Volkes zu brechen, das gesamte Land unter israelische Kontrolle zu bringen und den Siedlungsbau dergestalt zu forcieren, daß die israelische Präsenz in diesen Gebieten nicht rückgängig zu machen ist. Die Übergriffe der Siedler, die Amokläufe, die Anschläge und Mordversuche, gelten sie nun den Bürgermeistern in der Westbank oder Kindern und Jugendlichen, passen in das Konzept der Regierung Begin. Auch wenn die Aktionen von Fanatikern die israelische Regierung hier und da in Verlegenheit bringen mögen. Tatsache bleibt, daß die Regierung Begin bisher keine einzige wirkungsvolle Maßnahme gegen die Aktionen der Fanatiker unternommen hat. Die Entführung von Schulkindern, die Erschießung von Jugendlichen, die Attentate auf Bürgermeister wurden weder aufgeklärt noch überhaupt verfolgt. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die offizielle israelische Haltung in diesem jüngsten Fall, wenn die israelische Polizei um 8.00 Uhr sofort alarmiert und zur Schule in Jenin gerufen wird, aber selbst am Abend um 22.00 Uhr noch nicht erschienen ist.

Das Fazit: Die israelische Regierung und die „radikalen" Siedler schrecken vor nichts zurück, um die Okkupierung und Annexion des palästinensischen Bodens durchzusetzen. Die Palästinenser sollen wieder einmal durch Massaker wie in Deir Yassin, Quibya, Kafr Kassem oder Sabra und Shatila in Angst und Panik versetzt werden; sie sollen nach dem Willen der israelischen Regierung das Land verlassen. Palästinensische Stimmen haben nach Sabra und Shatila gewarnt, daß das nächste Massaker in der Westbank stattfinden werde. Ihre Warnung darf heute nicht mehr ungehört verhallen.

Israel betreibt seine Politik gegenüber den Palästinensern mit eben den Mitteln und Methoden der 40er und 50er Jahre. Die Ausführenden von damals sitzen heute in der israelischen Regierung: Begin, Shamir, Sharon. Sie sind dieselben geblieben, die Palästinenser nicht. Es gibt heute einen palästinensischen Widerstand innerhalb und außerhalb Palästinas. Und dieser Widerstand ist trotz aller Massaker, trotz der Besatzung, der Verhaftung, der Einkerkerung und der Folter nicht gebrochen. Der Wille zur Befreiung Palästinas, zur Errichtung eines unabhängigen Staates und zur Rückkehr in die Heimat wird alle Massaker und alle israelische Repression überleben.





30. März 1983:

Kämpferischer „Tag des Bodens"

Zu einer ganzen Reihe von Widerstandsaktionen kam es am 30. März, dem traditionellen „Tag des Bodens" des palästinensischen Volkes. Die Aktionen richteten sich gegen die weitergehenden Beschlagnahmungen von Land in den von Israel besetzten Gebieten.

Die israelische Polizei hatte in einigen Gebieten schon vor dem 30. März „vorsorglich" Menschen verhaftet. Dennoch konnte das nicht verhindern, daß bei vielen Demonstrationen israelische Polizei und Militäreinheiten angegriffen wurden, daß in ganzen Ortschaften die Geschäfte geschlossen blieben und die Behörden nur mit Ausgehverboten wie in Nablus antworten konnten.

Der 30. März ist einer der bedeutendsten palästinensischen Gedenktage geworden. Am 30. März 1976 gingen die Palästinenser in Galiläa, das seit 1948 besetzt ist, auf die Straße, um gegen die Enteignung ihres Landes zu protestieren. Unter der Parole der „Judaisierung Galiäas" sollte mit verschiedenen drakonischen Maßnahmen der hohe arabische Bevölkerungsanteil drastisch reduziert werden. Eine der wichtigsten Methoden war und ist die Beschlagnahme palästinensischen Bodens.

Die Demonstration am 30. März 1976 wurde blutig unterdrückt, sechs Menschen erschossen. Seit diesem Jahr wird der „Tag des Bodens" nicht nur in Galiläa sondern auch in der Westbank, im Gaza-Streifen und außerhalb Palästinas mit großen Demonstrationen begangen.

Das Wirtschaftsprogramm des Francois Mitterand

Die Armen sollen die Krise bezahlen

Keine Kampfansage der KPF und der Gewerkschaften

PARIS. — Das schlimmste sei vorüber, versprach der französische Regierungschef Pierre Mauroy noch vor Wochen, als er zur Wirtschaftskrise in Frankreich Stellung nahm. Der selbe Mauroy hat jetzt im Auftrag des Staatspräsidenten Mitterand die Regierung umgebildet und ein umfassendes Sparprogramm vorgelegt, das vor allem die kleinen Leute, den Arbeiter und Angestellten trifft.

Der neue französische Superminister Jaques Delors, zuständig für Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik legte dann ein konkretes Programm vor, das von der vorhergehenden konservativen Regierung nicht hätte „besser" gemacht werden können.

Hier die wichtigsten Maßnahmen im einzelnen:

- Die Abgaben an die Sozialversicherungen werden um 1 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens erhöht.
- Die Tarife für Eisenbahn, Telefon, Gas, Wasser, Elektrizität und die Autobahngebühren werden um 8 Prozent erhöht.
- Wer jährlich mehr als 5000 Francs, also rund 1600 DM an Steuern bezahlt, wird mit einer Zwangsabgabe von 10 Prozent seiner Einkommens- oder Vermögensteuer belangt.
- Im Ausland dürfen französische Bürger demnächst nur noch jährlich 670 DM pro Erwachsenem und rund 333 DM pro Kind ausgeben dürfen. Damit wird vielen Menschen ein Auslandsurlaub unmöglich gemacht.
- Weiterhin werden Steuern auf Tabak und Alkohol drastisch erhöht.

Diese weitreichenden Maßnahmen wurden von Staatspräsident Mitterand in einer Fernsehansprache mit viel Pathos und nationalen Appellen verteidigt. „Überall", so der Staatspräsident, „wo produziert wird, kreiert, gekauft und getauscht wird, in ihrer Lebensart, in ihren Verbrauchsgewohnheiten und sogar auf ihren Reisen müssen die Franzosen bei gleicher Qualität stets die französischen Produkte bevorzugen."

Mit der Möglichkeit des Reisens sieht es jetzt aber ganz schlecht aus, zumal die Regierung auch verstärkte Devisenkontrollen für den Sommer angesagt hat. Als Ersatz für im Ausland entgangene Erholung will die Regierung jetzt Truppenübungsplätze und stillgelegte Schulen als Tourismusorte ausbauen.

Mitterands Sparprogramm geht natürlich auch einher mit einer Propagandawelle, wie wir sie aus der Bundesrepublik kennen. „Den Gürtel enger schnallen" oder „Verzicht auf überflüssigen Konsum" sind auch dort die Losungen. Solche politischen Kampagnen, vor allem wenn man sich die Sparbeschlüsse konkret anschaut, gehen immer zu Lasten der kleinen Leute. Hierbei ist jetzt aber interessant, daß diese Vorschläge von der *sozialistischen* Regierung kamen, daß die angeblich *kommunistische* KPF sie mittragen will. Zwar hat es vor Verabschiedung der Beschlüsse einige Krisensitzungen des Politbüros der KPF gegeben, die machte auch abweichende Vorschläge zur Wirtschaftspolitik, will die Regierung aber trotz alledem weiter unterstützen.

So ist es auch kein Wunder, daß die Führungen der großen Gewerkschaften, der unter Einfluß der KPF stehenden CGT, der sozialistischen CFDT bis hin zur „gemäßigten" FO zwar das Sparprogramm der Regierung kritisierten, aber keinerlei Kampfansage gegen diese unsozialen Maßnahmen äußerten.



Der neue „Superminister" Mitterands: Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltsminister Jaques Delors, der die Krise in Frankreich durch die Ausplünderung der Armen beheben will.

Die letzten Überlegungen aus Regierungskreisen gehen jetzt dahin, den größten Teil der auf 14 Milliarden Francs geschätzten Summe aus der Zwangsanleihe direkt der Industrie zuzuteilen. Diese Maßnahme, wenn auch erst „Überlegung", macht deutlich, welches „Krisenrezept" die Regierung Mitterand verfolgt: Den Armen nehmen — den Reichen geben.

Trotz der Beteiligung der französischen kommunistischen Partei an der Regierung handelt diese wie die Regierung in Bonn, London oder Washington: steckt der Kapitalismus in der Krise, sollen die kleinen Leute geschröpft werden, um die eigentliche Macht im Staate wieder gesunden zu lassen.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Kurzkritiken

Ich habe einige Kritiken am „Roten Morgen". Aus Zeit- und Platzgründen spare ich mir die Einleitung und versuche es im Telegrammstil.

1. Zu eurem Stil: a. Eure Wortwahl ist manchmal sehr merkwürdig. Jassir Arafat ist meines Erachtens Vorsitzender der PLO bzw. deren Exekutivkomitees und nicht, wie ihr schreibt, PLO-Chef. In solcher Wortwahl (übrigens typischer „Stern"-Stil) drückt sich pseudo-über-den-Dingen-stehender Journalismus aus. Beim „Stern" halte ich es für Arroganz, und es wundert mich bei einer bürgerlichen Zeitung wie dem „Stern" auch nicht weiter, daß sie stets bemüht sind, fortschrittliche Menschen durch derartige Hintertüren der Wortwahl herabzusetzen.

b. Ich finde Satire und Sarkasmus ja wirklich gut und halte beides auch für eine gute journalistische Waffe. Aber in solchen Kommentaren wie „Schlagkräftig" (Nr. 11) kann ich nur noch hilflosen Galgenhumor entdecken, was vor allem dadurch zustande kommt, daß er nicht allein steht, sondern in fast jedem „Roten Morgen" einen Bruder hat. Mit anderen Worten: Ihr übertreibt es. Parteiergreifen und Wegweisen wäre wichtiger.

c. Ihr antwortet nicht in der gleichen Nummer auf Leserbriefe, um die Entfaltung einer Diskussion nicht zu behindern. Finde ich absolut richtig. Aber was sollen dann die Überschriften über den Leserbriefen? Statt sie so zu wählen, daß sie die Aussagen der Kritik wiedergeben, macht ihr sie zu einem versteckten Kommentar. Beispiel aus Nr. 11: Kritik: Ihr kritisiert den DGB zu oberflächlich. Eure Überschrift: „Den DGB zu oberflächlich kritisiert?" Mich stoßen solche Überschriften ab. Ich halte sie für arrogant und unehrlich, also für schlechten Journalismus.

2. Eure Berichterstattung: Was dem Schreiber des Leserbriefes „Augen und Ohren offenhalten" (Nr. 11) am Beispiel einer Dortmunder Demo aufgefallen ist, nämlich die unvollständige und teilweise unwahre Berichterstattung, ist mir auch schon öfter an Berichten aus meiner Umgebung aufgefallen. Ich bitte euch deshalb, es für diesen konkreten Fall einmal offenzulegen, wieso es dazu gekommen ist und Lehren daraus zu ziehen.

Außerdem stört mich, daß ihr nie Quellen angebt. Es kommt ja oft genug vor, daß ihr eure Informationen aus anderen Zeitungen bezieht, oftmals bürgerlichen. Das ist für 'ne Wochenzeitung nicht tragisch, aber es macht einen unehrlichen Eindruck, wenn nicht darauf hingewiesen wird. Um die Berichterstattung zu verbessern (es kommt ja öfter vor, daß Genossen über eure Artikel über ihren Ort, Betrieb etc. verärgert sind) halte ich es für sehr wichtig, ein Korrespondentennetz aufzubauen.

3. Volkszählungsboykott. Bisher vermisse ich eine klare Stellungnahme bezüglich der Kampf- bzw. Boykottformen. Es müßte doch klar sein, daß nur eine Boykottform Erfolg haben kann. Das ist der massenhafte Boykott, der hauptsächlich politisch und nicht individuell motiviert ist. Dies klarzustellen wäre Aufgabe unserer **kommunistischen** Zeitung gewesen. So aber hinkt ihr hinterher.

4. „Stalins 30. Todestag" (Nr.11): Natürlich wirft jeder Abschnitt der Geschichte der Arbeiterbewegung seine Fragen auf, aber so wie ihr das schreibt (gleich hinter der Abhandlung der Hetze der Bourgeoisie), liest sich das wie ein opportunistisches Zugeständnis an den propagandistischen Druck der Herrschenden.

Ich finde, es ist endlich an der Zeit, nun mal dran zu gehen und die Zeit zu untersuchen und nach Quellen der Entartung zu forschen. Solange man das nicht tut, sondern immer nur lamentiert, daß sicherlich auch Fehler gemacht wurden (übrigens recht albern, diese Feststellung, denn wer macht keine), dient eben dieses Lamentieren nur den Gegnern Stalins.

W. P. aus Klausdorf

Anmerkung der Redaktion:

Ganz kurz ebenfalls zur Klarstellung. Die Bezeichnung „PLO-Chef" ist aus den Texten der WAFA, der amtlichen PLO-Nachrichten-Agentur entnommen, nicht dem „Stern" usw.

Zu den Überschriften: Unehrlichkeit ist ein harter Vorwurf, den man wenigstens ansatzweise beweisen müßte. Daß man sie als Redaktion so auswählt, daß der Leser sieht, welche Frage damit aufgeworfen ist, ist im Gegenteil selbstverständlich.

Zur Berichterstattung: Nicht ganz so voreilig, bitte. Was im erwähnten Leserbrief stand, war sachlich falsch, was im Artikel stand dagegen richtig. Weil wir selbst dabei waren. Für unrichtig übermittelte Berichte sind wir nun wahrlich nicht alleine verantwortlich.

Was die anderen hier aufgeworfenen, inhaltlichen Fragen betrifft, so antworten wir diesem Leser, wie jedem anderen auch. Es sei in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, daß jedermann redaktionelle Antworten auf hier veröffentlichte Leserbriefe bestellen kann.

Kritik geballt

Dieser Leserbrief ist äußerst kritisch, und ich will die KPD hier nicht mit Samthandschuhen anfassen. Dazu ist das Thema meiner Meinung nach auch zu ernst. Ich lege aber großen Wert darauf, daß meine Zeilen als solidarische Kritik aufgefaßt werden, und ich werde es der KPD echt hoch anrechnen, wenn er im „Roten Morgen" veröffentlicht wird.

Den Anlaß zu diesem Brief gab mir die völlig unverständliche Haltung der KPD zur SPD in der **Wahlfrage und die „pflaumenweiche" Behandlung der Schweinereien, die der DGB-Apparat ausheckt.**

In diesem Zusammenhang muß man auch einmal deutlich sagen, wo die KPD nach 15 Jahren Arbeit steht. Es liegt eine auch heute noch sicherlich aktuelle Zahl aus einer Studentenumfrage von 1978 vor, die besagt, daß die damalige KPD/ML 98 Prozent der Studenten völlig unbekannt ist, von einer Unterstützung ganz zu schweigen. Über die Gesamtbevölkerung liegen mir keine Zahlen vor. Ich nehme aber an, daß der Prozentsatz hier eher noch höher liegt.

Über die Mitgliederentwicklung wißt ihr sicher besser Bescheid als ich, aber allzu rosig sieht es hier ja wohl auch nicht aus. Die ganze Misere spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen wider. Als 1980 die Volksfront 9000 Stimmen bekam (= 0,0%), habe ich gedacht, daß dieser absolute Reinfall nun wirklich nicht mehr unterboten werden könnte. Weit gefehlt, KPD und BWK erhalten 1983 zusammen (!) 6000 Stimmen und „haben dieses Ergebnis auch erwartet". Aber es geht tatsächlich noch schlimmer. Die Linke Liste, ein Zusammenschluß von drei (!) Organisationen und noch vielen Parteilosen kommt in drei großen Städten auf sage und schreibe 103 Stimmen. Das macht pro Großstadt immerhin fast 35 Wähler.

EAP und USD und wie sie alle heißen, bekamen 1983 mehr Stimmen als die KPD, obwohl ihre Programme nur aus Schwachsinn bestehen und sie nirgends „verankert" sind.

Eins ist meiner Meinung nach klar: Mit Wahlergebnissen wie den oben beschriebenen erreicht man nur die **totale Resignation** und kommt trotz gegenteiliger Beteuerungen kein Stück weiter. Die Volksfront hörte nach dem Wahldebakel praktisch auf zu existieren. Kongreßteilnehmerzahlen von 5000 (1980), 450 (1983) führen in ihrer Entwicklung unweigerlich auf Null zu, wenn sich nicht etwas Wesentliches ändert.

Für **Wahlen kann meiner** Meinung nach zur Zeit nur ein Wahlboykott angesagt sein. Es muß das Hauptziel sein, parlamentarische Illusionen zu bekämpfen, und damit sind wir schon beim nächsten Punkt: Wahlaussage zugunsten der SPD. Dies wird nicht vollkommen offen gemacht. Schwammige Formulierungen lassen eine Tendenz erkennen. Wie soll man auch erklären, daß man sich genauso verhält, wie verschiedene Organisationen in früheren Jahren, deren Aufruf zur SPD-Wahl man in seitenlangen Argumentationen zerpflückt hat? Anscheinend muß man euch Kommunisten mit aller Deutlichkeit sagen: Die SPD ist keine Arbeiterpartei. Sie ist eine Partei, die voll und ganz auf der Seite des Monopolkapitals steht. Sie ist die Partei des Arbeiterverrats, der Kriegskredite, der Einheitsfrontsabotage, der Notstandsgesetze, der Berufsverbote, der westdeutschen Kriegsarmee, der Polizei- und Bundesgrenzschutzaufrüstung usw. Die Liste des Verrats an Arbeiterinteressen ist schier unendlich.

Hier eine Einheitsfront mit der **SPD als Partei** zu fordern, bedeutet die völlige Kapitulation, abgesehen davon, daß eine Einheitsfront zwischen zwei Parteien geradewegs als Karikatur angesehen werden muß, wenn auf ein, zwei oder drei **KPD-Mitglieder 1000 SPD-Mitglieder** kommen.

Und nun zum DGB. Eine RGO-Politik gibt es wohl überhaupt nicht mehr. Oder was ist das revolutionäre (R!GO) an eurer heutigen Politik? Die Situation ist doch die folgende: Die bestochene DGB-Führung gibt jedem Lohnraubfeldzug der Kapitalisten Flankenschutz. Die einzigen Aktivitäten der Vorsitzenden und ihrer Mitstreiter sind **Hinhalten, Abwiegeln, Austricksen,** Belügen, Verarschen der Mitglieder und den Kapitalisten in den Arsch kriechen. Kämpferisch sind diese Bonzen nur, wenn es gegen die Kollegen geht. Habt ihr denn vollkommen vergessen, welche Funktion diese Gewerkschaften in der BRD haben? Ihr habt doch selbst immer wieder betont, daß bei ihrer Gründung das Monopolkapital Pate gestanden hat.

Eine Organisation, deren oberstes Ziel der Arbeiterverrat und die Systemstabilisierung ist, kann nicht von fortschrittlichen Gewerkschaftern erobert werden. Es gibt die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die **Auflösung von Bezirks- und Landesverbänden**, wenn Opposition aufkommt.

Die Arbeiter(innen) müssen sich, wenn sie gegen das Monopolkapital kämpfen wollen, vom Einfluß des DGB-Apparats befreien und den Kampf in die eigenen Hände nehmen, sonst ist die Niederlage vorprogrammiert. Ein Beispiel für den Verrat der Bonzen und eure neue unglaubliche Haltung ist der 3,2-Prozent-Abschluß von VW. Ihr macht hier die Demagogie der Bonzen mehrmals mit und sprecht von 4 Prozent. Die 15-monatige Laufzeit wird peinlichst verschwiegen und sogar noch als Vorteil (!) hingestellt, weil die Lohn- und Manteltarifverhandlungen dann nicht gleichzeitig ablaufen. Dann wundert es einen auch nicht mehr, wenn ihr im letzten „Roten Morgen" die Große Tarifkommission der IG Bau als Gewerkschaftsbasis bezeichnet.

Man kann jedenfalls die Meinung vieler Kollegen teilen, daß für die jetzigen, beschissenen Tarifabschlüsse es keiner Gewerkschaften bedurft hätte.

Die Perspektive muß meiner Meinung nach lauten: Schonungsloser Kampf gegen den Arbeiterverrat der Gewerkschaftsführung, volle Kraft auf eine konsequente und kämpferische R(!)GO-Politik und laßt uns den Bonzen am 1. Mai endlich mal wieder unseren lautstarken Protest entgegenschleudern.

Die Haltung gegenüber SPD und DGB, die ich hier beschrieben habe, steht aber nicht allein. An der Politik der KPD ist etwas faul. Wo ist die revolutionäre Haltung, wo sind revolutionäre Aktionen geblieben. Gehören der Rote Antikriegstag, die militanten Brokdorf-Demonstrationen der überholten Geschichte an? Fällt es in diesem Zusammenhang nicht auf, daß in den letzten Jahren die Klassenjustiz immer weniger gegen die KPD vorgeht (von Strauß einmal abgesehen)? Wie wäre es, wenn man den Schwerpunkt vom Unterschriften sammeln und Briefe schreiben mal wieder zum Kämpfen und zu militanten Aktionen verlegt? Wenn man wieder eine bolschewistische Partei sein will, dann muß man sich meiner Meinung nach darüber einmal Gedanken machen. Oder soll die Entwicklung in eine ganz andere Richtung gehen, wie die (noch) vorsichtige Kritik am Genossen Stalin im letzten „Roten Morgen" andeutet?

Also sind eine schonungslose Kritik an der Arbeit der KPD und Konsequenzen nötig, sonst ist der Einfluß der Partei wirklich bald am Nullpunkt angelangt. Noch einmal 15 Jahre, dann muß aber eine bolschewistische Kampfpartei stehen, die nicht nur eine Karikatur ihrer selbst ist. Hierzu ist es auch unbedingt nötig, daß die Organisationsarbeit der KPD sich vollkommen verändert und verbessert. Daß Vor-sich-hin-wurschteln muß doch endlich ein Ende haben. Es geht doch nicht an, daß im Laufe der Jahre Tausende (mehr noch gar Zehntausende) als „Durchläufer" in der KPD und den ihr nahestehenden Organisationen Mitglied waren, deren Austritt man dann immer auf deren persönliche Schwächen zurückführt. Hier liegt der Fehler eindeutig bei der Partei.

Nehmt euch doch einmal die Organisationsarbeit der PLO als Beispiel, die ihr selbst im „Roten Morgen" dokumentiert habt. Nur so läuft es.

Man muß sich auch überlegen, was man den bürgerlichen Medien entgegensetzt. Fernsehen, Radio, Zeitungen hämmern pausenlos und milliardenfach auf die Leute ein. Ich sehe im Moment nicht, wie man dem begegnen kann. Kabelfernsehen, Privatsender, Btx-System kommen. Der Erfolg dieser Verblödungsmaschinerie sieht man an den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl. Hier muß massenhafte, gezielte, wirksame und überzeugende Propagandaarbeit entgegengesetzt werden.

Als Unorganisierter hoffe ich, daß sich bei der KPD in Zukunft etwas bewegt, sonst ist es für mich zwecklos, dort mitzuarbeiten. Ich hoffe es wirklich, denn es gibt ja echt keine Alternative. Dies muß auch all den Millionen gesagt werden, die liebend gerne sich für eine Alternative entscheiden würden.

Ich hoffe, daß meine Kritik euch nicht auf 180 bringt und daß es sich irgendwie gelohnt hat, daß ich hierfür ein paar Stunden geopfert habe.

Die Zukunft gehört dem Sozialismus!

J. S. aus Werther

P.S.

1. Wie sieht es in Albanien mit dem Umweltschutz aus? Wird der saure Regen als Problem erkannt und bekämpft?

2. Mir ist vollkommen schleierhaft, **wie ihr im neuesten „Roten Morgen"** die Behauptung aufstellen könnt, daß sich die meisten Ausländer nicht am Volkszählungsboykott beteiligen sollen. Ihr schreibt einen ellenlangen Artikel zu diesem Thema, wobei die einzige Begründung in einem Nebensatz erscheint. Die ausländischen Boykotteure sollen angeblich „die ersten (oder jedenfalls mit die ersten) Kandidaten für Verfolgung und Abschiebung" sein. Warum? Wieso? Dazu steht da kein Satz. Ich finde das ein bißchen dürftig. Meiner Meinung nach besteht gerade für Ausländer ohne Dauerwohnsitz in der BRD die beste Möglichkeit einer Abschiebung zu entgehen in dem Boykott, und zwar in solidarischer Aktion mit den anderen Ausländern und den Deutschen.

Widerspruch?

Im „Roten Morgen" Nr. 10 schreibt ihr, unter der Überschrift: „DGB-Kniefall", daß der DGB nichts eiligeres zu tun hat, als vor der neuen CDU-Herrschaft seine Bücklinge zu machen und zu versichern, daß die Gewerkschaften weiterhin konstruktiv an der Verarmung der Leute mitwirken will. Das stimmt. Daraus würde folgen, daß ihr **gegen** den DGB antretet und ihm nicht mehr die kritische Solidarität (wie z. B. am 1. Mai) haltet.

Nun aber der Hammer. In eurer Erklärung zur Wahl schreibt ihr schlicht das Gegenteil über die Politik des DGB: „die CDU/CSU/FDP wollen durch den verstärkten Druck auf Gewerkschaften Deutschland wieder in Ordnung bringen!" Druck muß man logischerweise nur auf jemanden ausüben, der nicht will. Ihr müßt euch nun mal entscheiden, sind die DGB-Gewerkschaften kämpferisch, so daß Druck auf sie ausgeübt werden muß oder konnte Breit unwidersprochen „Opfer der Arbeiterschaft" anbieten?

Irgendwie scheint es mir, daß ihr die Wahrheit über diese Lohnsenkungsmaschine letztlich nicht wahrhaben wollt und euch so die schönsten Widersprüche leistet.

J. R. aus Bremen

Marx

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich finde es wichtig, daß ihr zum Marx-Jahr an „die Quelle" geht und Marx-Texte zu aktuellen Fragen bringt. Aber ich meine, daß es gerade in diesem Jahr an der Zeit wäre, offensiv und konkret Stellung zu beziehen zu den Marx-Verfälschungen, die wieder massiv in den Medien verbreitet und „unters Volk" gestreut werden. Zum Beispiel:

— „Marx hat sich mit seiner Verelendungstheorie geirrt. Es geht uns doch gut."

— „Marx hat sich geirrt. Er nahm an, durch den tendentiellen Fall der Profitrate würden die Unternehmer in der kapitalistischen Produktionsweise in absehbarer Zeit aufhören, die Produktion auszuweiten, und dementsprechend würden die Bedürfnisse gesellschaftlich entwickelter Individuen nicht mehr hinreichend befriedigt werden können. Unsere Bedürfnisse werden doch aber befriedigt."

— „Marx hat sich vertan. Er meinte, daß der Kapitalismus gesetzmäßig untergehen müßte. Na und, der Kapitalismus lebt schon lange und immer noch."

— „Marx hat nicht erkannt, daß es ganz neue Krisenursachen gibt. Ursachen, die in der wiederholten Erschöpfung von Energie- und Rohstoffquellen und in den durch Wachstum zunehmenden Umweltschäden liegen. Marx hat also geirrt. Es ist nämlich mit der bisher schrankenlosen Entfesselung der Produktivkräfte im Kapitalismus eine zunehmende, unvorhergesehene Entfesselung von Destruktivkräften aufgetreten."

Wären ausführliche Artikel zu solchen Fragen nicht auch eine gute Vorbereitung auf den nächsten Parteitag in Bezug auf das Thema „Sozialismus"?

Ein Genosse aus Flensburg

Leserbriefe

stellen natürlich, wie der Name sagt, die Meinung des Lesers dar. Wir halten es für richtig, die politisch wichtigeren oder aus anderen Gründen interessanteren Leserbriefe abzudrucken (wobei wir uns das Recht auf Kürzung vorbehalten, es allerdings bisher nur einmal anwandten). Natürlich veröffentlichen wir solche Briefe auch dann, wenn sie unserer Meinung entsprechen, weil dies auf jeden Fall der politischen Diskussion förderlich ist. Viele Leser haben uns nun des öfteren gefragt, warum wir keine Antworten dazu abdrucken. Nun, wenn es wirklich wichtig ist, oder wenn sich bei einem Problem eine Reihe Stoff angesammelt hat, tun wir das, aber als Ausnahme, weil wir der Meinung sind, daß sofort immer zu antworten (abgesehen davon, daß es manchmal schwierig ist) — öffentlich wohlgemerkt — weder für den Sinn dieser Seite noch für den Tatendrang der Leserbriefschreiber besonders gut wäre. **Allerdings antworten wir jedem Schreiber mit einem Brief der Redaktion. Wer Interesse an der Antwort auf einen bestimmten Brief hat, die nicht veröffentlicht wurde, kann sich bei der Redaktion eine Fotokopie des „allgemeinen Teils" bestellen.**

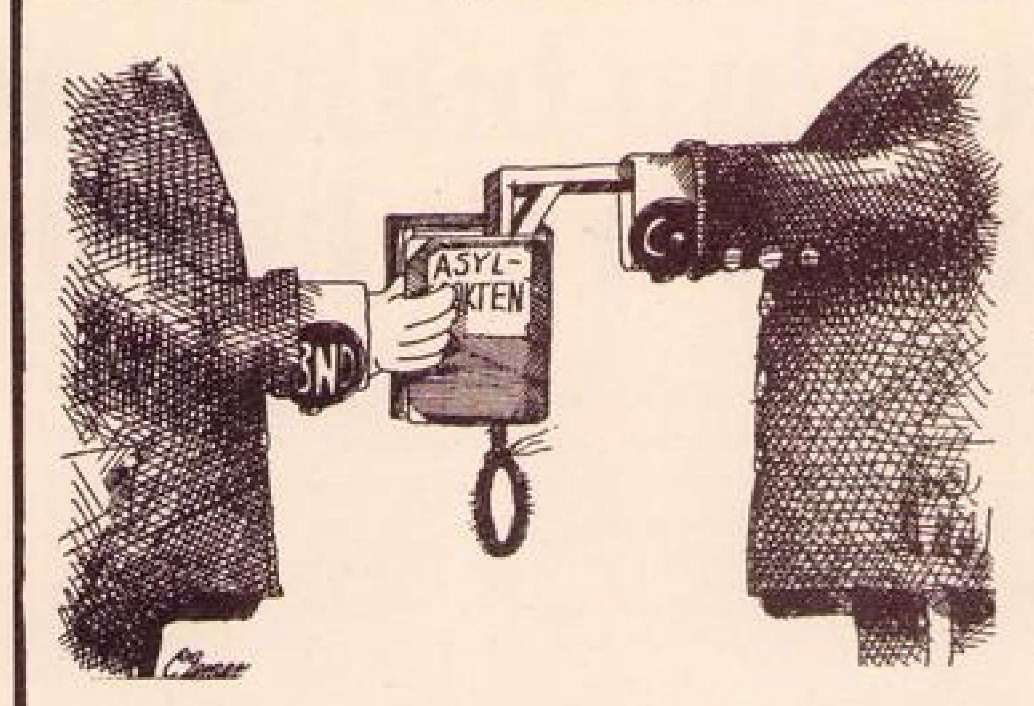
Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 14, 8 Nisan 1983 Yıl: 17 1 DM

Federal Almanya'da sığınma davalarının içyüzü



Zirndorf'taki iltica makamlarının bildiği her şey Ankara'daki makamlar tarafından da biliniyor!

Sayfa 2'de

Zehir nerede?

Seveso kamplarından getirilen 41 fıçı yüksek zehirli Dioxin'in Federal Almanya'nın her hangi bir yerinde depolandığı tahmin ediliyor. Nitekim bir çok belirti bu yöndedir, ancak henüz kesin veriler açığa çıkarılamadı. Seveso felaketler fabrikasının sahibi olan İsviçreli Hoffmann-La Roche tekeli, nakliyatı üzerine almış olan İtalyan Mannesmann tekelinin yan şirketi ile sözleşmeye işaret etti. Buna karşılık Düsseldorf'taki Mannesmann merkezi ise bunu sert bir şekilde reddediyor. Fransız Çevre Koruma Bakanlığı'nın bilgilerinden dolayı başlatılan araştırmalarda şu ana kadar bir sonuç elde edilemedi. Eh, bunda şaşılacak bir şey yoktur. Çünkü depo edilmiş zehirli maddeler değil, zehirli çöp nakliyatı yapanların kâğıtları depolama işleminde incelenmekteler. Ve kağıtlarda ise her zamen her şey doğru gösterilmişti.



Ajanlar

Sorunu gerçekten silahlanmanın paralı sözcülerine bırakmak gerekir: Onlar her ortamdan faydalanıyorlar. Örneğin Fransız hükümeti 47 Sovyet vatandaşını ajan oldukları gerekçesi ile sınırdışı etti. Bu Sovyet Hükümeti için iki kat tepki yaratıcı bir adımdır: Bir taraftan kendisi saldırıya uğrarken, diğer yandan ise tamda kardeş partisinin de yer aldığı bir hükümet sınırdışı kararını alıyor..

Ne varki bu yazımızın sorunu bu değil, tam tersine Batı Alman ZDF Programının bu olayı nasıl ele aldığı, nasıl kullandığı sorunumuzu oluşturuyor. Peter Scholl-Latour, Sovyetlerin NATO silahlanmasına karşı bilgi verme kampanyaları Mitterand'da bozguna uğradı dedi.

Öyleyse, Federal Almanya'da bir dizi Sovyet vatandaşı ajan olarak sınırdışı edildiğinde, o zaman Paskalya yürüyüşlerinin vb. son bulması gerekiyor. Mitterand attığı adımla CSU'yu tasdiklemiş oluyor, Scholl-Latour ise kamuoyuna açıklıyor: Tüm barış hareketi KGB'nin bir eseridir. Gerçekten KGB bu denli güçlüyse savaş kışkırtıcıları olarak papağan gibi öten televizyon muhabirlerine karşı da bir kampanya başlatabilirdi. Yoksa bunu Almanlar tek başına yapmak zorunda kalacaklar.

Ostern yürüyüşlerine yüz binlerce barışsever insan katıldı

1983 yılı Paskalya Barış yürüyüşleri (Ostermärsche) geniş halk kesimlerinin barış isteklerini dile getiren görkemli birer eylemdiler. Binlerce yerli ve yabancı, özellikle Türkiyeli barış sever insanlar Paskalya tatilinde sokaklara dökülerek diğer şeylerin yanı sıra ABD'nin yeni atom roketlerinin Federal Almanya topraklarına yerleştirilmesini protesto ettiler. Eylemlerde taşınan pankartlarla aynı zamanda giderek artan yabancı düşmanlığı da protesto edildi, yerli ve yabancı işçi ve emekçilerin birliğinin önemi vurgulandı.

Paskalya tatilinde düzenlenen barış yürüyüşlerine şimdiye değin olandan daha da güçlü ve görkemli bir şekilde çok sayıda sendikacı ve sendikal örgütler de katılmıştılar. Bu olumlu bir gelişmedir, çünkü işçi ve sendika hareketine barış mücadelesinde ve Ek Silahlanma Kararına karşı mücadelede belirleyici rol düşmektedir. Bu anlamda DGB Merkez Yönetim Kurulu üyesi Wulf Mathies'in, Paskalya barış yürüyüşlerinden bir kaç gün önce DGB yönetiminin Ek Silahlanma Kararı'na karşı grev eylemlerine kesinlikle çağırmaması gerektiğini açıklamakla hiç bir şekilde bu görevi yerine getirmiyor. Füzelerin yerleştirileceği tarihe kadar barış hareketi için pek fazla bir zaman kalmıyor. Bunun için yapılan bu yürüyüşlerden hemen sonra gelecek aktif adımlar atılmalıdır. Şüphesiz ki, bu yönde en iyi olan ve arzu edilen, Federal Almanya çapında bir grevin düzenlenmesidir. Ve bunun için sendika içerisinde ve işyerlerinde adım atmalıyız.

Aynı şekilde sosyal demokratların da yürüyüşlere katılması olumlu bir şeydir. CDU sürdürdüğü propagandasında, sosyal demokratların Paskalya barış yürüyüşlerine katılmalarını devlete ihanet etmekle eşitleştirdi. Kuşkusuz ki, NATO politikasına karşı çıkan ve en azından NATO'ya bağımlılığın sürekli geçerli olması gereken bir kanun olmadığını söyleyen politikacıları sözlerine bağlı kalmaya zorlamalıyız. Bu tür düşüncelerin yaygınlaştırılması iyi bir şeydir, ancak belirleyici olan halkın kendi gücüne dayanarak sürdüreceği mücadeledir. Paskalya barış yürüyüşlerine katılan KPD'li yoldaşların propagandasının odak noktasını NATO'dan çıkma talepleri oluşturuyordu.

Yürüyüşlerin yanı sıra askeri tesislerin bulunduğu yerlerde bloke eylemleri de düzenlendi. Polis, bu eylemlerin bazılarına vahşi bir şekilde saldırdı.

Düzenlenen barış yürüyüşlerine çok sayıda yabancı, özellikle Türkiyeliler de katılarak hem artan yabancı düşmanlığını hem de füzelerin yerleştirilmesi planını protesto ettiler.

Ücretlerden sınırsızca vaz geçmek mi?

Kuzey Ren Westfalye eyaletinde işverenlerle İGM eyalet yönetimi arasında 1 Şubat'tan itibaren 12 aylık geçerlilik süresiyle yüzde 3,2 ücret zammı anlaşmasına varıldı. Bu varılan sonuca ilişkin olarak İG Metall Yönetimi "savunulabilecek en alt sınır", "bununla henüz kendimizi gösterebiliriz" şeklinde ifade edilen sözlerle görüş belirtti. Sanki hiç biri sorunun gerçek ücretlerin korunması olduğunu söylememişmiş gibi, şimdi KRW İG Metall Başkanı Bräuer, ve İGM Başkanı Loderer 12 aylık geçerlilik süresini "sağladıklarından" dem vuruyorlar.

Eh, şimdi alkış sözleri eskisine nazaran biraz daha azdı. Ve bu da, bu bayların varılan sonuçla artık büyük bir çoşkuya yol açamayacaklarının ve aynı zamanda daha başında sık sık övünerek önlemek istediklerini söyledikleri şu şeyi yapmadıklarını bildiklerinin de bir aynasıdır: Gene gerçek ücretlerin düşürülmesi.

Burjuva gazetelerinde bile üçüncü kez (ancak dördüncü kez olduğuna ilişkin daha çok veri var) Eugen Loderer ve tayfasının izniyle toplu sözleşmeler üzerinden gerçek ücretlerin düşürülmesine göz yumulduğu yazılıdır. Ve onlar — şayet gerekli olursa — bu anlaşmayı Federal Almanya çapında da gerçekleştirmek için her yola başvuracaklardır.

Ne var ki yapılan anlaşmaya ilişkin toplu sözleşme komisyonları henüz son sözü söylemediler, fakat Frankfurt'taki İGM merkezi yüzde 6,5 zam talebinde olduğu gibi onlara yapılması gerekenin emrini verdi. Nitekim bunun diğer sendikalar için de temel alınacak bir anlaşma olması isteniyor.

Varılan anlaşma üzerine şimdiye değin topu topu bir kişi memnuniyetini dile getirdi. Bu da KRW metal sanayicilerinin arabulucusu Pleiger'di. Gerçi, belki o da — şayet ücretlerden vaz geçmeler henüz yeterli değilse — görüşünü değiştirir. Ama şimdilik o kazandı.

Ve bu sonuçla gelecekte 35 saatlik iş haftası uğruna direniş mi sürdürülebilir? Şimdi gene bir hiç için yürüyüş, miting uyarı grevini yaptığını düşünen yüzbinlerce sendika üyesiyle mi bu talep gerçekleştirilebilir? Daha başından mücadeleye arkadan saldıran İG Kimya Yönetimi gibi sendikalarla mı bu mücadele başlatılabilir? Yoksa İGM'nin başına çöreklenmiş bulunan ve ücretlerden bu tür vazgeçme anlaşmalarını onaylayanlarla mı?

Her neyse, çalışma saatinin kısaltılmasını isteyenlerin, tüm güçlerini birleştirerek imkânları dahilinde bu tür bir şeyin bir daha tekrarlanmasını önlemelerinin zamanı artık gelip çatmıştır. Şüphesiz ki, İG Metall Kongresi'nin hazırlıkları bunun için kötü bir alan değildir. Çünkü sonsuza değin vazgeçmenin ne olduğu bugün en çıplaklığıyla İngiltere'de, ABD'de yaşanıyor. Buralarda ücret artışlarından vazgeçmenin işsizliği önlemesi şöyle dursun, bunun daha da artmasına, sorunların daha da kızışmasına yol açtı. Ve bu, yalnızca ve yalnızca bizden çaldığı milyonları ve milyarları tüm dünya çapında kâr getirici bir şekilde yatıran büyük sermayeye bir yarar sağladı, sağlıyor.



Spranger'in kışkırtması

CDU/CSU çevreleri Paskalya barış yürüyüşlerinin arifesinde Batı Alman Barış Hareketini "zorbalıkla" ve "Moskova yanlısı" olmakla suçladı ve yoğun bir kışkırtma sürdürdüler. Bu doğrultuda Federal İçişleri Bakanlığı Müsteşarı Spranger daha da ileri giderek sık sık Paskalya yürüyüşlerinde "zorbacı eylemler için" eğilimlerin olduğu iddiasını ileri sürdü ve halkın geniş bir şekilde bu eylemlere katılmasını önlemeye çalıştı. Aynı şekilde polisi yürüyüşçülere karşı sert adımlar atması için hazırlattırdı.

Bu kışkırtmaların somut etkisini özellikle askeri tesislerin bloke edilmesi eylemlerine katılanlar üzerlerinde hissettiler. Öncelikle CDU/CSU tarafından yönetilen eyaletlerde, her şeyden önce de Bavyera'da bloke eylemine katılanlara karşı polis tarafından CS ve CN gazları kullanıldı.

Spranger DKP'yi tüm şiddet eylemlerinin elebaşısı olarak gösteriyor. Bu tanımlama tamamen haksız olduğu gibi, barış hareketini DKP'nin güdümünde, dolayısıyla Moskova yanlısı ve vatan haini olarak gösterme girişimlerini doğrulamaya hizmet etmektedir.

Hükümetin, tamamen zararsız olan Paskalya barış yürüyüşlerine karşı bu denli yoğun kışkırtma kampanyası başlatırken, başka türlü eylemlerin yapılmasında ise daha büyük bir kışkırtmaya girişeceği gözönünde bulundurulmalıdır. Barış hareketinin karşısında silahlanmada ve şiddet uygulamasında kararlı olan bir hükümet bulunuyor.

Hindiçini'nde savaş tehlikesi

Katil Pol Pot rejiminden bu yana dört yıldır ülkeyi yöneten Vietnam birlikleri, Kamboç'daki direniş gruplarına karşı büyük bir saldırıyla mücadeleyi başlattılar. 10 000 kişilik Vietnam ordusu Sovyet yapılı panzerlerle Tayland sınırında bulunan Kızıl Khmer ve diğer direniş örgütlerinin üslerine ve göcmen kamplarına karşı saldırıya giriştiler.

Kamboç'un sınırında Tayland ile sert çatışmalarına yol açacak olan bu durum, hava kuvvetleriyle yoğun saldırıya girişen ve Napalm bombaları da atan Tayland birlikleri tarafından kullanılmaktadır. Yoğun bir şekilde müdahale de bulunan Tayland ordusu yönetimi Washington'daki Pentagonla doğrudan ilişki içinde bulunmaktadır.

Kamboç'da Vietnam birliklerine karşı direniş yalnızca Çin tarafından desteklenen ve teçhizatlanan Kızıl Khmer birlikleri tarafından sürdürülmüyor. Aynı şekilde son başbakan olan Son Sann'ın ve eski prens Sihanouk'un anti-komünist birlikleri gibi diğer güçleri de kapsıyor.

Kamboç'daki karmaşık durum, ABD ve Çin'in yoğun müdahalesinden ve Sovyetler Birliği'nin desteğinden dolayı Kamboç'daki şimdiki hükümet için tüm bölge açısından patlayıcı bir barut fıçısına dönüştü.

Federal Almanya'da iltica davalarının iç yüzü giderek açığa çıkıyor

Zirndorf'un bildiği Ankara tarafından da biliniyor!

Bir ilticacının davasına bakan mahkeme önünde verdiği bilgileri ile korkunç bir skandalın açığa çıkmasını sağlayan Alexander Sternberg-Spohr aynı zamanda Gesellschaft für bedrohte Völker adlı kuruluşun da bir elemanıdır. Bu kuruluşun bir elemanı olarak o, yıllardan beri Kürtlerin çıkarını savunmaktadır ve sık sık da mahkeme önüne uzman olarak çıkmaktadır.

1981 yılı ilkbaharında o Federal Hükümet'in görevlendirmesi üzerine, Kürt Kurtuluş Örgütü PUK ile Federal Dışişleri Bakanlığı arasında arabuluculuk yaptı. PUK, Irak'ta üç Alman mühendisini kaçırarak, Federal Hükümet'in bir kaç PUK üyesinin idam edilmesine müdahale etmesini sağlamak istiyordu. Tutsakların serbest bırakılmasından sonra ona Federal Dışişleri Bakanlığı'nın bir yüksek kademeli memuru tarafından katkısı için bir kaç hayırhah bilgi verildi. Örneğin bunlardan biri şudur:

"İltica davalarında bilinmesi, Kürtlerin muhalifleri, isim olarak, Türkler ve Irak için Kürtlere, bireylere, örgütlere ve tümüne karşı bir araç olarak kullanılabilecek şeyleri açığa vurmaktan kaçının. Şayet materyaller Türkiye ya da Irak için faydalı olabileceklerse, ona ilticayı sağlamak için elinizde yeterli belge olsa dahi tek olayın olumsuz sonuçlanmasına yol açmanız daha iyidir. Dosyaların gizli tutulmasına ilişkin olarak, Federal İltica Dairesi'nin bulunduğu yer, tasarlayabileceğiniz en işlek yerdir. ***Abartarak söyleyecek olursak, Federal Daire'nin bildiği her şey, Irak ve Türkiye'deki makamlar tarafından da doğrudan bilinmektedir."***

Federal Dışişleri Bakanlığı'ndaki iltica davaları ile yetkili memur olan Dr. Heinemann'ın çalışmaları ise şöyle:

"Onun incelediği bir çok olayın kopyaları Adalet Bakanlığı'na ve bazende İçişleri Bakanlığı'na gönderiliyorlar. Oradan ise ekseriye bizim 'teşkilatlarımıza' (Federal Haber Alma Teşkilatı ve Anayasa Koruma Örgütü, KŞ) ve örneğin Irak ve Türkiye'deki 'teşkilatlarımıza' (Türkiye için MİT'e, KŞ) iletiyorlar.

"Bizim diplomatlarımızla Türkiye'dekiler arasında—Bu Irak ile henüz bu denli biçimlendirilmiş değildir, ama bizim onunla Temmuz 1979 yılında teröristler sorunu üzerine bir anlaşmamız var—kararlaştırılan bir temel liste (...) vardır. Bu karar da, adı geçen şahıslar ve gruplar üzerine haber alışverişini yükümlü kılınmaktadır."

Ne var ki, Batı Alman makamlarının Türkiye'deki makamlarla işbirlikleri yalnızca bununla da sınırlı kalmıyor, bundan öte Türkiye'deki faşist cunta ile birlikte somut planlar da hazırlanmaktadır. Örneğin bu planlardan biri şudur:

"Burada Dışişleri Bakanlığı'ndan Heinemann, İçişleri ve Adalet Bakanlığı Türkiye ile sıkı işbirliği temelinde PKK ve Türk örgütleri olan ATİF ve ATÖF'ün genel olarak yasaklanması doğrultusunda çalışma sürdürüyorlar. Örneğin sizin iltica davalarında söyleyeceğiniz her şey bu ortak çabalar çerçevesinde hemen Türk tarafına da iletiliyor."

İltica davalarında ilkin sözümona ön inceleme grupları vardır. Onlar dosyaları inceliyorlar ve bazen de bir ilticacıyı özel konuşmaya çağırıyorlar. Şimdiye değin birlikte konuşma yaptığı bu ön inceleme grubundaki memurun nereden geldiğini hiç bir kimse bilmiyordu; ama şimdi bunu ortaya çıkan gerçekler ışığında herkes bilebiliyor.

Şubat 1983'te Batı Berlin İdari Mahkemesi'nde Türkiyeli bir sığınmacının duruşması yapıldı. Sığınma isteminde bulunan Türkiyeli, Türkiye'de siyasi takibata uğradığından dolayı bu istemin kabul edilmesini istiyordu.

Denilecektir ki, bu her günkü bir olaydır. Öyle! Ancak hergün meydana gelmeyen nokta ise, bu duruşmada Federal Almanya ve Batı Berlin'de iltica davalarının gelişiminin ötesinde olan şeylerin gün ışığına çıkmasıdır.

Mahkemeye, uzman Alexander Sternberg-Spohr'un görüşünü içeren bir belge sunuldu. Bu belgede, Federal Dışişleri Bakanlığında görevli yüksek kademeli bir memurun, Zirndorf'taki Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge adlı İltica Dairesi'ne verilen tüm bilgilerin Türkiye'deki makamların eline de ulaştığını açıklayan görüşleri ver alıyor.

Bu açıklama üzerine mahkeme şahit olarak Dışişleri Bakanlığı'ndan iki kişiyi, Zirndorf makamının yönetici yardımcısı Weickhardt'ı, işyerindeki ismi Dr. Horst Reinecker olan bir BND (Federal Haber Alma Teşkilatı) temsilcisini, Federal Verileri Koruma görevlisi Bull'u, Federal Parlamento milletvekili Carsten Voigt'i ve gazeteci Jürgen Roth'u davet etti.

Sorular üzerine Weickhardt ve Reinecker Federal Haber Alma Teşkilatı'nın ve Anayasa Koruma Örgütü'nün esas itibarıyla tüm iltica dosyalarını inceleme hakkına sahip olduklarını, hatta bunların kısmen kendilerine sunulduğunu açıkladılar.

Gösterilen ispatlardan sonra mahkeme, iltica isteminde bulunanlara karşı kullanılmasına ve takip edilmelerine yol açacak bilgilerin Türk Milli İstihbarat Teşkilatına (MİT) da iletilmesinin imkân dışı olmadığı sonucuna vardı. Ve Mahkeme Heyeti davayı kabul etti.

Ön İnceleme Grubu A: Federal Haber Alma Teşkilatı

"Ön İnceleme Grubu A, yani Soruşturma Dalı Ana Dairesi'nin Çalışma Birliği Federal Haber Alma Teşkilatı'na dahildir." (Hükümetin yüksek idare memuru Weidehardt). "Sorguya çekilenler kitlesi Ana Daire'nin BND'nin (Federal Haber Alma Teşkilatı, KŞ) bir tesisinin olduğunu bilmiyor." (BND'den Horst Reinecker).

Üst tarafta ele aldığımız davadaki Türkiyeli davacının dosyası sorguya çekme grubu tarafından incelenmişti. Reinecker, başlangıçta BND'yi, Türkiye ile ilintili durumların ilgilendirmediğini inandırmaya çalıştı. Ne varki o daha sonra "dost teşkilatların" işbirliğinin olduğunu gizleyemedi. Ve bu teşkilatlara tüm NATO müttefiklerinin, özellikle Türkiye'nin de dahil olduğunu inkâr edemedi. "Daha üst bir NATO gizli teşkilatı olmadığından dolayı NATO teşkilatları işbirliği yapıyorlar ve bu ortak çalışmada kısmende çeşitli ağırlık noktaları oluşturuyorlar." Bu ve diğer bir dizi iltica davaları için önemli olan nokta üzerine, yani BND'nin diğer şeylerin yanı sıra "uluslararası komünizmi izlemekte" ilgilendirdiği ortaya koyan Veri Koruma Görevlesinin 1983 yılı raporuna ilişkin olarak Reinecker şöyle dedi: "Tarafımdan bilindiği kadarıyla uluslararası terörizmle." Bunu bile, şüphesiz ki komünistler yanlısı olmayan bir mahkeme de şimdi kesin olarak biliyordu, çünkü Türkiye'deki faşist cuntanın, takibe uğrayan ve kaçan solcuların, demokratların ve anti-faşistlerin hemen hemen tümünü "terörist" olarak nitelediği biliniyordu. Diğer şeylerin yanında BND bu 'incelemeleri' ile aynı zamanda yabancı anti-faşist ve demokratların sınırdışı edilmesinin kolaylaştırılmasını sağlamak istiyordu.

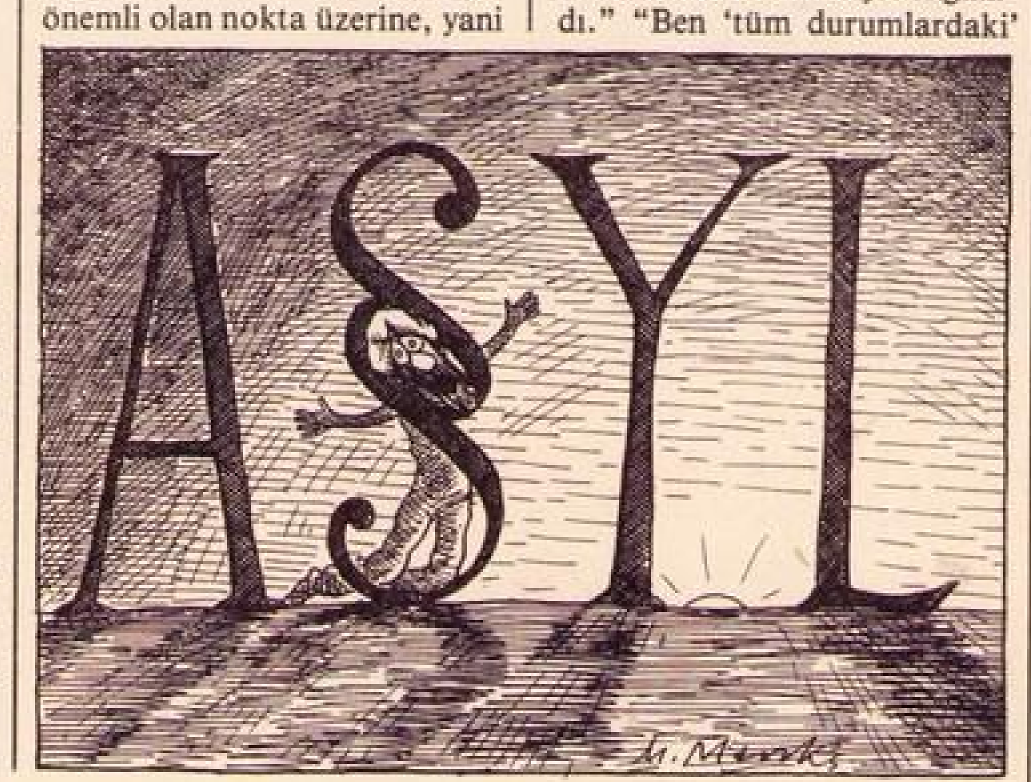
Ön İnceleme Grubu B: Anayasa Koruma Teşkilatı

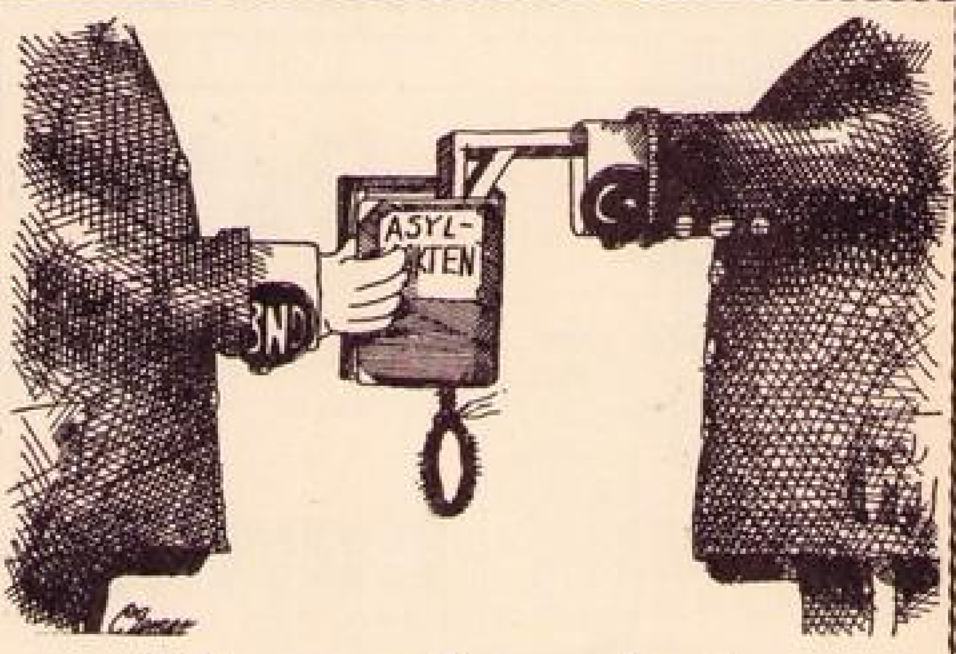
Hükümetin Yüksek İdare Memuru Weickhardt: "Davacının somut olayına ilişkin olarak şunları söyleyebilirim: 23 Nisan 1982'de ön inceleme çerçevesinde yapılan sorgulamadan sonra iltica davasının dosyası Federal Anayasa Koruma Teşkilatı Dairesine gözden geçirilmesi için sunuldu. Tüm diğer durumlarda olduğu gibi bu da dosyanın Zirndorf'taki Federal Daire'de görevli bulunan bu makamın bir temsilcisine iletilmesiyle sağlandı." "Ben 'tüm durumlardaki' notumla tüm Türk sığınmacıların durumunda olduğunu kastediyorum."

Görüldüğü gibi sığınma isteminde bulunanın dosyasının incelenmesi gizli talimatlara göre yapılmaktadır.

"Tek tek olaylara ilgi duyan Federal Dairenin temsilcisi dairemizdeki dava sekreterleri üzerinden sığınma isteminde bulunanın ismini belirterek iltica dosyasını 24 saatliğine alabilir. Dosyanın incelendiği sürede sicil dairesinde, üzerinde **'Ön İnceleme Grubu B' yazısı bulunan eksiktir kartı asılmaktadır: Bu Ön İnceleme Grubu'yla Federal Anayasa Koruma Dairesi adlandırılmaktadır.** Dosyanın bu daireden tekrar sicil dairesine geri gelmesinden sonra iltica davası dosyasına, dosyanın incelendiğine dair bir not düşürülmemektedir."

Weichkardt devamla "Federal Anayasa Koruma Dairesi'nin dosyalarla ayrıntılı olarak ne yaptığı benim bilgilerimin dışına çıkıyor." dedi. Nitekim İçişleri Bakanlığı'nın Dev Sol ve Halk Der'i yasaklama kararında da bir iltica davasının ön incelemesi çerçevesinde yapılan soruşturmadan bir alıntı yapılmıştı.





Sığınma isteminde bulunmak, idam kararını vermek midir?

Federal Anayasa'nın 16. maddesinin 2. bendinde açık ve hiç bir anlam karışıklığına yer vermeyecek şekilde şu yazılı: "Siyasi takibe uğrayanlar sığınma hakkına sahiplerdir." Ve Anayasa'nın 1. Temel Haklar ana başlığının 1. maddesinin 3. bendinde ise şöyle yazıyor: "Aşağıdaki temel haklar yasamayı, şiddet uygulanmasını ve mahkeme kararlarını doğrudan geçerli olan haklar olarak bağlarlar."

Ne var ki, kapitalist sistemde bu tür haklar üzerine yazıldığı kâğıda bile değmezler. Ne zamanki, uyanık olan bir kamuoyu bu tür hakları ciddiye alarak, bunu mücadeleye ve direnişe hazır olmayı vurgulamak için kullanırsa, ancak o zaman bu tür hakların bir faydası olabilir.

Temel hakla, tek kanunları kâr, dünya çapında ekonomik ve askeri nüfuz yapmak olanlar için oldukça zayıf bir terimdir. Yeminle teyit ve tasdik edilen temel hakları açıktan açığa reddetmek iyi olmayacağından ve direnişe yol açabileceğinden dolayı, bu kamuoyu aldatılarak yapılmaktadır. Örneğin bunu yapmak için sınanmış ve tecrübeli bürokrasi vardır. Nitekim şu an İçişleri Bakanı Zimmermann gibileri her an ve her zaman kendi güvenirliği ve temsil ettiği devlet üzerine yemin edebilirler.

İşte bugün Federal Almanya'daki yöneticiler için yalnızca giderek kağıt üzerinde kalan haklardan biri de iltica hakkıdır. Nitekim bunu yandaki iltica davası olayı da doğrulamaktadır. Hele hele NATO çıkarlarına temas edildiği zaman ise bunun hiç bir önemi yoktur. Durum böyle olduğu zaman, hayatı tehlikede olanın korunmasının yerini "teşkilatların dostluğu" almaktadır. Anti-faşit, demokratik ya da komünist faaliyetini ülkesindeki halkının ve sınıfının çıkarlarına adadığını Batı Alman iltica makamlarının önünde açığa vuran, birisi, verdiği ifadenin tutanağı ile birlikte ülkesindeki makamlara teslim edildiği zaman hayatının tehlikede olacağı Federal makamlar için açık olan bir şeydir; ama onlar bunu bile bile yapmaktalar. Bilinen tüm tehlikelerine rağmen sığınma isteminde bulunanı ölümün pençesine teslim etmekteler.

İlk olarak tüm açıklığıyla ispatlanan bu uygulamanın sürmesi yalnızca siyasi takibata uğrayanların bazıları için iltica hakkının genel olarak rafa kaldırılması değildir. Bundan öte iltica isteminde bulunan birisi siyasi sığınmacı statükosunu inandırıcı yapabilmek için verdiği ifadeler, dilekçenin reddedilmesi durumunda gelecekte, ülkesinde siyasi takibe uğramasının, daha doğrusu kendi idam fermanını kendisinin yazmasının zeminini oluşturmaktadır. Çünkü bir faşist hükümet daha önce bilmediklerini ya da kısmen bildiklerini böylece tam olarak öğrenebilmektedir. Örneğin açığa çıkan tüm uygulamalar sonucunda Federal Almanya'da sığınma isteminde bulunan birisi dilekçesini vermekle birlikte pekâlâ kendi idam kararını da imzalamış olabilir.

Bu tür bir duruma karşılık Federal Almanya'daki demokratik kamuoyunda tepki mi yükseltildi? Henüz her tarafta değil. Batı Berlin'de elde edilen bilgiler hakkında da yeterince haber verilmedi. "taz" ve "Frankfurter Rundschau" günlük gazeteleri hariç hiç bir burjuva yayın organı bundan bahsetmedi.

Açıkladığımız tüm gerçeklerden ötürü siyasi sığınma temel hakkının kesin olarak ortadan kaldırılmasını önlemek için tüm mevcut araç ve gereçlerle yoğun bir aydınlatma kampanyası sürdürelim.

Bugün mevcut demokratik hakların korunması ve bunların daha da genişletilmesi için mücadele yürütmek demokratik görüşlü her insanın görevi olmalıdır. Ve sığınma isteminde bulunanları geldikleri ülkelerin cellatlarına teslim etmek için en küçük bir tereddüte kapılmadan bu şekilde davrananlar yarın gerekli gördüklerinde Federal Almanya'daki muhalefete karşı da bu şekilde davranabilirler. Elbetteki bunu başarıp başaramamaları bizim göstereceğimiz direnişe de bağlıdır... O halde haydi göreve!

Yüksel Şen'in sınırdışı edilmesi kararı durduruldu

KARLSRUHE.—Kürdistanlı İbrahim Yüksel Şen'in sığınma davasında Federal Anayasa Mahkemesi, Köln Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin sınırdışı etme kararını bozdu ve davayı tekrar geri çevirdi. Anayasa Mahkemesi aynı şekilde Düsseldorf Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin Türkiyeli sığınmacı Aydındağ hakkında verdiği sınırdışı kararını da bozdu.

Federal Anayasa Mahkemesi bu iki Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin kararını bozmada Türkiye'nin genel olarak "Hususiyet" esası anlaşmalarına bağlı kaldığından hareket edilemeyeceğini gerekçe gösterdi. Bu "Hususiyet" esası, Avrupa İade Anlaşması'na göre iade edilen birisinin ülkesinde ancak iade talebinde belirtilen noktalardan yargılanabileceğini kapsamaktadır.

Türkiye'deki faşist cunta bu temel esasları defalarca ciğnedi. Bundan ötürü de Federal Anayasa Mahkemesi (BVG) her iade isteminin ayrıntılı olarak incelenmesi gerektiğini öngörüyor. Ne varki ayrıntılı bir araştırmayı ne Köln ne de Düsseldorf Yüksek Eyalet Mahkemesi yapmıştı. Ve Federal Adalet Bakanlığı, Federal Anayasa Mahkemesi'ne yaptığı resmi bir açıklamada Türk makamlarının yasal davranışlarından tereddüt edilemeyeceğini iddia etmişti. Düsseldorf ve Köln'deki Yüksek Eyalet Mahkemeleri'ndeki Hakimlar Heyeti yukarıda adı geçen her iki davacı hakkında sınırdışı kararını vermeden önce sözlü bir duruşma yapma gereğini dahi görmemiştiler.

Kenan Evren faşist cuntası Yüksel Şen'in iade edilmesi istemine, onun 1975 yılında çıkan öğrenci çatışmalarında tabancasıyla bir kişiyi öldürdüğünü, iki kişiyi de ağır bir şekilde yaraladığını ve bundan dolayı da gıyabında 28 yıl hapis cezasına çarptırıldığını gerekce göstermişti.

Köln Yüksek Eyalet Mahkemesi sınırdışı kararını aldığında, Yüksel Şen'in avukatının faşist cuntanın bu sahte suçlamalarını çürüten açıklamalarını ve belgelerini zerre kadar göz önünde bulundurmadılar. İspat delilleri, şahitlerin Yüksel Şen'in suçsuzluğunu ispatlayan açıklamaları davada göz önünde bulundurulmadığı gibi, bundan öte iade istemi için ileri

(Devamı sayfa 4'te)

1983 yılı nüfus sayımı

Yabancılar için bilgiler

Yabancıların, yapılması öngörülen nüfus sayımında nasıl davranması gerektiği üzerine, nüfus sayımına ve yabancı düşmanlığına karşı çeşitli insiyatiflerde zıt bir şekilde tartışılmaktadır.

Nüfus sayımında yabancıların hangi tavırı takınmalarının doğru olacağı yönünde Bochum'da yabancı düşmanlığına karşı komitelerde yer alanlar, henüz tartışılan bir bildiri taslağı hazırladılar. Biz, birincisi, bu taslaktaki bilgileri doğru bulduğumuzdan ve bunların biz yabancılar için faydalı olabileceği kanısında olduğumuzdan; ikincisi ise yabancıların nüfus sayımına ilişkin tutumlarının ne olması gerektiği tartışmalarına katkıda bulunmak için bildiri taslağını aynen yayınlıyoruz.

Bildiri taslağında çok açık bir şekilde Federal Almanya'da yaşayan biz yabancıların nüfus sayımını düz bir mantıkla boykot etmemizin hangi tehlikeleri olacağı kısaca ortaya konmaktadır.

Bildiri taslağının Türkçesi henüz çıkmadığından dolayı, Almancasından Türkçeye tercümesini biz yaparak aynen yayınlıyor ve bu yolla bu yöndeki tartışmaların yaygınlaştırılmasına katkıda bulunmak ve KŞ okuyucularının çeşitli halk komitelerindeki çalışmalarına yardımcı olmak istiyoruz.

İki sayı önce KŞ'ta *Volksfront'un* nüfus sayımına ilişkin olarak Türkçe bir bildiri çıkaracağını yazmıştık. Bu doğru değildir ve yanlış anlaşılmalara dayanmaktadır. *Volksfront* üyeleri yayınladığımız bu bildiri taslağının hazırlanmasında ve Türkçe ve diğer dillere tercüme edilmesinde birlikte çalıştılar.

Nüfus sayımı ne demektir?

Nisan ayının ortasından itibaren Federal Almanya'da bir nüfus sayımı yapılacaktır. Ne var ki, bu, verilerin istatistik amaçlar için kullanıldığı halkın sıradan bir sayımı değildir. Bundan ziyade bu ortamda belediyelerin nüfus kütüklerini yeni bir seviyeye getirmeleri öngörülüyor. O halde özellikle yabancılar nüfus sayımına ilişkin soru çizelgesini doldururken büyük bir dikkat göstermelidirler.

Federal Hükümet üzerine basa basa gelecek yıllarda burada yaşayan yabancıların yarısını geri göndermek istediğini açıkladı. Bundan ötürü nüfus sayımında toplanan bilgilerin daha sonra tek tek yabancılara karşı kullanılması imkân dışı değildir. Makamların nüfus sayımında edinilen bilgileri doğrudan kullanma izni yoktur. Ancak bilgilerin elektronik beyinlere kayıt edileceğini gözönünde bulundurmalıyız. Bir örnek: Uzun zamandan beri bir evde her kişi başına belirli bir metre karenin olmasını öngören bir kararname vardır (Bochum'da kişi başına örneğin 9 metre kare). Bir yabancı aile yeterli konut ispatlayamazsa, böylece aile bireyleri sınırdışı edilebilirler. Yabancı işçilere gerek duyulan tüm yıllarda bu uygulamalar üzerinde tam olarak durulmadı. Ne var ki, şimdi yabancıların sayıları düşürülmek isteniyor ve bazı bölgelerde daha şimdiden bu imkân yabancıları sınırdışı etmek için kullanılmaya başlanıldı bile.

Nüfus sayımında diğer şeylerin yanı sıra evin büyüklüğü de sorulmaktadır. Bir küçük evi olupta bunu bildiren birisi, şüphesiz ki bundan dolayı hemen sınırdışı edilmez, ama böylece makamların bunun üzerine dikkatleri çekilmiş olur ve onlar araştırmaya koyulurlar. Bu nedenle soru çizelgesi doldurulurken herkes daha başından, araştırmaların kendisi ve ailesi için hangi sonuçlarının olabileceği düşünmelidir.

Bir şey daha: Nüfus sayımı mükemmel bir teknikle yapılmaktadır. Bir bilgisayar, vereceğiniz bilgilerle, makamların daha şimdiden sizin hakkınızda bildiğini karşılaştırabilir. Bu karşılaştırmada bir çelişki ortaya çıkacak olursa, bu çok hızlı bir şekilde bulunur.

★O halde daha şimdiden nüfus sayımının sizin şahsınız, aileniz, ve arkadaşlarınız için hangi sonuçları olabileceğini düşünmelisiniz.

★Bunun için bir kaç bilgi:

Ne sorulmaktadır?

Size doldurulmak üzere bir soru çizelgesi verilecektir. Bu soru çizelgesinde diğer şeylerin yanı sıra şunlar sorulmaktadır:

★Soyadınız, adınız, doğum tarihi, evinizde yaşayan tüm sahışların hangi ülke vatandaşı oldukları.

★Kim çalışıyor, her bir şahıs ne zamandan beri çalışıyor, geçimini neyle sağlıyor?

★Nerede çalışıyorsunuz? Orada tam olarak ne yapıyorsunuz?

★Evinize ne zaman taşındınız, evinizin büyüklüğü ne kadar, kiranız ne kadar?

Nüfus sayımı nasıl yapılacak?

Yaklaşık olarak nisan ayı ortasında size nüfus sayımına ilişkin soru çizelgesini iletmek isteyen bir nüfus sayımı memuru gelecektir. Bu soru çizelgesinin, nüfus sayımı dairesinde sizin isminizle kayıtlı bulunan bir numarası vardır. Diğer ülkelerden farklı olarak (Örneğin Türkiye, Yunanistan) bugünlerde **sokağa çıkma yasağı yoktur**. Sayım memuru geldiğinde evde olmanız zorunlu değil. Sayım memuru sizi evde bulamadığı takdirde bir kez daha gelecektir ya da size postayla bir açıklama yapılacaktır. Size ulaşmak için çeşitli girişimlerde bulunacaktır.

Soru çizelgesi elinize bir kez geçtiğinde o zaman onu doldurmalısınız da, çünkü o kayıt edilmiştir. Ancak doldurduğunuz soru çizelgesini doğrudan sayım memuruna geri vermenize gerek yok, tam tersine siz onu postayla nüfus sayımı dairesine geri gönderebilirsiniz. O zaman sayım memuru sizin bilgilerinizi okuyamaz. Onun bu bilgileri okumasına gerek de yoktur.

Nüfus sayımı sona erdiğinde, soru çizelgeleri, nüfus dairesindeki belgelerle karşılaştırılmaktadır. Resmi olarak kayıtlı olan, ama nüfus sayımının bitimine kadar ulaşılamayan tüm şahısların nüfus dairesinden kayıtları silinmektedir. **Yabancı olarak artık kayıtlı bulunmayan birisi, Almanya'da kaçaktır ve her zaman sınırdışı edilebilir.**

Ancak buna rağmen soru çizelgesinin doldurulmasını biraz geçiktirmek olumludur. Bir çok Alman vatandaşı nüfus sayımına karşıdır ve soru çizelgelerini doldurmaya itiraz etmek istiyorlar. Bunu yeterli sayıda kişiler yaparsa, nüfus sayımı boşa çıkar ve belkide sürdürülemez. Ayrıca en yüksek Alman Mahkemesi'nin, Federal Anayasa Mahkemesi'nin nüfus sayımının bu şekilde yapılıp yapılamayacağı üzerine karar alması gerekiyor.

Siz aşağıda verilen adreslerde şeylerin yeni durumu hakkında bilgi edinebilir ve neden bir çok Alman vatandaşının nüfus sayımını reddettiğinin nedenlerini daha ayrıntılı bir şekilde öğrenebilirsiniz.

Nüfus sayım memuruna karşı nasıl davranılmalı?

Sayım memurları bu görevi yapmak için gönüllü olarak başvuran ya da bunu yapmakla yükümlü kılınan sahıslardır. Onlar kısmende belediye idaresi memurlarıdırlar. Siz istemiyorsanız, sayım memurunun evinize girme hakkı yoktur. Sayım memuru istese dahi, siz ona pasaportunuzu veya başka bir belgenizi göstermekle yükümlü değilsiniz. Aynı şekilde siz sayım memuruna şahsınız üzerine sözlü olarak da her hangi bir bilgi vermek zorunda değilsiniz. Sizin isminizi söylemenize dahi gerek yoktur.

Sayım memuru belkide size soru çizelgesinin doldurulmasında evinizde yardımcı olabilmek için girişimde bulunacaktır, çünkü o, o zaman bilgilerinizi gerçek durumla karşılaştırabilir. Bu yardımı kabullenmek zorunda değilsiniz. Sizin soru çizelgesini alarak kendiniz doldurma hakkına sahipsiniz. Soru çizelgesini doldururken güvendiğiniz bir şahısa danışabilirsiniz.

Soru çizelgesinde, açık olmayan noktalar olduğunda telefon edebilmek için telefon numarası da sorulmaktadır. Siz telefon numarasını vermekle **yükümlü değilsiniz.**

Soru çizelgesinin doldurulmasında nelere dikkat edilmelidir?

Yabancılar makamının hakkınızda ne bildiğini düşünün. Soru çizelgesinde vereceğiniz cevaplar mümkün olduğunca bununla uygunluk içermelidirler. Deniliyor ki, daha önce bir kere bir makama yanlış bilgi veripte şimdi nüfus sayımında gerçeği söyleyen birisi cezalandırılmayacaktır. Ancak bu, makamın dikkatlerinin çelişkinin üzerine toplanabilmesinde ve araştırma yapabilmesinde hiç bir şey değiştirmemektedir. Lütfen bir araştırmanın sonuçlarının sizin şahsi durumunuz için ne anlama gelebileceğini düşününüz.

★Kuşkusuz ki, nüfus sayımının yapıldığı dönemde evinizde kalan şahısların tümünün kanunlara uygun olarak kayıtlı olması iyi bir şeydir.

★Kaçaklar, yani Federal Almanya'nın hiç bir yerinde veya Berlin'de kayıtlı bulunmayan şahıslara soru çizelgesi verilmiyor ve onlar kendi kendilerini tanıtmadıkları sürece nüfus sayımından etkilenmemekteler.

★Tüm diğerleri resmi olarak kayıtlı bulundukları yerlerde soru çizelgesini alıyorlar. Siz kendi isminize kayıtlı olan soru çizelgesini almak için adım atmalısınız. Şayet kayıtlı olmadığınız bir evde olacak olursanız ve elinize bir soru çizelgesi verilecek olursa bunu siz değil, tam tersine resmi ev sahibi doldurmak zorundadır.

★Sizin evin büyüklüğü hakkında vereceğiniz bilgiler çok önemlidir (bk. yukarıya)

★Geçiminiz ve iş saatiniz veya işyeriniz üzerine bilgilerinizi iyice tartmalısınız. Endişeleriniz doğması durumunda birisine danışın. Belkide bu sorular üzerine yabancılar makamına daha önce bilgi vermiş olabileceğinize dikkat edin.

★Şayet soru çizelgesindeki tek tek bilgileriniz birbiriyle çelişecek olursa, sayım dairesinin tekrardan soracağını hesaba katmalısınız. Diyelim ki, siz vasıfsız işçi olarak çalıştığınızı, eşiniz ve 4 çocuğunuz ile birlikte burada yaşadığınızı ve ayda 1000 DM kira ödediğinizi yazdınız. Buna hiç bir kimse inanmaz.

Başka sorular var mı?

Elbette ki, bu bilgi kağıdı ile sizin tüm sorularınızı cevaplandıramazdık. Ayrıca her şahıs ve her ailenin durumu biraz daha değişiktir. Şayet sorularınız olursa, şu yerlere danışabilirsiniz. (Yöresel komitelerin ilişki adresleri için yer).

Burada aynı şekilde Alman yurttaşlarının boykot hareketi ve nüfus sayımının durumu üzerine de bilgi edenibelirsiniz. Şayet boykot hareketine katılmayı düşünüyorsanız, önce bu ilişki adreslerinden biriyle **her hallükârda** ilişkiye geçmelisiniz

Gelecekte bir kez **herhangi** bir Alman makamı tarafından nüfus sayımındaki bilgilerinizden dolayı ihtar edilecek olursanız, bu yasal değildir. Aynı şekilde bu durumda da bize başvurabilirsiniz.



Yüzlerce öğrenci zehirlendi

Filistin'de kitle katliamı girişimi

İsrail'in işgali altında bulunan topraklarda yaşayan Filistinli öğrencilerin zehirlenmesi olayı dünya çapında büyük bir tepki dalgasına yol açtı. Yaklaşık olarak 500 öğrencinin hastaneye yatırılması gerekiyordu, bir çokları hâlâ zehirlenmenin etkisinden tamamen kurtulmuş değillerdir.

İsrail Askeri Radyosu başlangıçta kız öğrencilerin gazla veya fosfor sülfatı ile zehirlenmiş olmalarında hiç bir süphenin olmadığı tespitinin yapıldığı haberini verirken, şimdi ise hiç bir şekilde zehirlenmenin olmadığından bahsediliyor; İsrail makamları "iyi örgütlenmiş bir salgın hastalıktan" dem vuruyorlar ve sorunu bir nevi kitle histerisi olarak lansetmeye çalışıyorlar.

İsrail Radyosunun verdiği bilgilere göre Jenin bölgesinde içinde yüksek derecede kükürt bulunan ve gazların yayılmasına yol açan sarı tozun taplandığı ve tahminen bunun zehirlenmelere yok açtığı belirtildi.

Zehirlenme sonucunda hastanelere yatırılan tüm hastalar çeşitli farklılıkta olan şu belirtileri hissediyorlar: ağır baş ağrıları, zor nefes almalar, bayılma, göğüs ağrıları, kusmalar, ellerde koyu mavi lekeler, baş dolanması, göz bebeklerinin büyümesi, ve görme gücünün zayıflaması vs.

Filistinli yurttaşların Jenin bölgesinde yaptıkları tespitlerin ve izlenimlerin yanı sıra verilen şu haberde İsrail makamlarının zehirlenmelerin yalnızca birer kuruntu olduğu adi yalanlarını çürütüyor: İsrail Askeri Radyosu'nun verdiği bir habere göre İsrail askerleri de zehirlenme olayının kurbanlarıdırlar. 10 askerin hastanede ayakta tedavi görmesi gerekiyordu. Jenin'e yerleştirilmiş birliğin kumandanı radyodaki yayında, askerlerine gaz maskesi taşıma emrini verdiği ve onlara ateş ve zehirli duman gazında uzak durmaları tavsiyesinde bulunduğunu açıkladı.

Böylece İsrail makamlarının "kitlesel histeri tezi" kendi kendini çürütmektedir. Filistinli çocukları katletme girişimi üzerine aydınlatma kampanyası örtbas edilmemelidir. Diğer yandan işgal altında bulundurulan bölgelerde bu insanlık dışı girişimlerle Filistin halkının haklı davası uğruna direnişi kırılamaz. Zehirlenme olayının duyulmasının ardından tüm Filistinli dükkan sahipleri dükkânları kapattılar, makamlar sokağa çıkma yasağı koydular.

HDW işçileri işyerlerinin yok edilmesine karşı direniyorlar

HDW Denetleme Kurulu, Yönetim Kurulu'nun Kiel ve Hamburg tersanelerini onarma planını onayladı. Bu plan Hamburg ve Kiel HDW tersanelerinden toplu çıkışların verilmesini, akort saatlerinin kısaltılmasını, yol parası ve kirli iş zammı gibi ek ödeneklerin azaltılmasını öngörüyor.



HDW patronlarının işyerlerini yok etme planının duyulmasından sonra Hamburg HDW işçileri direnişe geçtiler. İşyerlerinin yok edilmesini önlemek isteyen yerli ve yabancı tersane işçileri 2 hafta önce yaptıkları uyarı grevinden sonra bir grev toplantısı düzenleyerek grevin sürmesini kararlaştırdılar. İG Metall sendikası işçilerin işyerlerini korumak uğruna direnişi desteklemek için pek büyük bir şey yapmadı.

Geçen hafta salı günü HDW Denetleme Kurulu'nun tersane patronlarının onarma planını onaylanmasından sonra HDW'li işçiler direnişlerini kızıştırdılar. HDW Yönetim Kurulu Başkanının onarma planının onaylandığını açıkladığı otelin önünde 250 yerli ve yabancı tersane işçisi onun konuşmasını ıslık tufanına tutarak protesto ettiler.

HDW patronlarının işyerlerini kökünden yok etme planının duyulmasında sonra direnişe geçen Hamburg tersane işçileri eylemlerini 31 Mart'ta yaptıkları görkemli bir yürüyüşle sona erdirdiler.

HDW Yönetim Kurulu'nun onarma planı Hamburg ve Kiel HDW tersanelerinde toplam olarak 4000 işyerinin yok edilmesini öngörüyor. Ve bu planın gerçekleşmesi demek, binlerce yerli ve yabancı tersane işçisinin daha işini kaybetmesi demektir. İşyerini kaybeden yabancıları orta ve uzun vaadede sınırdışı kararı beklemektedir. Çünkü işsizliğin alabildiğince yüksek olduğu şu şartlarda yabancı, özellikle de Türkiyeli işçilerin yeni bir işyeri bulmaları oldukca zordur.

Diğer yandan HDW patronları yerli ve yabancı tersane işçilerinin mücadele gücünü zayıflatmak ve birlikte adım atmalarını önlemek için Türkiyeli işçilere göz dağı vermeye çalıştılar. İşveren temsilcileri yabancı işçilerin içinde bulundukları yasal olarak eşitsiz durumdan faydalanarak onlara "greve katılırsanız işten atılırsınız tehditini" savurdular. Ancak patronların bu kuru tehdini aldırmayan Türkiyeli işçiler Alman ve diğer yabancı sınıf kardeşleri ile birlikte omuz omuza yürüyerek ve düzenlenen eylemlerin tümüne katılarak "işyerlerini korumada kararlı olduklarını" gösterdiler.



Bremen tersanesinde
Portekizli işçiler çıkışa zorlanmaktalar

Aşağıdaki yazıyı, KPD'nin Bremen Liman işletmeleri gazetesi "Der Anstorm"un son haber olarak çıkardığı 16 Mart tarihli sayısından aldık.

"Bremen'deki GHB'nin 120'-den fazla Portekizli işçisi 1 Mayıs'tan itibaden artık limanda çalışmayacaklar. Onlar GHB işletme yönetiminin, işyeri işçi temsilciliğinin ve ÖTV'nun baskısı altında fesih sözleşmelerini imzaladılar.

Bu fesih sözleşmesinde onların 31.4. tarihinden itibaren çalışmamayı ve bunun yerine çalışılan her yıl için GHB'den 1000 DM tazminat almayı kabul ettikleri yazılıdır.

Bu bir küstahlıktır!

GHB'de değil, limanın herhangi bir yerinde yapılan küçük toplantılarda Portekizli meslektaşlara şunlar söylendi: Şayet bu hafta pazartesi gününe kadar 150 kişi gönüllü olarak başvuruda bulunmazsa, o zaman daha sonra hiç bir tazminatın verilmeyeceği çıkışlara gidilecektir. İşverenlerin, işçi temsilciliğinin ve sendikanın birleşik cephesi karşısında hakları ve imkânları üzerine yeterli bilgi sahibi olmadıklarından, yalnızca 4-5 gün içinde karar vermek zorunda bırakıldıklarından dolayı, bir çokları henüz vatanlarına geri dönmek istemeseler dahi, teslim olmak zorunda kaldılar.

Böylece son dönemlerde Bremen tersanelerinde yok edilen işyerlerinin sayısı hemen hemen 500'ü bulmaktadır! Liman patronları sürekli işçileri *bölmeye* çalışmaktalar. Onlar sürekli kendilerinden en az direniş beklenebilecekleri hedef tahtası olarak seçiyorlar. Bunlar noel (Weinachten) tatilinden önce basitçe işsiz olabilecek çıraklar, genç insanlar olurken, şimdi ise vaz geçilebilecek yabancılardır.

10-15 yıl limanda çalışarak limanın yapılmasına katkıda bulunan meslektaşlarımız şimdi ise buna karşılık olarak bir yağlı ekmekle evlerine gönderilmek isteniyorlar.

Bremen'i modern bir liman yapan muazzam yatırımlar Portekizler de dahil, ilk önce biz liman işçileri tarafından yaratılan değerlerdir!! Ve tamda en pis ve uygun olmayan işleri yapanlar Portekizliler değil miydiler? Şimdi bir Alman olarak düşünerek beni etkilemiyor desek bile, sorun çözümlenmiş değildir.

Daha şimdiden çıkışları verileceklerin kimler olacağı planlanmıştır: Bunlar örneğin BLG'de çalışan memurlardır. O zaman bu durumda işçiler şunu mu söylemeliler: Beni etkilemiyor. Yalnızca memurlara karşı bir adım. Buna kanmamalıyız. Çıkışlara hiç bir şekilde gö yumulmamalıdır. Biz limanda her çıkışa ve her tarafta hep birlikte karşı durmalıyız.

Limanda hiç bir çıkış daha verilmemelidir!
Emeklilik yaşı dürüşülmelidir!
Tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası!

Frankfurt'ta NPD kongresi protesto edildi

Alman Milliyetçi Partisi NPD belediyeye ait olan salonda Hessen Eyalet Parti Kongresini yapmak istiyordu. Ancak anti-faşistler ve DGB sendikası protestoyu yükseltince belediye salonun kira kontratını bozmak zorunda kaldı. Fakat buna rağmen NPD kongresini bir başka salonda yapınca anti-faşistler buna karşı harekete geçtiler.

Yüzlerce yerli ve yabancı, özellikle de, Türkiyeli anti-faşist bir ihtar nöbeti, yürüyüş ve miting düzenleyerek faşist NPD'nin kongresini protesto ettiler. Bu protesto eylemlerine çok sayıda sendikacı da katıldı. Yapılan bu eylemlerle anti-faşistler "faşizmin ve savaşın, Neonazizmin ve yabancı düşmanlığının kurbanlarını" andı ve bu kurbanların yalnızca Hitler döneminde olmadığını hatırlattılar. Hazırlanan bir yazı tahtası ile Münih'teki Ekim Şenliği'nin kurbanları hatırlatıldı ve Nazilerin bu kanlı katliamı mahkum edildi. Eylemde taşınan bir pankartın üzerinde "yaşasın Alman ve Yabancı işçlerin birliği" yazılıydı. Ve bu sloganla yalnızca Naziler ve onların yabancı düşmanı kışkırtmaları hedeflenmiyordu, aynı şekilde CDU/CSU hükümetinin izlediği yabancı düşmanı politika da hedef tahtasını oluşturuyordu.

Miting alanında yapılan konuşmalarda konuşmacılar, emin olmayan sosyal durumun ve sosyal hakları kısıtlama politikasının özellikle de gençleri Nazilerin tuzağına düşürdüğünü, örneğin onların gençleri futbol heveslileri kulüplerine çektiklerini açık seçik bir şekilde ortaya koydular. Özellikle de Frankfurt belediyesinin izlediği sorumsuzca sosyal politikayı da mahkum ettiler.

Daha sonra konuşan Kamu İşçileri Sendikası, ÖTV Kaza Yönetim Kurulu Başkanı Karl-Heinz Jungmann tüm Neonazi örgütlerinin kapatılmasını talep etti. Ve özellikle sendikacılar faşizmin kaynağına karşı mücadele etmelidirler dedi.

Mitingte konuşma yapan bir Türkiyeli anti-faşist ise, yabancılara karşı fiili saldırıları da teşvik eden Federal Hükümet'in yabancılar politikasını mahkum etti. Onun izlediği politikanın Bielefeld'de kurulan "Türklere ölüm" gibi örgütlerin kurulmasının zeminini de yarattığına işaret etti.

Nazilerin bugün Federal Almanya'da ne denli eli kolu sallayarak dolaşabildiklerini, Frankfurt'ta yaptıkları bu eylem de gereğinden fazlası ile ortaya koymaktadır. Gerçi polis dört silahlı NPD taraftarını tutukladı, ama diğer yandan ise kendi açıklamasına göre Nazi kesimini "yeniden örgütlemek" isteyen Michael Kühnen'in Milliyetçi Sosyalistlerin Eylem Cephesi, ANS adlı örgütünün üyeleri Frankfurt Hauptwache'de bildirilerini dağıttılar. Bu bildiride ANS, faşistlerin "yeni birleşik hareketi" olarak nitelendirilmekte ve 1971 yılının başından beri "Federal Almanya'da faaliyet sürdüren ve devleti koruma örgütlerinin önleyemediği gizli bir NSDAP'nin (Hitler Partisi, KŞ) olduğuna" sevinen Kühnen'in açıklamalarına yer verilmektedir. Federal makamların şu ya da bu faşist örgütü yasaklamaları şöyle dursun, onlar bu yönde faaliyet sürdüren örgütlere karşı en küçük bir adımı atma gereğini dahi duymuyorlar. Bunu başarmak anti-faşistlerin sürdüreceği bir mücadelenin ürünü olabilir.

Frankfurt'lu yerli ve yabancı anti-faşistlerinin düzenledikleri bu eylem, Hitler faşistlerinin takibatına uğrayan Yahudi ailesi Frank'ın Hollanda'ya göç etmek zorunda kalmadan önce yaşadığı Ganghoferstr.'deki Anne-Frank-Haus'un önüne bir çelenk koyulduktan sonra sona erdi.

Polis grevde bulunan gemicilere saldırdı

22 Mart öğleden sonra Hamburg Deniz Koruma Polisi, Filipinli tayfası 40 gündenberi grevde bulunan "Panamalı" yük vapuru "Balsa 1"e saldırdı. Japon vapur şirketinin hizmetinde yaptıkları saldırıyı polisin bir sözcüsü "biz çalışmak isteyenleri korumak zorundayız" sahte gerekçesiyle haklı çıkarmaya çalıştı.

19 gemici 7 Şubat'ta "Balsa 1"-de greve gitmiştiler. Gemi, Japonya'nın büyük vapur şirketi olan Hion Guan Navigation'a aittir ve yük taşımacılık seferlerini Panama'nın bayrağı altında yapmaktadır. Greve giden işçilerin amacı, Uluslararası Nakliyat İşçileri Federasyonu'nun aracılığıyla toplu sözleşmelerin yapılmasını sağlamaktı. Onlar için bunu başarmak demek, şimdiye değin aldıkları 325 Dolar'a karşılık ayda 821 Dolar tayfa ücreti almak demektir. Yapılan bu eylem, yabancı gemi işçilerinin şimdiye değin Federal Almanya'da yaptıkları bir çok eyleme karşılık ÖTV sendikası tarafından desteklendi.

Vapur şirketi baskı ve santaj metodlarına başvurarak 19 gemicinin 8'inin grevden ayrılmalarını sağlamayı başardı. Ayrıca dışardan 8 de grev kırıcı işe alındı. Polisin "çalışmak isteyenler olarak gösterdiği bu 16 gemiciye, henüz grevde bulunan 11 gemici karşı durdular. ÖTV'lu meslektaşları ise onları bu mücadelelerinde desteklediler.

Onlar Deniz Koruma Polisi'nden 25 memurun saldırısına uğrayarak gemiden uzaklaştırıldılar.

Bu saldırıdan sonra şüphesiz ki, Japon vapur şirketi Hamburg polisine teşekkürlerini bildirmesini bilecektir; ancak buna karşılık diğer taleplerinin yanı sıra şimdiye değin ödenmemiş tayfa ücretlerinin ödenmesini de isteyen gemiciler ise hak ve düzenin korunmasının ne de - mek olduğunu açık bir şekilde yaşamak zorunda kaldılar: Haklar zenginlere ve işçilerin ise onlara tabi kılınması. ÖTV sendikasının, polisin bu vahşice saldırısına karşı bir şey yapıp yapmadığı ya da yapacağı makaleyi kaleme aldığımızda henüz bilinmiyordu.

Yüksel Şen'in sınırdışı edilmesi kararı durduruldu

(Baştarafı 2. sayfada)

sürülen olayın olduğu dönemde Y. Şen'in olay yerinde olmadığı bile kararda yer almıyordu. Gerek Köln gerekse Düsseldorf Yüksek Eyalet Mahkemeleri Türkiye'de hüküm süren genel durumu ele almayı dahi yeğlemiyorlar ki, bu sözkonusu davaların çıkarı açısından büyük öneme sahiptir.

Yüksel Şen Kürt olduğundan, özellikle de Ankara'da öğrenimini yaptığı dönemde MHP'li faşistlerin terör eylemlerine ve politikalarına karşı çıktığından dolayı faşistler onu sahte suçlamalarla tutuklatmaya çalıştılar. O defalarca işkenceden geçirildi, bir çok kaburgası, burnu, sol köprücük kemiği ve kuyruk kemiği kırıldı. Tüm bunlar ve Yüksel Şen'in faşist cuntaya iadesi durumunda hayatının tehlikede olacağı bilinmesine rağmen, mahkemeler onun siyasi takibe uğrama tehlikesinin olmadığını iddia ediyorlar!

Federal Anayasa Mahkemesi'nin, yani Federal Almanya'daki en yüksek kurumun sınırdışı kararını geri çevirmesinden sonra Köln Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin davayı yeniden ele alması gerekiyor. Bu kez alınacak karar açık seçik bir şekilde sınırdışı kararının kesin olarak bozulması yönünde olmalıdır!

Aynı şekilde şimdi Düsseldorf Yüksek Eyalet Mahkemesi de Türkiyeli sığınmacının davasını yeniden incelemek zorundadır. Bu mahkeme de sığınmacının Türkiye'ye iadesi durumunda yaşamının tehlikede olacağını zerre kadar göz önünde bulundurmamıştı. Federal Anayasa Mahkemesi'nin her i[illegible] alt mahkemelerin sınırdışı kararını bozması ile birlikte Batı Almanya'da mahkemelerin hangi metodlarla ve büyük bir sorumsuzlukla çalıştıkları gün ışığına çıktı. Her iki anti-faşistin sınırdışı edilmelerinin kesin olarak önlenmesi için dayanışma sürdürülmeli ve Federal Hükümet'e baskılar yoğunlaştırılarak, Ankara'daki cellatlarla ortak çalışmaya son vermeye zorlanmalıdır.